Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen

Wissenschaftsstadt Darmstadt

Genehmigungsstand 07 | 2007

Schuldezernat

Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen

Wissenschaftsstadt Darmstadt

Genehmigungsstand 07 | 2007

Inhalt

Präambel
Rahmenkonzept
Anhang 1
- Trendberechnung
- Städtebauliches Gutachten
- Sanierungskonzept

Anhang 2
- Genehmigungen

Präambel

Präambel

Um den Anforderungen einer modernen Produktions- und Dienstleistungs-Gesellschaft mit hohem technologischem Niveau gerecht zu werden, muss den jungen Menschen über ihre Berufsausbildung nicht nur eine fachlich solide Grundlage und ein breites Allgemeinwissen vermittelt werden, sondern sie sollen auch zu strukturellem und problem- und zielorientiertem Denken in betrieblichen Prozessen befähigt werden.

Die beruflichen Schulen und die Schulentwicklungsplanung - mit ihrem Auftrag, ein regional ausgeglichenes Bildungsangebot zu sichern - können hierzu einen besonderen Beitrag leisten. Es gilt das berufliche Schulwesen in seiner berufsfachlichen Ausrichtung eng an der örtlichen und regionalen Wirtschafts- sowie Arbeitsmarktstruktur zu orientieren, da Wirtschaftsanalysen zu Arbeitsmarktprognosen als eine wichtige Planungsgrundlage für die Berufsbildung angesehen werden.

Die hier vorgelegte Schulentwicklungsplanung ist unter der Leitung des kommunalen Schulträgers erstmals in einem gemeinsamen dialogischen Prozess unter Beteiligung der beruflichen Schulen, der beiden Schulträger und dem Land erarbeitet worden. Sie verfolgt konsequent das Ziel zur Erhaltung und Verbesserung der Ausbildungsqualität in der Wissenschaftsstadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Es wird ein detaillierter Einblick gegeben, welche Einflussfaktoren zur Standortbestimmung und für die Einschätzung der Entwicklungschancen des beruflichen Schulwesens im Planungsgebiet maßgebend sind.

Trotz der anhaltenden finanziellen Zwänge in der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg verbinden wir mit der Schulentwicklungsplanung 2004 bis 2012 die Hoffnung auf ausgewogene und konsensfähige Planungsentscheidungen für eine Weiterentwicklung des Bildungs- und Ausbildungswesens in dieser Region.

Die mit dieser beruflichen Schulentwicklung verbundenen Bau- und Einrichtungsmaßnahmen sollen gemeinsam getragen und in Kooperation zwischen den Fachämtern/Fachabteilungen der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg umgesetzt werden.

Wir danken dem *Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt- Dieburg und der Stadt Darmstadt* sowie den *Schulleitungen der beruflichen Schulen* aus der Stadt und dem Landkreis für ihr hohes Engagement in diesem Entwicklungsprozess.

Daniela Wagner
Stadträtin
Wissenschaftsstadt Darmstadt

Celine Fries
Erste Kreisbeigeordnete
Landkreis Darmstadt-Dieburg

Rahmenkonzept

Rahmenkonzept

Schulentwicklungsplan
der Wissenschaftsstadt Darmstadt
Teil B: Berufliche Schulen

Datenerhebung: 2003 - 2005/2006

Erstellt

step·Institut für Organisationsentwicklung, Darmstadt
in enger Zusammenarbeit mit :

- dem städtischen Schulamt, Planungsreferat ,
- dem Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Abteilung Statistik und Stadtforschung,
- dem Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt·Dieburg und die Stadt Darmstadt

Gliederung

1. Einleitung 4
1.1 Gesetzliche Grundlagen und Beauftragung 5
1.2 Planungsprozess 6
1.3 Zusammenfassung und Maßnahmenkatalog 7

2. Analyse der Ausgangssituation 11
2.1 Problembeschreibung 11
2.2 Ausbildungsangebot und Ausbildungsnachfrage 12
2.3 Struktur der Darmstädter Beruflichen Schulen 21

3. Gestaltungsvorschläge 28
3.1 Grundannahmen für die Prognose auf das Jahr 2012 28
3.2 Regionaler Berufsbildungsdialog 30
3.3 Szenario-A: Regionale Bildungszentren an zwei Standorten 31
3.4 Szenario B: Optimierung des Status quo 40

4. Die Schulen im Einzelnen 42
4.1 Alice-Eleonoren-Schule 42
4.2 Erasmus-Kittler-Schule 44
4.3 Friedrich-List-Schule 46
4.4 Heinrich-Emanuel-Merck-Schule 48
4.5 Martin-Behaim-Schule 50
4.6 Peter-Behrens-Schule 52

5. Anhang: I
A1 Bildungsgänge mit weniger als 50% Darmstädter Schülerinnen und Schülern I
A2 Schulformen und –größen III
A3 Diskussionsergebnisse Workshop-4 (Szenario-A) VI
A4 Baufachliche Voruntersuchung Szenario-A VIII
A5 Anforderungen an BEP aus der konstituierenden Sitzung XVI

1. Einleitung

Unter Schulentwicklungsplanung wird die regelmäßige Analyse sowohl der aktuellen als auch der prognostizierten räumlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen von Schule verstanden. Hieraus werden Konsequenzen für bauliche und organisatorische Maßnahmen abgeleitet. Ohne die Prognose zukünftiger Schulentwicklung wäre die bedarfsgerechte und effiziente Versorgung beruflicher Schulen mit Räumen und Ausstattung, der Einsatz des Personals usw. erschwert. Der vorliegende Schulentwicklungsplan umfasst von daher auch die Analyse statistischer Daten zur Entwicklung von Ausbildungsangebot und –nachfrage. Schülerzahlen, Ausbildungsbeteiligungen der Betriebe, demografische Entwicklung, Wanderungsbewegungen, Berufswahlentscheidungen und Bildungsverhalten sind weitere Faktoren. Als Entwicklungen zeichnen sich insgesamt ab:

- wachsende Anforderung an berufliche Schulen, sich mit dem schnellen Wandel von Technologie und Arbeitsorganisation auseinander zu setzen, um deren Dynamik in den Lehr-Lernprozessen zu integrieren
- eine in Persönlichkeitsstrukturen, Vorbildung, ethnischer Herkunft und Bildungsinteressen sich stark verändernde und sich ausdifferenzierende Klientel
- in immer kürzeren Abständen kommen neue bzw. neu gestaltete Berufe hinzu, die in ihren inhaltlichen Anforderungen mehr und mehr bisherige Fach-, Berufs- und Disziplinengrenzen überschreiten
- der ‚Paradigmenwechsel' in der Didaktik hin zur arbeits- und geschäftsprozessorientierten Gestaltung von schulnahen und auf regionale Bedarfe bezogenen Curricula („Lernfelder") bringt neue Formen der Lehrerarbeit und der schulischen Organisation mit sich
- Anwachsen der Anzahl von Schüler/innen in den „besonderen Bildungsgängen" und weiteren Vollzeitschulformen.

Aus den skizzierten Entwicklungen ergeben sich u.a. veränderte und wachsende quantitative Bedarfe an Räumen, die zugleich neue qualitative Anforderungen erfüllen sollten. So verlangt die Umsetzung zeitgemäßer didaktischer Ansätze zunehmend zeitlich und flächenmäßig flexible Konzepte von integrierten Fach-Klassenräumen und Präsentationsmöglichkeiten.
Die Bedeutung der inneren Schulentwicklung für die Gesamtplanung des Kostenaufwandsträgers ergibt sich aus der Ausweitung des Kerngeschäfts der beruflichen Schulen. Berufliche Schulen haben begonnen, sich mit ihren Angebotsstrukturen und Kompetenzprofilen auseinander zu setzen. Damit kommt das Thema *Organisationsentwicklung* zunehmend in den Blick: eine Organisation möchte sich im Sinne der Mitarbeiter/innen und zu deren Wohl in ökonomischer Hinsicht mit Blick auf ihre Kunden und Kernprozesse weiterentwickeln. Es bedarf folglich einer bewussten Entscheidung für eine Veränderung mit einer entsprechenden Zieldefinition. Das Erstellen eines *Schulprogramms* kann als ein Instrument zur schulischen Organisations-entwicklung verstanden werden. Schulen beschreiben ihr Profil, das sich aus den Zielvorstellungen, Kerngeschäften, pädagogisch-didaktischen Konzeptionen und Rahmenbedingung sowie den konkreten Projekten für die nächste Zukunft ergibt. Der Wert für die Schule ergibt sich vor allem aus dem gemeinsamen Diskussion- und Planungsprozess selbst, durch den das Programm zustande gekommen ist. Um den Entwicklungsprozess für die Schule zu verfolgen, ist die Evaluation des

Schulprogramms verbindlich fest geschrieben – und könnte erneut Bestandteil einer Fortschreibung der Berufsschulentwicklungsplanung (BEP) werden.

1.1 Gesetzliche Grundlagen und Beauftragung

Grundlage für diese Schulentwicklungsplanung ist das Hessische Schulgesetz in der Fassung vom 14. Juni 2005 (GVBl. II 72-123) aufgrund des Art.9 des Dritten Gesetzes zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen vom 29. November 2004 (GVBl. I S. 330), das unter anderem regelt.

§ 145 Schulentwicklungsplanung:
(1) Die Schulträger stellen Schulentwicklungspläne für ihr Gebiet auf. In den Plänen werden der gegenwärtige und zukünftige Schulbedarf sowie die Schulstandorte ausgewiesen. Für den Schulort ist anzugeben, welche Bildungsangebote dort vorhanden sind und für welche Einzugsbereiche sie gelten sollen. (...) Es sind auch die Bildungsbedürfnisse zu erfassen, die durch Schulen für das Gebiet eines Schulträgers nicht sinnvoll befriedigt werden können. Die Schulentwicklungspläne müssen sowohl die langfristige Zielplanung als auch die Durchführungsmaßnahmen unter Angabe der Rangfolge ihrer Verwirklichung enthalten. Sie sind mit den benachbarten Schulträgern und mit anderen Fachplanungen, insbesondere mit der Jugendhilfeplanung, abzustimmen.
(2) (...). Auf der Grundlage einer regionalen Konzeption ist ferner festzulegen, welche Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe in den beruflichen Schulen jeweils erfasst und welche Bildungsgänge angeboten werden.
(3) Die regionale Schulentwicklungsplanung soll ein möglichst vollständiges und wohnortnahes Bildungsangebot sichern und gewährleisten, dass die personelle Ausstattung der Schulen im Rahmen der Bedarfs- und Finanzplanung des Landes möglich ist. (...)

§ 43 Zusammenfassung zu beruflichen Schulen
. (2) Der Schulträger beschließt nach Maßgabe der §§ 144 bis 146, welche Berufsfelder, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufe in den beruflichen Schulen jeweils erfasst und welche Bildungsgänge angeboten werden. Die Gesamtkonferenz entscheidet im Rahmen der personellen, räumlichen und sächlichen Möglichkeiten der Schule und dem Bedarf entsprechend, welche Fachrichtungen und Schwerpunkte der einzelnen Bildungsgänge eingerichtet werden. Sie trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage des Schulprogramms unter Berücksichtigung überregionaler Bedürfnisse mit Zustimmung des Schulträgers und des Kultusministeriums.

Im Rahmen der gesetzlichen Festlegungen wurde für „die fachliche Begleitung für die ‚Fortschreibung des Berufsschulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt“ eine externe Beratung beauftragt und ein entsprechender Vertrag am 18.12.2001 mit der Firma STEP-Institut für Organisationsentwicklung (GbR), Lauteschlägerstr. 14 in 64289 Darmstadt geschlossen. Dem Vertragsabschluss vorausgegangen war die Vorstellung von STEP-Institut und des Planungskonzeptes bei der konstituierenden Sitzung für die Fortschreibung der Berufsschulentwicklungsplanung am 4.12.2001. Eine Übersicht auf die dort geäußerten Anforderungen an den Planungsprozess und den jeweils erreichten Stand ist im Anhang dokumentiert.

1.2 Planungsprozess

Für die fachliche Begleitung der Erstellung des Schulentwicklungsplans verfolgte die externe Beratung auftragsgemäß einen prozess- und dialogorientierten Ansatz. Ziel war es, durch die intensive Einbeziehung der Betroffenen diese zu Beteiligten zu machen, so dass möglichst große Transparenz und Planungsoffenheit gegeben sind. Auf dieser Basis konnte sich ein gegenseitiges Vertrauen entwickeln, das für die gemeinsame und nachhaltige Gestaltung komplexer Vorhaben unerlässlich ist. Diese ist für die Schaffung eines, auch über den eigentlichen Planungsprozess hinaus weiter bestehenden, kontinuierlichen Arbeitszusammenhangs notwendig, der auf schnellen Wandel auch kurzfristig kompetent reagieren kann. Ein gutes Arbeitsklima in den einzelnen Schulen und zwischen den Akteuren, das Signalisieren von gegenseitiger Wertschätzung sind weitere Merkmale für den Arbeitsprozess.

Die Bedeutung bzw. Berechtigung für ein solches Vorgehen ergab sich nicht zuletzt aus den bestehenden, und auch deutlich kommunizierten, Vorbehalten und negativen Vorerfahrungen eines überwiegenden Teils der Akteure aus den bisherigen Schulentwicklungsplanungen der Stadt Darmstadt. Hier ist in erster Linie der Umgang mit der Planung aus dem Jahre 1990 (HKM Genehmigung vom 21.2.1992) zu nennen, deren Kernpunkte nicht umgesetzt und die auch nicht weiter fortgeschrieben wurde. Der aktuelle Planungsprozess wurde auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Personengruppen gestaltet:

- *Planungsgruppe*: Sie bestand aus den sechs Schulleiter/inne/n und einer jeweils zweiten Person, die sie selbst zu benennen hatten (i.d.R. der/die Stellvertreter/in), den Planungsreferentinnen für Schulentwicklung der Stadt Darmstadt, der schulfachlichen Dezernentin des Staatlichen Schulamtes und einer weiteren Person, dem Gesamtpersonalrat und der externen Beratung. Auch die Schuldezernentin der Stadt Darmstadt war kontinuierlich einbezogen. Ab Oktober 2002 wurde diese Gruppe um den Schulleiter der Landrat-Gruber-Schule und die Leiterin der Schulabteilung des Landkreises Darmstadt-Dieburg erweitert.
- *Erweiterte Schulleitungen*: Die Gespräche in den einzelnen Schulen wurden von STEP i.d.R. mit Schuleiter/inne/n, Stellvertretern, den Abteilungsleiter /inne/n und Personalratsvertretern geführt.

Kontinuierlich wurde der Prozess mit dem Planungsreferat koordiniert sowie punktuell mit außerschulischen Partnern kommuniziert. Einen chronologischen Überblick gibt die folgende Tabelle:

Zeitraum	**Teilnehmende / Themenschwerpunkt**
15.01.02 - 05.02.02	1. Runde: Leitfadengestützte Gespräche mit allen sechs erweiterten Schulleitungen. Gegenseitiges Kennenlernen, Arbeitskonzept von STEP, Erwartungen und Befürchtungen, die den Planungsprozess betreffen.
19.03.02 - 15.04.02	2. Runde: Leitfadengestützte Gespräche mit allen erweiterten Schulleitungen. Vorschläge und Kriterien für die BEP, Stand der Schulprogrammarbeit
18.04.02	Vorstellung von STEP und Konzept bei Gesamtkonferenz FLS
17.05.02	**Workshop-1:** (kick-off) *Perspektiven auf den regionalen Arbeitsmarkt*

	Planungsgruppe, Schuldezernentin, Referenten von IHK-Darmstadt, HWK-Rhein-Main, Arbeitsamt Darmstadt, Stadt Darmstadt Amt für Statistik. AG zu den Themen „Kooperation“ und „Besondere Bildungsgänge“
21.06.02	**Workshop-2**: Bilanz Bestandstanderhebung – gemeinsame Entwicklung von Kriterien der BEP. Teilnehmer: Planungsgruppe
16.08.02	**Zwischenbericht** an die Schuldezernentin
22.08.02 - 23.08.02	**Workshop-3**: Konsensbereiche und Kriterien – erste Entwicklungsvorschläge. AG zu ‚Besondere Bildungsgänge’. Teilnehmer: Planungsgruppe
Sept. – Okt. 02	3. Runde: Leitfadengestützte Gespräche mit den erweiterten Schulleitungen. Diskussion der bisherigen Planung bei Gesamtkonf. MBS und PBS
25.10.02	**Workshop-4**: *Perspektivensitzung zur Konkretisierung der BEP*. Gestaltungsvorschlag der externen Beratung: Kompetenzzentren an zwei Standorten (s.u. Kap. 3.3) Teilnehmer: Planungsgruppe, Schuldezernentin
04.11.02	Infoblatt an alle Lehrer/innen zum Stand der Planung
21.01.03	**Workshop-5**: *Planerische Machbarkeit Szenario-A*. Teiln.: Planungsgruppe
31.01.03	Bericht zur BEP Berufliche Schulen an die Schuldezernentin
Jan. – März 03	Diskussion bei Gesamtkonferenzen HEMS, AES, PBS, EKS
4.2.03	Information bei Stadtelternbeirat
27.03.03	**Workshop-6:** *Varianten innerhalb des Szenario-A*. Teiln.: Planungsgruppe
02.04.03	**Statusbericht im Magistrat** der Wissenschaftsstadt Darmstadt
22.06.03	**Statusbericht im Schulausschuss der Stadtverordnetenversammlung**
03.07.03	**Workshop-7**: *Neue Variante zu Szenario-A*. Planungsgruppe
14.10.03	**Fachgespräch** mit Stellungnahmen, Zeitplanung. Planungsgruppe
04.11.03	**Abschluss des Planungsprozesses.** Reflexion, Feedback. Planungsgruppe
17.12.03	**Statusbericht zur BEP beim Treffen der Schuldezernent(inn)en der Region Starkenburg**
	Fertigstellung der vorläufigen Planung ....
	Vorstellung des Planes im Magistrat durch STEP-Institut
06.07.04	Magistratsbeschluss zur Offenlegung der Rahmenplanung
07.09.04	Behandlung Berufsschulentwicklungsplan im Schulausschuss
09/04 – 11/04	Anhörungsverfahren
	Weitere Workshops/Anhörungen von Kammern, Unternehmen und Verbänden für umstrittene Berufsfelder und deren zukünftige Standorte
02.12.04	Bereich Elektro-, Metall- und IT-Berufe (IHK-Darmstadt)
15.02.05	Agrarwirtschaft
23.03.05	Agrarwirtschaft
20.07.05	Abschlusssitzung Agrarwirtschaft
	Anschließende Einarbeitung der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens in den zum Beschluss vorliegenden Rahmenplan

1.3 Zusammenfassung und Maßnahmenkatalog

Es gilt, die Qualität der beruflichen Schulen deutlich zu verbessern, um das insgesamt noch gute Bildungsangebot für Schülerinnen und Schüler langfristig zu sichern und neuem Bedarf anzupassen. Vor allem die Qualität der Arbeitsbedingungen für

Lehrerinnen und Lehrer und die Lernbedingungen für die Schüler/innen sollen über die dringend notwendige Sanierung bestehender Gebäude und Räume hinaus deutlich verbessert werden.

Problembeschreibung (ausführlich: Kap. 2.1 & 2.2)	**Maßnahmen** (ausführlich: Kap. 3)
• Die berufliche Bildung insgesamt und berufliche Schulen im Besonderen unterliegen einem wachsenden Anforderungsdruck, der zugleich in immer kürzeren Zeitabständen neue Entwicklungen auf den unterschiedlichsten Gebieten hervorbringt. Zu dem komplexen Gefüge von Faktoren gehören in nahezu allen Branchen und Berufen u.a. der sich beschleunigende Wandel in Technologien und Arbeitsorganisationen, der traditionelle Grenzen von Berufsfeldern und Fachlichkeiten verschiebt bzw. überschreitet.	Es gilt, zukunftsfähige Schulen zu gestalten, die von Entwicklungen einzelner Berufe und Berufsfelder im Dualen System unabhängiger werden, bzw. auf entsprechende Veränderungen schneller reagieren können, ohne im Bestand gefährdet zu sein. Eine zukunftsfähige Struktur ist zu etablieren, die dem schnellen Wandel in Technologie, Arbeits- und Berufswelt folgen kann. Hierbei sind die Bereiche Mechatronik und IT / personenbezogene Dienstleistungen (Erziehung, Gesundheit, Pflege) / beschleunigte Entwicklung von Berufen für „Spezialisten“kaufleute sowie die berufsfeldübergreifende Tendenz der Zunahme vollzeitschulischer Bildungsgänge als besonders dringlich anzusehen (Kap. 3.1).
• Hinzu kommen Veränderungen in den Bildungsvoraussetzungen, Berufswahlentscheidungen und Lernbiografien der Klientel beruflicher Bildung, die sich darüber hinaus nach Lernbereitschaft, Ethnie, Sprache, sozialer Herkunft und weiteren Faktoren immer weiter ausdifferenziert.	Die Akteure des bisherigen Planungsprozesses sollen auch zukünftig im Rahmen eines einzurichtenden „regionalen Berufsbildungsdialog“ kontinuierlich kurzfristige und nicht vorhersehbare Entwicklungen beraten und entsprechend entscheiden. Vertreter der IHK-Darmstadt, der Handwerkskammer Rhein-Main und der Agentur für Arbeit haben ihre Teilnahme zugesichert. Der angestrebte „regionale Berufsbildungsdialog“ könnte aus der (verkleinerten) Planungsgruppe und den genannten nicht-schulischen Partnern bestehen und mit einer externen Moderation arbeiten. Es sollten Teilprozesse ermöglicht werden, um Einzelfragen zeitnah klären zu können. Dazu sollten die Akteure auch mit der nötigen Entscheidungskompetenz ausgestattet sein. Eine externe Moderation dieses Gremiums ist anzuraten (vgl. Kap. 3.2).

Problembeschreibung
(ausführlich: Kap. 2.1 & 2.2)

- Im traditionellen Kernbereich, der Teilzeitberufsschule im Dualen System sinkt das Ausbildungsangebot seitens der Betriebe weiter ab. Diese Tendenz wird zumindest mittelfristig weiter bestehen. Daraus entsteht ein wachsender Bedarf nach vollzeitschulischen Berufsbildungsgängen. (Maßnahmen zur Aktivierung der ungenutzten Ausbildungspotenziale wären dringend geboten. Eine Möglichkeit hierzu wäre in einer forcierten Förderung der Verbundausbildung zu sehen.)
- Der Anteil an Jugendlichen, der von den Lehrenden als „schwierige Klientel“ eingestuft wird, wächst seit Jahren. Diese Tendenz wird mindestens mittelfristig weiter bestehen.
- Zwei Schulen sind durch die Verteilung auf mehrere Nebenstellen stark belastet. Pendelbewegungen von Lehrenden und Schüler/innen sind zeitintensiv und teuer, auch wird die innere Schulentwicklung erheblich behindert.

Maßnahmen
(ausführlich: Kap. 3)

Der Ausbau entsprechender räumlicher Kapazitäten und weiterer Ressourcen ist notwendig, da die bestehende Struktur seit Jahren bis an die Grenze der Kapazitäten ausgelastet ist. Dies gilt für die verschiedenen Standorte z.T. sehr unterschiedlich.

Durchgängige Bildungsangebote von der Berufsvorbereitung bis hin zur Weiterbildung und Studienqualifizierung sollen an allen Standorten gewährleistet sein.

Eine verbesserte und im Umfang verstärkte Schulsozialarbeit soll in Kooperation mit der Jugendberufshilfe die Rahmenbedingungen für pädagogische Arbeit an allen Berufsschul-Standorten unterstützen und verbessern.

Das Gremium „Planungsgruppe“ hat einen Konsens hinsichtlich der Einrichtung von zwei Standorten / Berufsschulzentren, in denen die derzeitigen 6 Berufsschulen untergebracht werden sollen erzielt, im Szenario-A näher beschrieben. Die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung wird in einem weiterführenden gemeinsamen Arbeitsprozess (Arbeitsgruppe) im Anschluss an die Verabschiedung des Rahmenplans erarbeitet. Szenario-A ist nicht lediglich als eine Maßnahme im Hinblick auf die Nebenstellenproblematik zu sehen, sondern stellt ein weitergehendes Gesamtkonzept dar. Die Nebenstelle der PBS Agrarwirtschaft in der Herrmannstraße soll in diesem Zusammenhang aus organisatorischen, baulichen und ökonomischen Gründen an die Landrat-Gruber-Schule nach Dieburg verlegt werden (Kap. 3.3).

Problembeschreibung
(ausführlich: Kap. 2.1 & 2.2)

- Insgesamt gibt es ein Defizit an Räumen für die beruflichen Schulen, v.a. im Hinblick auf den steigenden Bedarf an flexiblen Raumkonzepten (integrierte Fach-Klassen-Räume, Projektpräsentationen vor größerer Öffentlichkeit, Ganztagsarbeitsplätze für Lehrende, Teamarbeit von Lehrenden zur Erstellung schulnaher Curricula etc.)
- Sporthalle in Eberstadt ist sehr weit von den Schulstandorten entfernt. Ausfall von Unterrichtszeit und Transportkosten sind erheblich (ca. 60.000€/Jahr).

Maßnahmen
(ausführlich: Kap. 3)
Durch den erfolgten Kauf des Nachbargrundstückes vom Land Hessen kann der Standort Mornewegstraße räumlich deutlich erweitert werden. Zugleich könnten Möglichkeiten zur Refinanzierung der notwendigen Investitionen durch den Verkauf freigezogener städtischer Immobilien realisiert werden (Kap. 3.3).

Eine Sporthalle in unmittelbarer Nähe des Standortes Mornewegstraße ist dringend erforderlich.

2. Analyse der Ausgangssituation

Im Rahmen der fachlichen Begleitung der Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen der Stadt Darmstadt und im Hinblick auf die darin zu erstellende Prognose auf das Jahr 2012 wird der bestehende IST-Stand analysiert. Dabei werden wichtige bundesweite und regionale Entwicklungstrends im Berufsbildungssystem benannt und in ihren möglichen Auswirkungen auf die zu erstellende Prognose hin untersucht. Im Wesentlichen wird hierfür auf aktuelle Berichte des Bundesministeriums für Bildung und des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB), des Landesarbeitsamt Hessen sowie der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im Internet zurückgegriffen.
Des Weiteren werden die Strukturmerkmale der Darmstädter Berufsschullandschaft beschrieben. Datenbasis sind hier Materialien der Stadt Darmstadt, Zahlen der IHK-Darmstadt und der Arbeitsagentur, die z.T. mit eigenen Berechnungen aufbereitet werden. In die Beschreibung der einzelnen Berufsschulen fließen vor allem Daten aus den Bestandserhebungen des Staatlichen Schulamtes und Selbstbeschreibungen in Schulprogrammen/-profilen ein. Hinzu kommen Ergebnisse aus den leitfadengestützten Gesprächen von STEP mit den erweiterten Schulleitungen sowie Vorträgen und Diskussionen der Workshops 1 & 2, die im Rahmen des Planungsprozesses im Mai und Juni 2002 stattfanden.

2.1 Problembeschreibung

Aus der Vielzahl an *Akteuren* entsteht ein dichtes Geflecht von Meinungen, Interessen, Ideen und Vorschlägen, die im dialogischen Verfahren durch die externe Beratung zielorientiert zu koordinieren sind: Das Stadtgebiet Darmstadt umfasst sechs berufliche Schulen, hinzu kommt die Kreisberufsschule in Dieburg, zu der traditionell Verbindungen in Form inhaltlicher Absprachen hinsichtlich der Ausbildungsangebote und verflochtener Pendlerströme bestehen. Die Komplexität wird durch eine große Anzahl der *Themen* erhöht. Die wesentlichen Entwicklungen, die die BEP beeinflussen, sind:

- Alle Schulen sind seit Jahren an der Grenze der räumlichen Kapazitäten angelangt, an einigen Schulen gibt es erhebliche quantitative und qualitative Mängel.
- Qualität und Quantität vorhandener Ressourcen und Räume an den Standorten sind sehr unterschiedlich. Die Schulen haben sich arrangiert, schauen jedoch an gewissen Stellen „neidvoll“ auf andere, (vermeintlich) besser ausgestattete Schulen.
- Schnell und z.T. drastisch veränderte Nachfrage nach bestimmten Dualen Ausbildungen trifft die einzelnen Schulen sehr uneinheitlich. In einigen traditionellen Ausbildungsberufen ist die Nachfrage kontinuierlich gefallen. Neue Ausbildungsberufe werden schnell entwickelt und zunächst stark nachgefragt. Vor allem im Hinblick auf die Gesamtentwicklung der Branchen bleibt dies prognoseunsicher, wie das Beispiel IT-Berufe zeigen kann, die seit 2001 kurzfristig und erheblich weniger nachgefragt werden. In der Region Darmstadt, Darmstadt/Dieburg haben einzelne Schulen in den letzten Jahren auf diese Anforderungen u.a. durch Kooperationen reagiert. So beispielsweise. HEMS und

FLS, die im Projekt „LIMES“ das Angebot für die neuen IT-Berufe zusammen erbringen.

- (Neue) Ausbildungen, die nicht im Dualen System angeboten werden (z.B. Assistentenberufe) erhöhen den Anteil der Vollzeitschüler: +27,7% im Vergleich zu 96/97 (Teilzeit: +3,9% bei einem leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr), der wiederum einen steigenden Raumbedarf und verstärkten Lehrereinsatz zur Folge hat. Diese Entwicklung trifft die Schulen sehr uneinheitlich. Speziell an der AES und der HEMS übersteigen die Zahlen der Vollzeitschüler die der Teilzeitschüler z.T. erheblich. Hier ist die traditionelle „Teilzeitberufsschule im Dualen System“ aus Sicht des Personaleinsatzes und der Raumressourcen nicht mehr der Kernbereich.
- Vollzeitschulische „Besondere Bildungsgänge“ weisen eine tendenziell steigende Bedarfszahl auf. In diesem Segment beruflicher Schulen liegt eine professionelle Herausforderung für Lehrende und Schulorganisation, da ein gutes pädagogisches Angebot auch eine ausreichende räumliche und sächliche Ausstattung erfordert, die an vielen Schulen nicht in einem befriedigenden Umfang vorhanden ist. Zudem sind die Belastungen aus der Beschulung dieser Zielgruppe zwischen den Darmstädter Schulen sehr ungleich verteilt. Hinzu kommt ein großes Defizit an Kooperation und Absprache mit abgebenden allgemein bildenden Schulen sowie eine ungenügende Beratung im Vorfeld des Wechsels an eine berufliche Schule. . Die bei Beginn des Planungsprozesses als besonders problematisch geltenden so genannten „Jungarbeiterklassen“ = „Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag“ an der PBS haben sich mittlerweile durch die Änderung des Schulgesetzes, das die Schulpflicht in ein Recht geändert hat, überwiegend aufgelöst und spielen eher eine untergeordnete Rolle. Hier müssen neue Konzepte entwickelt werden.
- Die Aufsplitterung von AES und PBS auf mehrere Standorte bzw. Nebenstellen beeinträchtigt neben der Schulorganisation auch das Arbeitsklima in den Kollegien und erschwert Prozesse der inneren Schulentwicklung.
- Schüler/innen und Lehrende von EKS und PBS müssen für den Sportunterricht nach Eberstadt in die Hirtengrundhalle pendeln.
- Das laufende Schulbau-Sanierungsprogramm der Stadt greift bisher noch nicht an allen notwendigen Standorten und wird v.a. im Berufsschulzentrum Nord von der Lehrenden sehr skeptisch eingeschätzt.
- Die letzten Jahre waren geprägt von vielen einzelnen und oft als unbefriedigend eingeschätzten ad hoc Lösungen zur Behebung von Raummangel, denen kein schlüssiges Konzept zu Grunde lag.

2.2 Ausbildungsangebot und Ausbildungsnachfrage

Die Struktur des Ausbildungsmarktes ist untrennbar mit der wirtschaftlichen Entwicklung und dem allgemeinen Arbeitsmarkt einer Region verbunden. Darmstadt und die Region Starkenburg liegen in einer der reichsten Regionen Europas. Bundesdeutsche Benchmarking-Tests kommen zu guten Ergebnissen bezüglich der Einwohnerentwicklung, Wirtschaftsstruktur u. ä. Kategorien. Zwar ist die Einwohnerzahl Darmstadts von 1993 bis 1997 gesunken, seitdem steigt die Zahl der Einwohner wieder leicht, aber stetig an. Insbesondere im Vergleich mit anderen mittleren Großstädten Deutschlands, die seit Jahren zum Teil dramatische Einwohnerverluste zu melden haben, belegt dies die Attraktivität und wirtschaftliche Stärke der Stadt und der Region. Nach „der Wende“ und mit der zunehmenden Globalisierung der

Weltwirtschaft, die eine verschärfte Konkurrenzsituation zwischen Kommunen, Regionen und Ländern mit sich bringt, kann sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt und die umliegende Region eher zu den „Gewinnern“ im globalen Streit um Waren-, Wirtschafts-, Absatz- und Beschäftigtenmärkte rechnen. Zu den positiven Wirtschaftsdaten für die Stadt und die Region seit 1997 trägt die bis 2002 sinkende Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen sowie der Sozialhilfeempfänger/innen bei. Die Zahl der Beschäftigten ist bis 2002 auf ca. 88.000 Personen gestiegen, um sich dann auf einem niedrigeren Niveau bei ca. 85.000 Personen in 2005 zu stabilisieren. Durch die weiterhin leicht wachsende Bevölkerungszahl in der Wissenschaftsstadt zeigen sich hierbei die modernen Trends zu mehr Beschäftigung, die aber nicht mehr mit einer Zunahme bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen gekoppelt sein müssen. Der Arbeitsmarkt ist durch Selbständigkeit, Teil-Selbständigkeit oder projektbezogenes Arbeiten vor allem im Dienstleistungsbereich vielfältiger und differenzierter geworden
Die Wissenschaftsstadt Darmstadt und die Region Starkenburg haben – im nationalen wie internationalen Vergleich – z.Zt. eine gesunde Wirtschaftsstruktur, die den neuen Anforderungen einer globalisierten Ökonomie gut entsprechen (siehe Bertelsmann 2006 und andere). Der hohe Anteil der Dienstleistungen an der gesamten Wirtschaftstätigkeit wird u. a. durch die hohe Zahl der Dienstleistungen in Forschung, Entwicklung und Bereitstellung in den Bereichen Internet und Software erzielt. Viele neue, kleine Firmen mit dem Branchenschwerpunkt Dienstleistungen, Internet/Softwareentwicklung und die deutlich gestiegene Rolle der Forschungseinrichtungen Darmstadts (von der TU über die Hochschule Darmstadt und die angegliederten Institute sowie die in Darmstadt ansässigen Softwarefirmen) wirken als Motor der neuen Wirtschaftsentwicklung. (Bachmann 2002).

Ausbildungsangebot

Insgesamt lässt sich für Darmstadt ein *sinkendes Angebot an Berufsausbildung im Dualen System konstatieren*. Mittelfristig wird die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im IHK-Bereich von derzeit ca. 3.200 schon in wenigen Jahren tendenziell zurückgehen. Eine Kompensation aus anderen Kammerbereichen ist nicht zu erwarten. Darmstadt folgt damit dem regionalen und landesweiten Trend. Branchen- und sektorenspezifisch ist diese Entwicklung uneinheitlich. So wird die Bedeutung von Dienstleistungsberufen weiter zu nehmen. Auf Grund der großen Bedeutung des Dienstleistungssektors für Darmstadt und die Region ergeben sich Unschärfen für die Planung der Berufsschulentwicklung: bei einem, auch kurzfristig möglichen, ökonomischen Niedergang oder einer weiteren Stagnation der Internet- und Software-Branche kann sich die Ausbildungssituation schnell und erheblich verändern. Im Einzelnen:

Der Betriebspanel Report Hessen 2005 zeigt, dass in Hessen (im Gegensatz zum Bundestrend) im Jahr 2004 die Angebots-Nachfrage-Relation bezogen auf die Ausbildungsplätze gegenüber 2003 um 1,3 Punkte stieg. Dennoch liegt der hessische Wert mit 94,3 unter dem Bundesdurchschnittswert, das heißt auf 100 Ausbildungsplatzsuchende kommen 94,3 Angebote. Die Zahl der Auszubildenden in Hessen im Jahr 2005 ist gegenüber dem Jahr 2004 um etwa 4.000 auf nunmehr 107.000 gestiegen. Die Ausbildungsquote, gemessen als Anteil der Auszubildenden an der Gesamtbeschäftigung, betrug 2005 in Hessen 5,1% (alte Bundesländer: 5,5%). Tatsächlich neu besetzt wurden 2004/2005 laut IAB-Betriebspanel 42.750 Ausbildungsplätze, demnach wurden gegenüber 2003/2004 6.200 Ausbildungsplätze

weniger angeboten und 4.200 Verträge weniger abgeschlossen. Etwa 27% aller hessischen Betriebe bilden trotz Ausbildungsberechtigung nicht aus. In Hessen sind 39% aller Ausbildungsplätze im Bereich der sonstigen Dienstleistungen zu finden.

Im Verhältnis zur Anzahl der Beschäftigten in den Sektoren, findet sich die höchste Ausbildungsquote im Baugewerbe. Auf 100 Beschäftigte kommen im Bausektor über 9,7 Ausbildungsplätze. Dies liegt weit über der durchschnittlichen Quote für Hessen von 5,5 Auszubildenden pro 100 Beschäftigte.
Über die Betriebsgrößen verteilt sich die Zahl der Auszubildenden relativ gleichmäßig. In kleineren Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten, ist etwa die Hälfte (47%) aller Auszubildenden zu finden. Die meisten, d. h. 28%, aller Auszubildenden wurden von Großbetrieben mit 250 und mehr Beschäftigten eingestellt, die wenigsten, d. h. 23%, von Kleinstbetrieben (unter 10 Beschäftigten). In Kleinbetrieben Hessens (10-49 Beschäftigte) sind 24% aller Auszubildenden beschäftigt (alte Bundesländer insgesamt: 29%). Bezogen auf die Ausbildungsquote sind die Unterschiede zwischen den Betriebsgrößen geringer als zwischen den Sektoren: Kleinbetriebe haben eine leicht überdurchschnittliche Anzahl an Auszubildenden pro 100 Beschäftigte (9,1), Großbetriebe eine leicht unterdurchschnittliche (4,1) Anzahl.

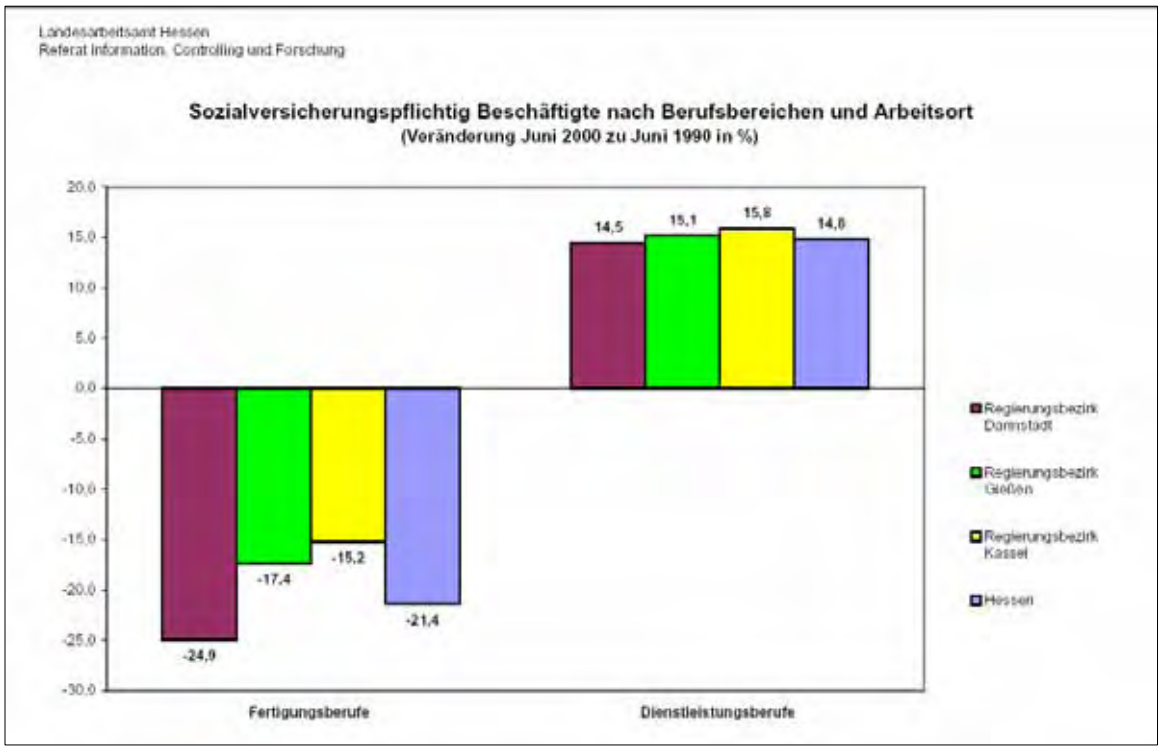


Abb. 1: Veränderung der Beschäftigungsstruktur 1990 – 2000

Diese landesweite Entwicklungstendenz zeigt sich auch bei den Zahlen für den Regierungsbezirk Darmstadt. Während die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Sektor der Fertigungsberufe von 1990 – 2000 um fast ein Viertel gesunken ist, steigt sie zugleich im Dienstleistungssektor um 14,5% an (Abb. 1). Für Darmstadt steht einem Minus von 10% in den Fertigungsberufen ein Plus von 20,8% bei den Dienstleistungsberufen gegenüber (Da-Di: -31,1% / +23,0%). Im Kernbereich der beruflichen Schulen, der Teilzeitberufsschule im Dualen System, zeigen sich diese Trends u.a. in den sich verändernden Anteilen der unterschiedlichen Berufsfelder (Abb. 7).

Bemerkenswert ist die sinkende Zahl von Auszubildenden im technisch-kaufmännischen Sektor (-14% seit 1990) bei zugleich steigender Beschäftigung (+17,5%). Die Ausbildungsquote sinkt bei den gewerblichen Ausbildungsplätzen von 5,9% auf 4,9% im technisch-kaufmännischen dagegen von 5,0% auf 3,6% (ABF 2001, eigene Berechnungen; Abb. 2).
Landesweit hat sich die Ausbildungsbeteiligung über alle Betriebsgrößenklassen hinweg von 26,0% im Jahre 1990 auf 21,6% im Jahre 2000 verringert. Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Qualifikationssystems für betriebliche und individuelle Wettbewerbsfähigkeit nimmt der Rückgang der Zahl der Ausbildungsbetriebe und der Ausbildungsplätze in Hessen „fast dramatische Formen an." (ABF aktuell, 5/02).
Entgegen dem Beschäftigungstrend (+2,1% von 1990 – 2000) ging die Zahl der Auszubildenden um 21,2% zurück (gewerblich -30%, technisch-kaufmännisch -12%).
Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels liegt allerdings der Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben in Hessen mit 35% noch über dem Durchschnitt für Westdeutschland (30%).

Region	Zu-/Abnahme der Arbeitsplätze für Arbeiter		Zu-/Abnahme der gewerblichen Ausbildungsplätze		Zu-/Abnahme der Arbeitsplätze für Angestellte		Zu-/Abnahme der technisch-/kaufmännischen Ausbildungsplätze	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Nordhessen (Reg. Bez. Kassel)	-27.551	-12,7	-4.585	-27,6	38.234	22,8	-1.471	-9,9
Mittelhessen (Reg. Bez. Gießen)	-25.255	-14,8	-3.236	-27,0	30.402	21,7	-1.034	-8,7
Südhessen (Reg. Bez. Darmstadt)	-116.934	-19,3	-11.845	-33,0	145.307	17,5	-5.924	-14,3
Hessen insgesamt	-169.740	-17,1	-19.666	-30,5	213.943	18,8	-8.429	-12,4

Abb. 2: Regionale Entwicklung von Beschäftigung und Ausbildung 1990 – 2000 (ABF 11/2001)

Gleichzeitig ist das nicht genutzte Ausbildungspotenzial – Betriebe, die trotz Berechtigung nicht ausbilden – in Hessen im Vergleich zu Westdeutschland leicht überdurchschnittlich" (Schmid/Baden 2002). Eine Ausdifferenzierung der Betriebe nach Wirtschaftzweigen und Betriebsgröße hat gezeigt, dass dieses unausgeschöpfte Ausbildungspotenzial bei kleineren Betrieben und – sektoral gesehen - im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den unternehmensnahen Dienstleistungen besonders hoch ist. Gerade in diesen Sektoren besteht gleichzeitig ein nicht unerheblicher Bedarf an Fachkräften. Dieser wird zum Teil auch von Betrieben beklagt, die trotz Berechtigung nicht ausbilden. Maßnahmen zur Aktivierung der ungenutzten Ausbildungspotenziale scheinen hier dringend geboten. Eine Möglichkeit hierzu ist in einer forcierten Förderung der Verbundausbildung zu sehen.

Nach den Ergebnissen einer bundesweiten Befragung ist für eine relativ hohe Anzahl von Betrieben, die derzeit nicht ausbilden eine Ausbildung im Verbund durchaus vorstellbar. Dies gilt insbesondere für Kleinstbetriebe, deren finanzielle und personelle Kapazitäten sowie Arbeitsprozesse für eigene Ausbildungsaktivitäten häufig nicht ausreichen. Die Tatsache, dass fast ein Drittel der bisher nicht ausbildenden Kleinbetriebe (weniger als 9 Beschäftigte) eine Ausbildung im Verbund für realisierbar halten, spricht für den Ausbildungsbedarf und die Ausbildungsbereitschaft dieser Betriebe (Schmid/Baden 2002).

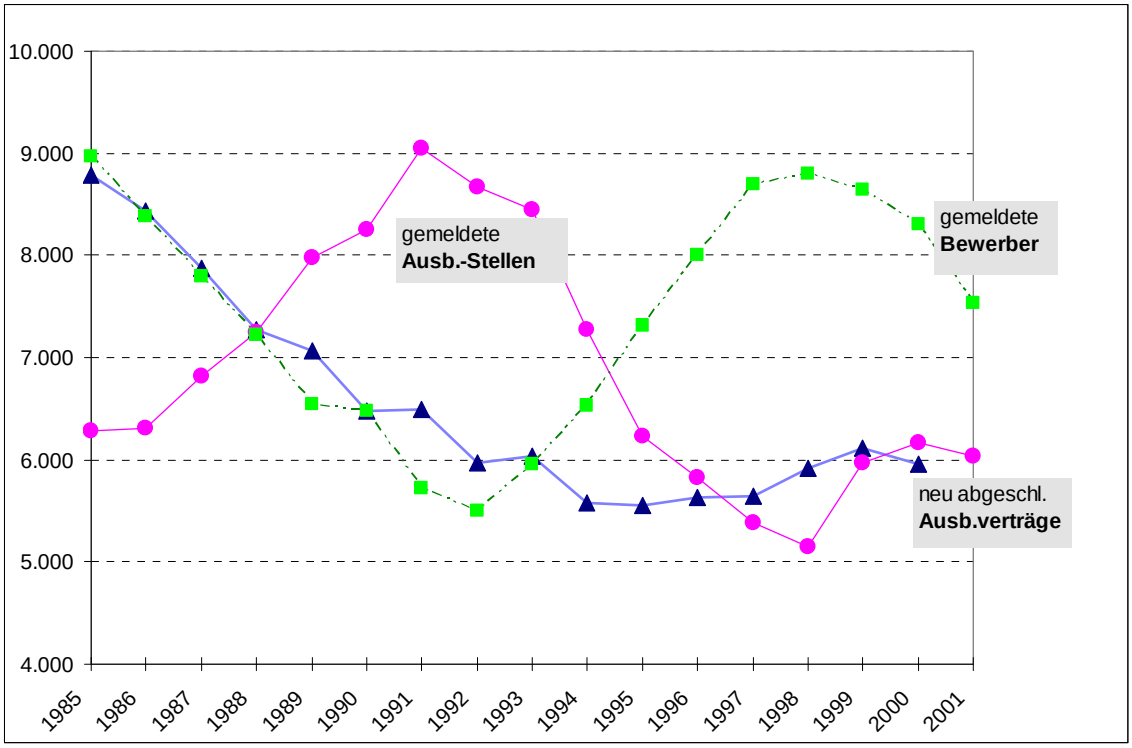


Abb. 3: Ausbildungsmarkt Südhessen. Quelle: Sendelbach/Arbeitsamt 2002

Auf Grund der großen Bedeutung des Dienstleistungssektors für Darmstadt und die Region ergeben sich Unschärfen für die Planung der Berufsschulentwicklung: bei einem, auch kurzfristig möglichen, ökonomischen Niedergang oder einer weiteren Stagnation der Internet- und Software-Branche kann sich die Ausbildungssituation schnell und erheblich verändern. Ähnliches gilt für den Bereich der Automobilbranche: eine ökonomische Negativentwicklung z.B. der Fa. Opel könnte erhebliche Konsequenzen für die Ausbildungssituation der Branche und der Region mit sich bringen. Durch die auch weiterhin steigende Verflechtung von Wirtschaftstätigkeit in der Region, steigenden Pendlerzahlen und regional statt lokal geprägter Arbeitsmarktentwicklung, ist die Begrenzung der Berufsschulentwicklungsplanung auf das Gebiet der Wissenschaftsstadt Darmstadt problematischer geworden.

Die Darmstädter Berufsschullandschaft ist wie im Bundes- und Landestrend geprägt von sinkender Ausbildungsbeteiligung der Betriebe. Während die Gesamtzahl der Betriebe von 1992 – 2000 nur wenig um den Durchschnitt von 939 schwankt (+/- 2%), stagnierte der Anteil der Betriebe mit Auszubildenden in den Jahren 1992 – 1998 bei ca. 23% und fiel bis 2000 auf 21,5% (ABF 2002, Betriebe). Das Angebot an Ausbildungsplätzen wird in Darmstadt tendenziell eher weiter sinken.

Ausbildungsnachfrage

Die Nachfrage nach Berufsausbildung ist wesentlich abhängig von der demografischen Entwicklung (Geburten, Wanderungsbewegungen), den Schulabgängerzahlen und dem Bildungsverhalten. Sie wird insgesamt für Darmstadt zumindest bis in das Jahr 2017 sehr wahrscheinlich noch ansteigen, um danach vermutlich bis etwa auf das heutige Niveau wieder zu sinken.

Entwicklung der Bevölkerung in der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre

Jahr	Jährlicher Wanderungsfaktor		
	+/- 0	+ 250	+ 500
2003	6.368	6.368	6.368
2005	6.480	6.504	6.528
2008	6.478	6.524	6.569
2011	6.468	6.535	6.601
2014	6.694	6.784	6.875
2017	6.820	6.940	7.061
2020	6.666	6.823	6.980

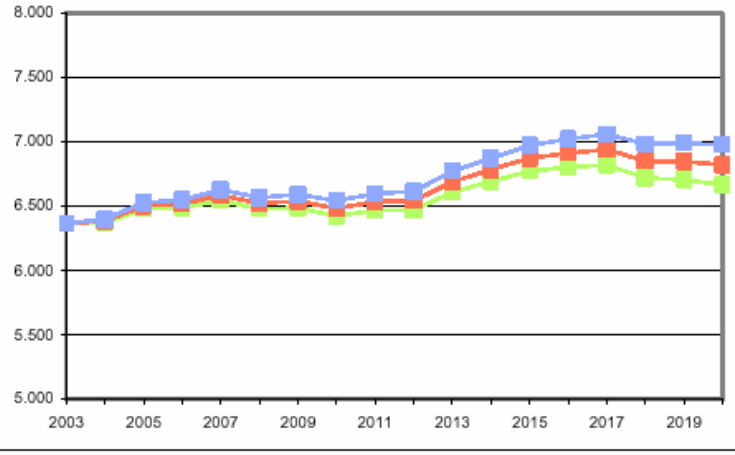


Abbildung 4: Entwicklung der Altersgruppe 15 bis 20 Jährige, Quelle Amt für Statistik und Wirtschaftsentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt 2006

Im Einzelnen:

Die *bundesweite* demografische Entwicklung zeigt, dass die Altersgruppe der 15- bis unter 21-Jährigen, also Schüler/innen und Absolvent/Innen des Sekundarbereichs II, bis 2015 zahlenmäßig zunehmen wird. Nach dem Erreichen des Höchststands, der im Jahr 2008 etwa 4,6 Mio. betragen und damit um fast 0,5 Mio. (11,5%) über dem heutigen Niveau liegen wird, nimmt ihre Zahl bis 2015 wieder auf 4,2 Mio. ab und liegt dann nur noch um 0,1 Mio. (2,2%) höher als 1998. (KMK 2001). Das Bundesinstitut für Berufsbildung beschreibt bzw. prognostiziert die Entwicklung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen von 1992 bis 2015 (BiBB 2002). Für die alten Bundesländer wird sich der seit 1993 bestehende Trend steigender Nachfrage bis 2008, der demografischen Entwicklung folgend, fortsetzen. Nach diesem Höhepunkt sinken die Zahlen in der Prognose kontinuierlich, und im Jahr 2014 soll mit ca. 500.000 Nachfragenden das Niveau des Jahres 2001 wieder erreicht werden. Diese Nachfrage zeigt sich sektoral und regional in sehr unterschiedlichen Entwicklungen und trifft auf ein entsprechend differenziertes sowie tendenziell sinkendes Angebot von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Darmstadt wächst seit 1997 gegen den Bundestrend und gegen die Entwicklung vieler vergleichbarer Städte. Allerdings werden für die demografische Entwicklung schon mittelfristige Prognosen immer schwieriger. Für die Schulentwicklungsplanung ist insbesondere die Bevölkerungsgruppe der 16 bis unter 24 jährigen von Interesse. So liegt das Durchschnittsalter von Auszubildenden im dualen System seit einigen Jahren konstant bei ca. 19 Jahren. Zur Beschreibung des IST-Standes sind dies die Geburtsjahrgänge 1978 – 86 (Abb. 4). Deutlich wird mit den Jahrgängen 1983, 1984 ff. das Ende des Geburtenrückgangs, und die Stabilisierung bei durchschnittlich 1.225

Geburten. Zumindest aus dieser Entwicklung kann sich eine gewisse Planungssicherheit ergeben, unter den Voraussetzungen:

- dass Bildungsverhalten, Studien- und Berufswahl und v.a. die Bilanz von Ausbildungsplatznachfrage und -angebot möglichst konstant bleiben
- dass sich die Wanderungsbilanz in dieser Altersgruppe nicht stark verändert (1999: Wanderungsgewinn von 723 Personen im Alter von 18 - unter 25)
- sich die Bilanz der Pendlerströme nicht stark verändern.

Mit Blick auf das Jahr 2012 wird dies nur mit Unschärfen zu prognostizieren sein. Dennoch zeigt die von der Wissenschaftsstadt durchgeführte Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2020 (siehe Magistrat 2004) für die hier interessierende Altersgruppe selbst bei verschiedenen Annahmen über die Wanderungsbewegung, dass die Zahl der Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 20 Jahre weiterhin bis ca. zum Jahr 2016 leicht ansteigen wird, von derzeit ca. 6.400 Jugendlichen auf ca. 7.000 im Jahr 2017.

Auszug aus dem Sonderbeitrag „Die demografische Entwicklung Darmstadts“, Magistrat 2004, Seite 6, Statistische Berichte 2/2004:

2.5.4 Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre
Recht stabil ist die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersgruppe von 15 bis unter 20 Jahre bis zum Jahr 2012; danach wird sich in allen drei Varianten eine leichte Steigerung der Bevölkerungszahl dieser Altersgruppe ergeben. Hierbei spielt die Wanderungsbewegung keine große Rolle, da in dieser Altersgruppe Zu- bzw. Fortzüge nicht so dominierend sind. Die Veränderungen, die ab ca. 2013 einen Zuwachs in diesen Jahrgängen erwarten lassen, beruhen hauptsächlich auf dem Nachrücken der unterschiedlich starken Geburtsjahrgänge. So wird die Anzahl der Jugendlichen in der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre von 6.368 zum 31.12.2003 voraussichtlich um 300 bis 600 Personen steigen. Bis 2020 werden in der ersten Variante 6.666, in der zweiten Variante 6.823 und in der dritten 6.980 Jugendliche errechnet.

Zitierte Literatur:

Bertelsmann 2006: Bertelsmann-Stiftung, Ein Baustein des Wegweisers Demographischer Wandel, Gütersloh 2006, im Internet: www.aktion2050.de/wegweiser/

Magistrat 2004: Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Die demografische Entwicklung Darmstadts, Statistische Berichte

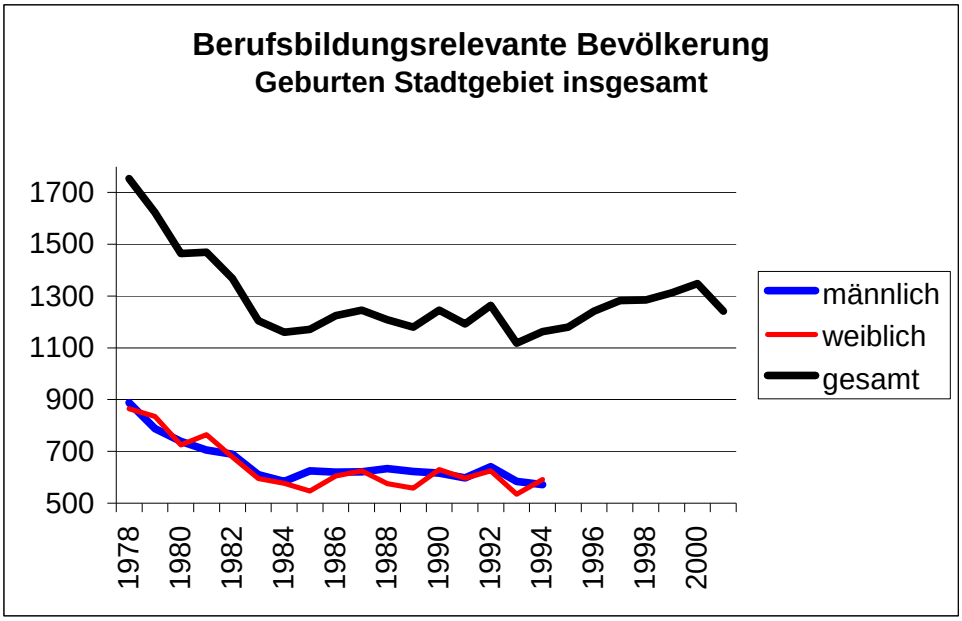


Abb. 5: Stärke der Geburtsjahrgänge in Darmstadt, Quelle: Stadt Darmstadt, Stand: 31.12.2002

Aber rund 50% der Schüler/innen in Teilzeitschulform kommen aus dem Umland. Basierend auf den Zahlen des Jahres 2000 nimmt im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Zahl der Schüler/innen im Alter von 16-19 Jahren um rund 12% bis zum Jahr 2007 zu und geht dann erst langsam wieder auf ein Niveau von + 6,2% im Jahr 2014 zurück. Ein Großteil dieser Schüler wird vermutlich ihren Ausbildungsplatz in Darmstadt erhalten und folglich an den beruflichen Schulen in Darmstadt unterrichtet werden. Durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist die Stadt Darmstadt zudem verpflichtet, Schüler/innen, die der verlängerten Vollschulpflicht unterliegen und keine weiterführende Schule besuchen, sowie Berufsschulpflichtige, die im Altkreis Darmstadt wohnen, an den beruflichen Schulen in Darmstadt aufzunehmen.
Analog dem Bundestrend wird in der Region Darmstadt die Zahl der Schulabgänger in den nächsten Jahren kontinuierlich ansteigen, und damit tendenziell auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (Abb. 5). Der in Darmstadt relativ hohe Anteil von studienberechtigten Schulabgänger/Innen lässt deren Bildungsverhalten zur nennenswerten Größe auch für die Bilanz des Ausbildungsmarktes im Dualen System werden. Diese Gruppe tendiert stark zu kaufmännischen und IT-Berufen in denen sie z.T. deutlich mehr als die Hälfte aller Ausbildungsanfänger stellt. Seit 1999 ist allerdings ein bundesweiter Trend sichtbar geworden, dass diese Anteile unabhängig vom Angebot sinken, also weniger Studienberechtigte in das Duale System drängen (Berufsbildungsbericht 2002).

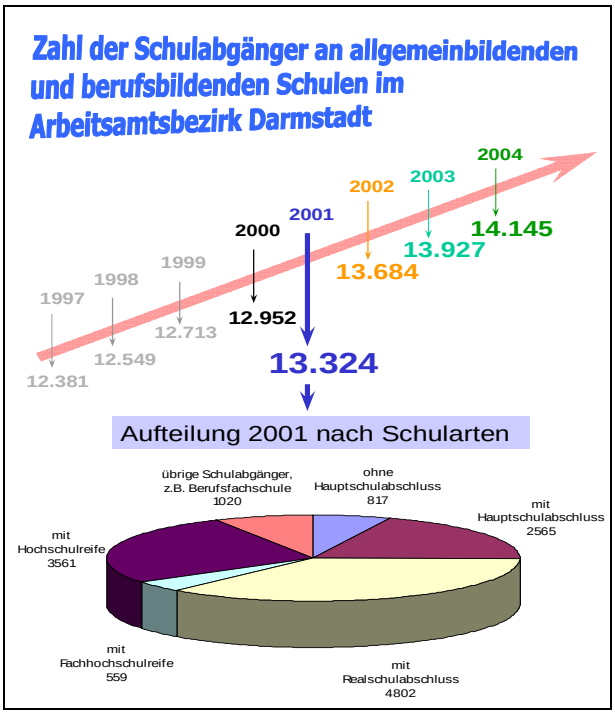


Abb. 6: Entwicklung der Schulabgängerzahlen. Quelle: Sendelbach, Arbeitsagentur Darmstadt

Benachteiligte Jugendliche

Benachteiligte Jugendliche, die aufgrund ihrer Bildungsvoraussetzungen den Übergang von den allgemein bildenden Schulen zur Berufsausbildung nicht nahtlos vollziehen können, wurden seither innerhalb der beruflichen Schulen in den besonderen Bildungsgängen (BVJ, BGJ, EiBE, FAuB) aufgefangen und für die berufliche Erstausbildung qualifiziert.

Durch die demografische Entwicklung der Schulabgänger und den Rückgang an Ausbildungsplätzen finden auch Jugendliche mit guten Schulabschlüssen (Hauptschulabschluss, Mittlerer Abschluss) in zunehmendem Maße nicht den nahtlosen Übergang von den allgemein bildenden Schulen in die Berufsausbildung. Diese marktbenachteiligten Jugendlichen suchen eine schulische Anschlussmöglichkeit in der Zweijährigen Berufsfachschule oder in der vollschulischen Berufsausbildung (Assistentenberufe). Eine weitere Warteschleife für Jugendliche mit dem mittleren Bildungsabschluss ist auch die Fachoberschule Form A.

Durch diese Entwicklung findet auf dem Ausbildungsmarkt ein Verdrängungsprozess statt, bei dem benachteiligte Jugendliche die Verlierer sind.

Der Berufsschulentwicklungsplan kann bezüglich fehlender Ausbildungsplätze und den damit verbundenen Folgen keine Lösungsansätze bieten. Dies kann nur über gesamtgesellschaftliche Diskussionen bzw. über politische Lösungen geschehen, die von der Bundes- und Landesebene ausgehen müssen.

Das Bestreben des Schulträgers ist es aber, für benachteiligte Jugendliche in Zusammenarbeit mit freien Trägern wie Internationaler Bund für Sozialarbeit(IB), Werkhof, Berufsbildungszentren der Kammern und weiteren privaten Akteuren auch für

diese Jugendlichen eine Perspektive zu schaffen. Hierbei sollten auch Modelle wie beispielsweise Produktionsschulen in Erwägung gezogen werden.

Dies muss aber außerhalb des Berufsschulentwicklungsplanes geschehen, um ein möglichst situatives, schnelles und flexibles Handeln zu ermöglichen.

2.3 Struktur der Darmstädter Beruflichen Schulen

In der Analyse der bestehenden Struktur wurde deutlich, dass die Zahl der benötigten Plätze seit einigen Jahren etwas schneller steigt als die Zahl der Schüler/innen. Die Veränderung des Raumbedarfes (nach Klassen) folgt der Entwicklung der Anzahl von Schüler/innen. Der Zunahme der Zahl von Schüler/Innen folgt insgesamt auch die Zahl der Klassen. Im Rückblick auf die letzten sechs Jahre, das entspricht in etwa zwei vollständigen Durchläufen der üblichen Berufsausbildungen, wird deutlich, dass eine gewisse Flexibilität im Gesamtsystem erreicht werden kann.

Entwicklung von 1996/97 bis 2005/06	Gesamt
Schüler/innen	10,8%
Klassen ges.	1,5%
Plätze	14,5%
Raumbedarf	3,5%

Entwicklung von 1996/97 bis 2005/06	Gesamt
Tz-Klassen	-1%
Tz-Schüler/innen	3,9%
Vz-Klassen	9,2%
Vz-Schüler/innen	27,7%

Der Anstieg an Vz-Schüler/Innen konnte bisher immerhin teilweise in bestehenden Klassen aufgefangen werden. Umgekehrt steigt die Zahl der Tz-Klassen schneller als die der Tz-Schüler/innen, da hier vermutlich der Trend zur weiteren Spezialisierung der Berufsausbildungen zu kleineren Klassen führt.
Die detaillierte Beschreibung der Schulstandorte und deren Bildungsangebote wird in der jeweils aktuellsten Fassung vom Staatlichen Schulamt im Internet veröffentlicht (http://schulamt-darmstadt.bildung.hessen.de), eine Übersicht ist im Anhang erstellt.
Die Beschreibung der Struktur der Darmstädter Beruflichen Schulen wird im Folgenden nach Berufsfeldern, Zahl der Schüler/innen, Klassen und Plätzen erfolgen.
Im Einzelnen:

Berufsfelder

Auch wenn es in der Berufspädagogik weitgehend einen Konsens darüber gibt, dass die Einteilung der Dualen Ausbildungen in Berufsfelder zunehmend nicht mehr den realen Verhältnissen entspricht, kann im Rahmen einer Schulentwicklungsplanung darauf nicht völlig verzichtet werden. Die Strukturen sind historisch entlang der Berufsfeldgrenzen gewachsen und ein großer Teil des Datenmaterials wird in diesen Bereichen erhoben (Abb. 7).

Anteil		96/97	98/99	00/01	01/02	03/04	04/05	05/06/
Metalltechnik	01	19,0%	18,3%	17,7%	17,5%	17,4%	17,2%	17,4%
Elektrotechnik	02	7,5%	6,6%	5,2%	4,6%	8,0%	8,0%	7,6%
Bautechnik	03.1	6,8%	5,1%	3,7%	3,4%	2,3%	3,0%	2,8%
Holztechnik	03.2	1,3%	1,3%	1,3%	1,0%	1,2%	1,1%	0,8%
Drucktechnik	04	2,9%	3,1%	4,0%	4,6%	3,4%	3,2%	3,1%
Physik, Chemie, Biologie	05	3,1%	3,4%	3,3%	3,2%	4,0%	4,3%	4,7%
Wirtschaft & Verwaltung	06	34,7%	35,9%	35,8%	36,9%	36,8%	35,2%	36,5%
Ernährung und Hauswirtschaft	07	9,5%	11,3%	11,3%	10,2%	8,8%	9,6%	9,4%
Gesundheit	08	8,1%	7,2%	6,7%	6,6%	5,9%	5,6%	5,1%
Textiltechnik, Bekleidung	09	k.A.	k.A.	0,3%	0,2%	0,1%	0,3%	0,1%
Körperpflege	10	k.A.	k.A.	2,0%	2,0%	2,5%	2,0%	2,4%
Agrarwirtschaft	11	4,1%	3,6%	3,4%	3,3%	3,2%	3,5%	3,7%
Farbtechnik, Raumgestaltung	12	3,0%	3,1%	2,5%	2,4%	3,1%	3,4%	3,3%
IT Berufe		0,0%	1,2%	2,9%	4,0%	3,3%	3,2%	3,0%

Abb. 7: Anteile der Berufsfelder an allen Berufsschüler/innen (Duales System) Da-Di / Da

Für den Kernbereich der beruflichen Schulen, die Teilzeitschule im Dualen System, ergibt sich bezogen auf die einzelnen Berufsfelder ein differenzierteres Bild. Das Berufsfeld 06, Wirtschaft & Verwaltung, hat analog den oben beschriebenen bundesweiten und überregionalen Trends auch als bisher größtes seinen Anteil seit 1996/97 kontinuierlich von 34,7% auf 36,5% weiter ausgebaut. Die Metalltechnik liegt seit Jahren stabil bei knapp 18%. Die Ende der neunziger Jahre entwickelten IT-Berufe liegen mittlerweile in der Größenordnung der Elektro- bzw. Bautechnik. Die Rangfolge der fünf am stärksten besetzten Berufsfelder ist jedoch seit 1996/97 unverändert: 06, 01, 07, 08, 02. Diese Zahlen ergeben sich aus einer Auswertung der Meldungen von Schülerzahlen an das staatliche Schulamt durch die Schulen (quantitativer Bestand, Anlage Blatt 3)

Zahl der Schüler/innen

Schüler/innen	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	944	1.591	2.008	1.147	2.112	2.708	10.510
2001/02	922	1.770	2.286	1.428	2.233	2.841	11.480
2002/03	1.005	1.714	2.337	1.387	2.243	2.802	11.488
2003/04	1.063	1.759	2.334	1.323	2.234	2.743	11.456
2004/05	1.054	1.745	2.275	1.375	2.173	2.956	11.578
2005/06	1.069	1.761	2.228	1.399	2.216	2.967	11.640
Trend-1	13,2%	10,7%	11,0%	22,0%	4,9%	9,6%	10,8%
Trend-2	1,4%	0,9%	-2,1%	1,7%	2,0%	0,4%	0,5%

Die Gesamtzahl von Schüler/innen an den Darmstädter Beruflichen Schulen hat seit Mitte der 1990er Jahre deutlich zugenommen. Der längerfristige Trend-1 beschreibt den Vergleich von 2005/06 zum Schuljahr 1996/97. Der kurzfristige Trend-2 beschreibt die Entwicklung zum Vorjahr.

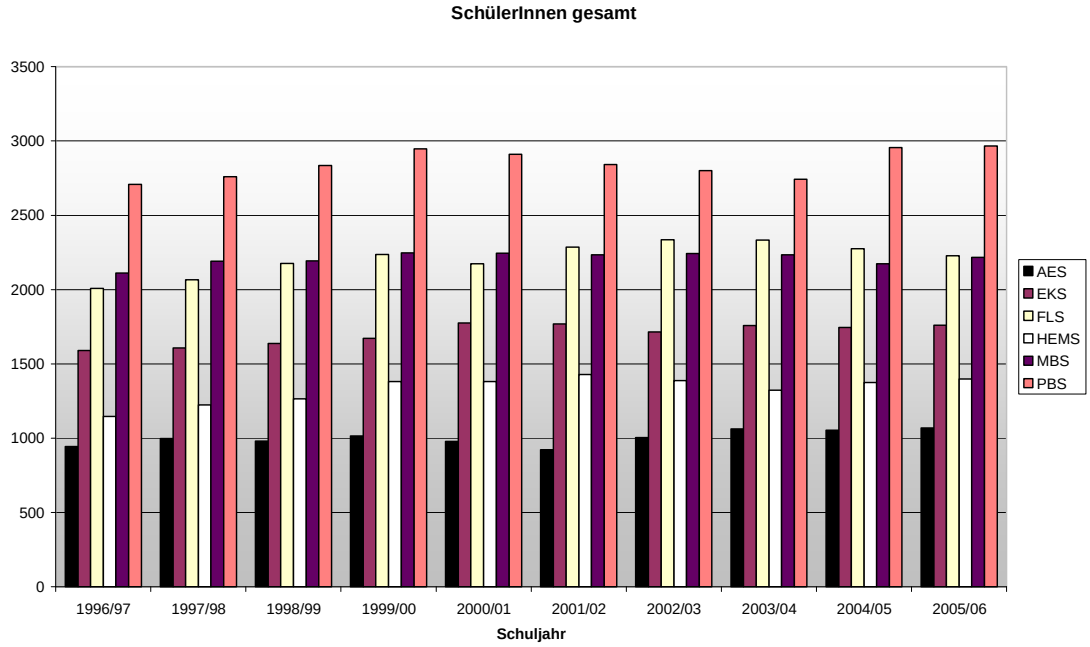


Abb. 8: Anzahl der Schüler/innen seit 1996/97 verteilt nach Schulen

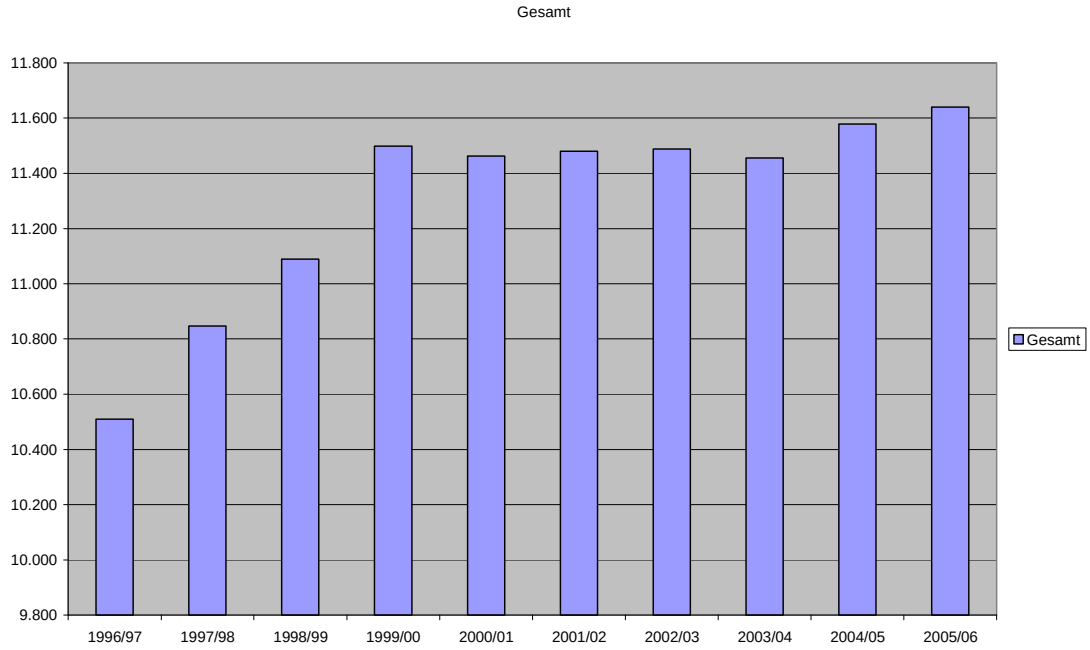


Abb. 8a: Anzahl der Schüler/innen seit 1996/97 insgesamt an den beruflichen Schulen

Der Frauenanteil ist in diesem Zeitraum erheblich gestiegen und stabilisiert sich bei 42-45%. Vermutlich ist er in Vollzeitklassen höher als in Teilzeitklassen, die vorliegenden Daten sind aber zu lückenhaft, um dies genau zu berechnen.
Der Anteil von ausländischen Schüler/innen wurde 1996/97 nicht erhoben. Er liegt derzeit bei ca. 12% und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 7.6% (Jahr 2000), aber in etwa anteilig zur ausländischen Wohnbevölkerung im Stadtgebiet. In weiterführenden Zweigen des beruflichen Schulwesens sinkt der Anteil deutlich (Berufsbildungsbericht 2002).

	weiblich	Anteil an allen	ausländische Schüler/innen	Anteil an allen
1996/97	3.718	35,0%	0	0,0%
2001/02	5.233	45,5%	1.708	14,9%
2002/03	5.188	45,1%	1.532	13,3%
2003/04	5.131	44,7%	1.483	12,9%
2004/05	4.913	42,4%	1.405	12,1%
2005/06	4.945	42,5%	1.389	11,9%

Insgesamt wächst die Zahl der Vollzeitschüler/innen schneller als die der Teilzeitschüler/innen, vor allem im kurzfristigen Trend-2. Da erstgenannte die Kapazitäten der Schulen rein rechnerisch mit dem Faktor 2,5 stärker in Anspruch nehmen, ergibt sich in der Prognose ein steigender Raumbedarf, da bereits seit Jahren alle räumlichen Möglichkeiten der Schulen intensiv genutzt werden und weitgehend ausgeschöpft sind. Diese Gesamtentwicklung betrifft die einzelnen Schulen sehr unterschiedlich.

Vollzeit-schüler/innen	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	502	141	608	534	506	293	2.584
2001/02	608	236	309	652	578	251	2.634
2002/03	693	239	337	726	573	285	2.853
2003/04	743	375	345	725	597	343	3.128
2004/05	697	430	374	707	599	363	3.170
2005/06	732	416	370	731	671	381	3.301
Trend-1	45,8%	195,0%	-39,1%	36,9%	32,6%	30,0%	27,7%
Trend-2	5,0%	-3,3%	-1,1%	3,4%	12,0%	5,0%	4,1%

Teilzeit-schüler/innen	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	442	1.450	1.400	613	1.706	2.415	8.026
2001/02	314	1.534	1.977	776	1.661	2.590	8.852
2002/03	312	1.475	2.000	661	1.670	2.517	8.635
2003/04	320	1.384	1.989	598	1.637	2.400	8.328
2004/05	357	1.315	1.901	668	1.574	2.593	8.408
2005/06	337	1.345	1.858	668	1.545	2.586	8.339
Trend-1	-23,8%	-7,2%	32,7%	9,0%	-9,4%	7,1%	3,9%
Trend-2	-5,6%	2,3%	-2,3%	0,0%	-1,8%	-0,3%	-0,8%

Anzahl der Plätze und Klassen

Entsprechend uneinheitlich stellt sich auch die Entwicklung bei den *Plätzen* dar. Schulen, die schon im längerfristigen Trend-1 überdurchschnittlich starke Zuwächse zu bewältigen hatten, wachsen auch kurzfristig in der Zahl der täglich anwesenden Schüler/innen. An den drei anderen Schulen ist eine gewisse Konsolidierung (auf hohem Auslastungsniveau) zu verzeichnen. Insgesamt wächst die Zahl der Plätze

schneller als die Gesamtzahl an Schüler/innen, v.a. im kurzfristigen Trend schlägt hier der Vollzeitbereich zu Buche (Abb. 9).

Plätze	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	679	721	1.168	780	1.189	1.259	5.796
2001/02	735	850	1.100	963	1.243	1.287	6.178
2002/03	818	829	1.137	990	1.241	1.292	6.307
2003/04	871	929	1.141	964	1.252	1.303	6.460
2004/05	840	956	1.134	974	1.229	1.400	6.533
2005/06	867	954	1.113	998	1.289	1.415	6.636
Trend-1	27,7%	32,3%	-4,7%	27,9%	8,4%	12,4%	14,5%
Trend-2	3,2%	-0,2%	-1,9%	2,5%	4,9%	1,1%	1,6%

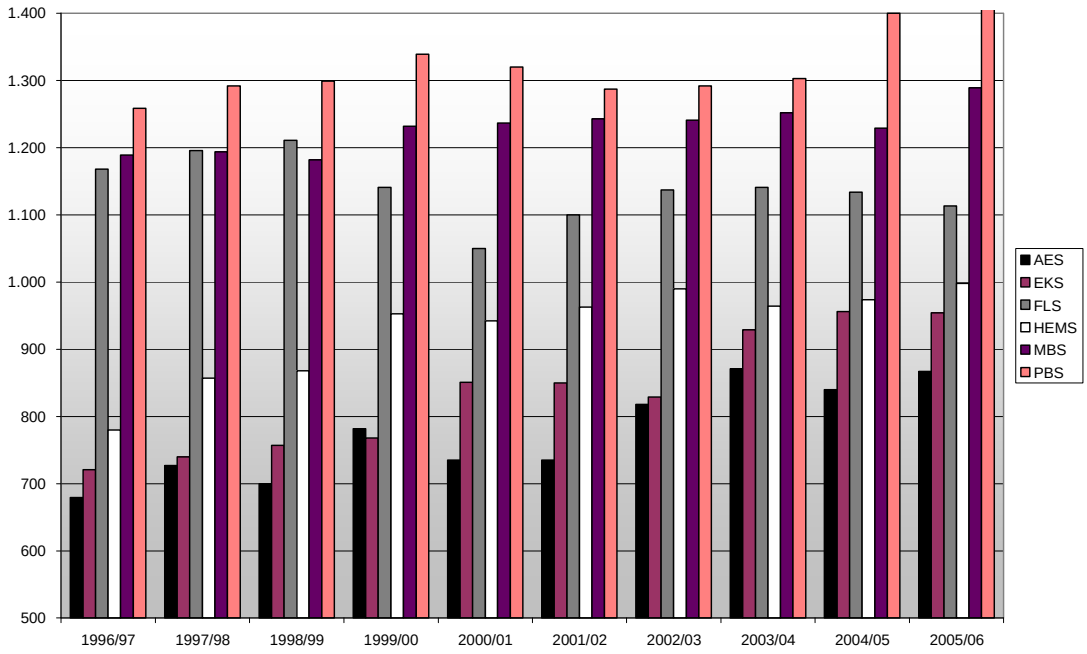


Abb. 9: Anzahl der Plätze (täglich anwesende Schüler/innen) an den einzelnen Schulen seit 1996/97

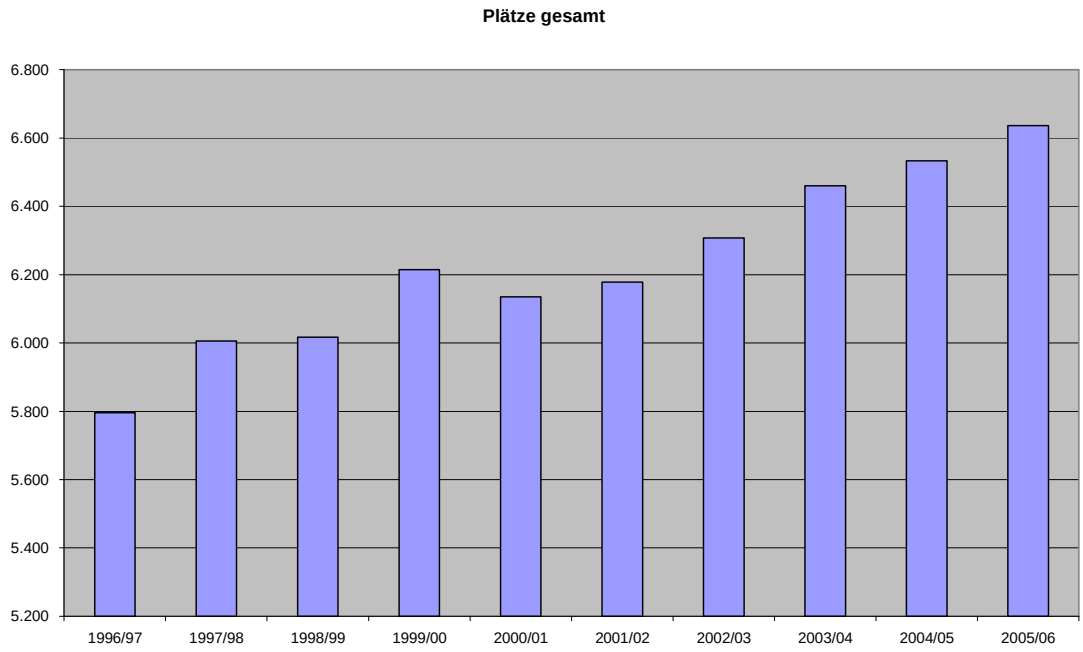


Abb. 9a: Anzahl der Plätze (täglich anwesende Schüler/innen) gesamt seit 1996/97

Auch die Anzahl der *Klassen* steigt im Gesamttrend. Insgesamt kann also die wachsende Zahl an Schüler/innen nicht (mehr) durch Vergrößern bestehender Klassen kompensiert werden. Die Ausdifferenzierung des Bildungsangebotes ist dabei ein wichtiger gegenläufiger Faktor. Hinter diesem Gesamttrend wird jedoch deutlich, dass auch hier starke Unterschiede zwischen einzelnen Schulen zu verzeichnen sind.

Klassen	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	50	89	94	64	114	130	541
2001/02	56	93	107	68	110	144	578
2002/03	56	90	113	67	109	151	586
2003/04	51	86	110	48	100	140	535
2004/05	50	86	108	50	98	149	541
2005/06	53	86	106	53	102	149	549
Trend-1	6,0%	-3,4%	12,8%	-17,2%	-10,5%	14,6%	1,5%
Trend-2	6,0%	0,0%	-1,9%	6,0%	4,1%	0,0%	1,5%

Beachtlich ist die kurzfristige Zunahme an Vollzeitklassen. Die Zahl der Teilzeitklassen steigt stärker als die der Teilzeitschüler/innen.

Vollzeitklassen	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	26	8	25	30	25	16	130
2001/02	28	11	15	30	25	14	123
2002/03	36	12	16	33	25	15	137
2003/04	33	18	15	19	25	18	128
2004/05	31	22	17	20	25	19	134
2005/06	34	21	16	22	30	19	142
Trend-1	30,8%	162,5%	-36,0%	-26,7%	20,0%	18,8%	9,2%
Trend-2	9,7%	-4,5%	-5,9%	10,0%	20,0%	0,0%	6,0%

Teilzeitklassen	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	24	81	69	34	89	114	411
2001/02	19	82	92	38	84	130	445
2002/03	20	78	97	34	84	136	449
2003/04	18	68	95	29	75	122	407
2004/05	19	64	91	30	73	130	407
2005/06	19	65	90	31	72	130	407
Trend-1	-20,8%	-19,8%	30,4%	-8,8%	-19,1%	14,0%	-1,0%
Trend-2	0,0%	1,6%	-1,1%	3,3%	-1,4%	0,0%	0,0%

Die daraus folgenden Überlegungen zur Planung des zukünftigen Raumbedarfs sind 3.3.3 zu entnehmen, in dem diese mit den Vereinbarungen der Planungsgruppe abgestimmt werden.

Raumbedarf Klassen	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	35,6	40,4	52,6	43,6	60,6	61,6	294,4
2001/02	35,6	43,8	51,8	45,2	58,6	66,0	301,0
2002/03	44,0	43,2	54,8	46,6	58,6	69,4	316,6
2003/04	40,2	45,2	53,0	30,6	55,0	66,8	290,8
2004/05	38,6	47,6	53,4	32,0	54,2	71,0	296,8
2005/06	41,6	47,0	52,0	34,4	58,8	71,0	304,8
Trend-1	6	6,6	-0,6	-9,2	-1,8	9,4	10,4
Trend-2	3	-0,6	-1,4	2,4	4,6	0,0	8,0
Trend-1 in %	16,9%	16,3%	-1,1%	-21,1%	-3,0%	15,3%	3,5%
Trend-2 in %	7,8%	-1,3%	-2,6%	7,5%	8,5%	0,0%	2,7%

3. Gestaltungsvorschläge

3.1 Grundannahmen für die Prognose auf das Jahr 2012

Zukünftige quantitative und qualitative Entwicklungen in der beruflichen Bildung ergeben sich aus einem komplexen Beziehungsgefüge unterschiedlichster Faktoren. Demografische Entwicklungen, Bildungs- und Berufswahlverhalten, Ausbildungsbeteiligung von Betrieben, allgemeine Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarktsituation verändern sich schnell, z.T. grundlegend und dabei zugleich häufig sehr branchen- und berufsspezifisch. Hinzu kommt ein schneller technologischer und arbeitsorganisatorischer Wandel, der – in ebenfalls immer kürzer werdenden Zeiträumen – nicht zuletzt auch Berufsbilder und Rahmenlehrpläne beeinflusst. Weitere bildungspolitische und bildungsökonomische Faktoren: drastischer Mangel an Lehrernachwuchs im gewerblich-technischen Bereich, Modularisierung, Differenzierung und Flexibilisierung von Bildungsangeboten und Schulstrukturen, verstärkte Öffnung beruflicher Schulen hin zur Weiterbildung, mögliche neue Formen der Arbeitsorganisation von Lehrenden (Stichwort: Ganztagsarbeitsplätze an Schulen) bis hin zu möglichen neuen Rechtsformen, in die berufliche Schulen überführt werden könnten. Aus alledem ergibt sich insgesamt eine erhebliche Unschärfe in der Prognose auf einen Zehnjahres-Zeitraum. Vor allem aus diesem Grund ist ein wesentlicher Gestaltungsvorschlag die Etablierung eines kontinuierlich weiterarbeitenden „Regionaler Bildungsdialog“ (Kap. 3.2). Folgende Tendenzen werden für die weiteren Gestaltungsvorschläge angenommen:

- die finanziellen Möglichkeiten der Stadt als Schulaufwandsträgerin werden sich im Planungszeitraum nicht verbessern
- die Gesamtzahl der Schüler/innen wird im Planungszeitraum steigen
- das Angebot an dualen Ausbildungsplätzen wird insgesamt tendenziell weiter sinken, bei starken berufs- branchen- und sektorspezifischen Unterschieden
- der Trend in vollzeitschulische Bildungsgänge an beruflichen Schulen wird weiter bestehen, so dass die Zahl der benötigten Plätze schneller steigen wird als die Zahl der Schüler/innen
- die Bildungsangebote beruflicher Schulen werden sich auf allen Ebenen und beschleunigt weiter ausdifferenzieren. Der Kernbereich Teilzeitberufschule im Dualen System bleibt dominierend, wird aber tendenziell kleiner. Der Bedarf an intensivierter Lernortkooperation gerade im Hinblick auf lernfeldorientierten Unterricht und neue Berufe wird steigen
- es gibt einen erkennbaren politischen Willen in allen Landtagsparteien, Schulentwicklung auch im Bereich der beruflichen Bildung stärker zu forcieren und in Richtung regionaler und vernetzter Strukturen zu entwickeln (vgl. Drucksache 16/379 des Hessischen Landtages vom 11.07.2003)
- der Planungs- und Organisationsaufwand wird steigen, ebenso die Tendenz zum „Ganztagsbetrieb Berufliche Schule“ (Teamarbeit, Kapazitätsauslastung, Ausdifferenzierung des Angebotes in Richtung (berufsbegleitende) Zusatzqualifikationen, Weiterbildung und Studienqualifizierung).
- die rechtlichen Rahmenbedingungen für berufliche Schulen und deren Leitungen werden sich in Richtung größerer Autonomie verändern (Personalentwicklung, Teil-

Budgetierung, Bildungsangebote, Kooperationen). Im Zuge dessen werden schon im Planungszeitraum neue Rechtsformen in Teilbereichen erprobt oder etabliert werden (vgl. Anhang).
- der Beratungsbedarf bei Schüler/innen, Lehrenden (und Eltern) wird für die Berufsorientierung und Ausbildungswahl und die verschiedenen Übergangssituationen weiter zunehmen.
- der Bedarf an Schulsozialarbeit / Jugendberufshilfe wird eher zunehmen

Quantitative Trendaussagen auf Basis der Entwicklung seit 1996/97

Diese Zahlen stellen im statistischen Sinne keine Prognose dar, sondern sind eine Trendbeschreibung, die von „konservativen" Ansätzen ausgeht, z.B. keine dramatische Strukturveränderungen in den Bereichen Wanderungsbilanz von Schülern, Wirtschaftsentwicklung, Zahl der Ausbildungsplätze, oder Demografie. Da diese Strukturveränderungen aber faktisch stattfinden (s.o. 1.3; 2.1; 2.2) wird vor allem die Verteilung zwischen den Schulen z.T. sehr deutlich von den hier errechneten Zahlen abweichen. Lediglich die Gesamtentwicklung kann als realistische gewertet werden, weil auch die demografische Entwicklung inklusive der Wanderungsbilanz in etwa diese Größenordnung annehmen wird (Bevölkerungsvorausberechnung des Hessischen Statistischen Landesamtes. In: Staat und Wirtschaft in Hessen, Heft 4/2000, 131).

Daher ist für die Berufsschulentwicklungsplanung zunächst mit einem jährlichen Zuwachs der Gesamtzahl von Schüler/innen von etwa einem Prozent pro Jahr ausgegangen worden. Die Überprüfung der letzten 3 Jahre ergab jedoch einen durchschnittlichen Zuwachs von nur 0,5 %, so dass die Trendfortschreibung nunmehr analog der tatsächlichen Entwicklung angepasst wird.

Schülerzahlenentwicklung der letzten Jahre					**Trendfortschreibung**			
Schuljahr	2002/03	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
AES	1.005	1.063	1.054	1.069	1.083	1.119	1.150	1.154
EKS	1.714	1.759	1.745	1.761	1.770	1.756	1.764	1.776
FLS	2.337	2.334	2.275	2.228	2.300	2.305	2.277	2.263
HEMS	1.387	1.323	1.375	1.399	1.373	1.367	1.360	1.370
MBS	2.243	2.234	2.173	2.216	2.194	2.182	2.169	2.158
PBS	2.802	2.743	2.956	2.967	2.889	2.921	2.965	3.003
Gesamt	11.488	11.456	11.578	11.640	11.609	11.650	11.685	11.724
Vergleich zu 2002/03		-0,3%	0,8%	1,3%	1,1%	1,4%	1,7%	2,1%

In der Analyse der bestehenden Struktur (Kap. 2) wurde deutlich, dass die Zahl der benötigten Plätze seit einigen Jahren etwas schneller steigt als die Zahl der Schuler/innen. Insgesamt wurde deutlich, dass eine gewisse Flexibilität im Gesamtsystem erreicht werden kann. Auf Grund neuerer didaktischer Konzeptionen wächst der Raumbedarf eher schneller als in den zurückliegenden Jahren. Darüber hinaus wird der Trend in Vollzeitformen anhalten und dementsprechend der Bedarf nach Klassen bzw. die Zahl der Plätze etwas schneller steigen als im Durchschnitt der letzten Jahre. Würden diese summarischen Zusammenhänge weiter bestehen, ließe sich bis 2012 die Entwicklung, ausgehend von der Zahl der Schüler/innen in gleicher Weise als Trend beschreiben. Eine scharfe Prognose auf das Jahr 2012 ist auf Grund der vielfältigen und sich schnell ändernden Einflussfaktoren nicht zu leisten. Diese mögliche Gesamtentwicklung wird an den einzelnen Schulen z.T. sehr unterschiedlich ausfallen.

Mögliche Gesamtentwicklung auf Basis der Trendbeschreibung	
Schülerzahlen (prozentualer Anstieg in zehn Jahren)	
Schüler/innen	+ 3 · 5 %
Klassen ges.	+ 3 · 4,0%
Plätze	+ 8 ·10 %
Raumbedarf	+ 8 ·10 %

Kriterien für die Gestaltungsvorschläge

In der Planungsgruppe besteht Konsens über die folgenden *„Kriterien für Gestaltungsvorschläge zur Berufsschulentwicklung in Darmstadt“*, die in Workshop·3 erarbeitet wurden:

- Balance zwischen weiterer Profilierung und kooperativer Vernetzung
- Die aktuellen technischen und organisatorischen Entwicklungen in der Arbeits· und Berufwelt sind abzubilden und in ihren erkennbaren Haupttendenzen zu folgen (v.a. Mechatronik und IT / (personenbezogene) Dienstleistungen / „Spezialisten“kaufleute)
- Zukunftsfähige Schulen, die von Entwicklungen einzelner Berufe im Dualen System unabhängig bestehen können
- Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Lehrenden erreichen
- Die schulischen Einheiten müssen erkennbar sein und Lehrenden und Schüler/innen die Identifikation mit ihrer Schule ermöglichen und fördern.
- Gemeinsames Kooperationskonzept zur besseren Beratung und bedarfsgerechten Versorgung bei den „besonderen Bildungsgängen“ und bei den Übergängen in die beruflichen Schulen
- Kontinuierlich arbeitender „regionalen Berufsbildungsdialog“
- Durchgängige Bildungsangebote an allen Standorten
- „Soziale Durchmischung“ an allen Standorten anstreben
- Größe der Standorte „an sich“ ist kein Kriterium [im Hinblick auf die anfangs geführte Diskussion zur Schaffung möglichst gleich großer Schulen]

3.2 Regionaler Berufsbildungsdialog

Die Akteure des bisherigen Planungsprozesses sollten zukünftig weiter als kontinuierlicher „regionaler Berufsbildungsdialog“ kurzfristige und nicht vorhersehbare Entwicklungen beraten und entsprechend entscheiden. Vertreter der IHK·Darmstadt, der HWK Rhein·Main und der Agentur für Arbeit haben ihre Teilnahme zugesichert. Es sollten Teilprozesse ermöglicht werden, um noch schneller Einzelfragen klären zu können. Dazu sollten die Akteure auch mit der nötigen Entscheidungskompetenz ausgestattet sein. Hier könnte zum einen die Fülle an Detailfragen und Kooperationen, die oft nur relativ kleine Gruppe von Schüler/innen betreffen, schnell und pragmatisch angegangen werden. Zum anderen könnten auch strukturelle Entwicklungen, wie der Aufbau eines regionalen Berufsbildungsnetzwerkes verantwortlich gestaltet werden. Das Gremium "Regionaler Berufsbildungsdialog" sollte mit einer externen Moderation arbeiten.

3.3 Szenario-A: Regionale Bildungszentren an zwei Standorten

3.3.1 Zum Arbeitsprozess

Ausgehend von einem Vorschlag der externen Beratung wurde dieses weitgehende Gestaltungskonzept im Rahmen des Workshop-4 vorgestellt, diskutiert und von der Planungsgruppe überwiegend begrüßt. Als nächster Arbeitsschritt wurde die Feststellung der planerischen Machbarkeit dieses Vorschlages durch das Planungsreferat der Stadt bestimmt.

Das Gremium „Planungsgruppe“ hat zunächst einen Konsens hinsichtlich der Einrichtung von zwei Standorten mit jeweils drei Schulen erzielt. Die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung wurde erörtert. Im Workshop-6 (Ende März 2003) wurden die bis dahin diskutierten zwei Varianten „Blau“ und „Orange“ des Szenario-A anhand gemeinsam entwickelter Kriterien verglichen und bewertet.

Das so von der Planungsgruppe erarbeitete Szenario-A mit seinen beiden Varianten wurde von der externen Beratung im Magistrat (02. April 2003) und im Schulausschuss der Stadtverordnetenversammlung (22. Juni 2003) präsentiert. Die Diskussion in beiden Gremien ergab, dass die Grundlagen der Planung und das Gesamtkonzept sowohl mit seinen Kooperationselementen („Regionaler Berufsbildungsdialog“, „Runder Tisch zur Verbesserung der Übergänge“) als auch in der Ausrichtung auf inhaltliche Profilierung „Regionaler Bildungszentren“ akzeptiert sind. Die Planungsgruppe wurde beauftragt, weiter in diese Richtung zu arbeiten und eine entscheidungsfähige Vorlage erstellen.

Anfragen der Planungsreferentin bei den entscheidenden Stellen wegen des Neubaus einer Sporthalle in der "Weststadt" (fußläufig zu den Schulen in der Mornewegstraße) hatte anschließend allerdings ergeben, dass dieser v.a. stadtplanerisch und kommunalpolitisch nicht zu realisieren sein würde. Auch andere Möglichkeiten wurden nunmehr abschließend als unrealistisch, zu langwierig bzw. mit zu geringer Planungssicherheit bewertet. In beiden bisherigen Varianten war jedoch der Hallenbau in der Weststadt (bzw. „fußläufig") fester Bestandteil der Planung. Hinzu kommt eine Pattsituation zwischen den bisherigen Varianten „Blau“ und „Orange" innerhalb der Planungsgruppe. Eine Entscheidung für eines der Modelle würde unweigerlich auf Ablehnung der Befürwortenden des jeweils anderen Konzeptes führen.

Aus diesen Gründen wurde in Absprache mit der Darmstädter Schuldezernentin der Planungsprozess in der bisher bestehenden Gruppe mit dem Workshop-7 am 3. Juli 03 weitergeführt. Seitens der fachlichen Berater wurde eine dritte Variante (s.u.) vorgestellt. Sie sieht den Bau einer Sporthalle an der Mornewegstraße sowie einen solitären Neubau am Bürgerpark-Nord vor. Die rechtlichen Grundlagen zur Bebauung eines Teils des Bürgerparks sind grundsätzlich zu schaffen.

Mit dieser abschließenden Variante von Szenario-A sind nahezu alle Eckpunkte für die Berufsschulentwicklungsplanung, so wie sie von der Planungsgruppe im Konsens

erarbeitet und von den Gremien zustimmend zur Kenntnis genommen wurden, zu erfüllen:

- Einrichtung eines kontinuierlich arbeitenden „regionalen Berufsbildungsdialoges“
- Gemeinsame Verantwortung aller Beruflichen Schulen für die besonderen Bildungsgänge
- Regionale Berufsbildungszentren mit sechs Schulen an zwei Standorten; „Szenario-A“. Das bedeutet u.a.: keine Nebenstellen mehr (mit Ausnahme der Martin-Buber-Straße)
- Sporthalle für die beruflichen Schulen an der Mornewegstraße
- Verbesserung der Qualität von Räumen, wo notwendig
- Verbesserung des quantitativen Raumangebotes

Im Vergleich zu den Gemeinsamkeiten der beiden bisher diskutierten Varianten („Blau“ und „Orange“) ergibt sich für die nunmehr entschiedene Variante eine sehr weit gehende Übereinstimmung:

- Zwei Standorte mit sechs Schulen, die nun unterschiedlich groß würden (2 + 4)
- Kosten für Neu- und Anbauten werden in ähnlicher Größenordnung entstehen; hinzu kommt die jetzt mögliche Sporthalle in der Mornewegstraße
- MBS und AES werden ortsnah zusammengeführt (affine Bildungsgänge und Berufsausbildungen im medizinisch, technisch, pflegerischen Bereich)
- Alle Nebenstellen der PBS (mit Ausnahme Martin-Buber-Straße = chemisch-technisches Zentrum) und der AES können frei gezogen werden
- Es wird in der neuen Variante lediglich *ein* Umzug für relativ wenige Lehrende (52 LehrerSoll) notwendig werden (blau: *zwei* Umzüge für 127,2 LehrerSoll; orange: *drei* Umzüge für 181,0 LehrerSoll)
- Es entsteht eine zeitnähere Problemlösung für AES
- Das LIMES Projekt bleibt im Fortbestand gesichert.
- Durch die Verlegung des Standortes für Agrarwirtschaft nach Dieburg, wird die Peter-Behrens-Schule personell und räumlich entlastet und der Standort Dieburg gestärkt.
-

Eine wesentliche Differenz zu den vorher diskutierten Varianten ergibt sich aus der nicht mehr vorgesehenen räumlichen Zusammenführung von EKS und HEMS mit ihren Schwerpunkten Metall und Elektro.

Zur Konkretisierung des Planungsgedankens wurde das Architekturbüros AG 5 mit der Erstellung einer entsprechenden Machbarkeitsstudie beauftragt, worin verschiedene städtebauliche Varianten einer baulichen Umsetzung des erf. Raumprogramms gegenübergestellt werden und eine bevorzugte Variante im Maßstab 1:500 in allen planerischen Ebenen dargestellt wird. Diese Machbarkeitsstudie oder städtebauliche Konzeption liegt im Schulamt zur Einsichtnahme vor und dient als Basis für die spätere Umsetzung der Schulentwicklungsplanung. Der baufachlichen Untersuchung liegt das Szenario-A in der abschließenden Variante Magenta zugrunde. Die Unterbringung der Agrarwirtschaft ist hier mit untersucht worden, hat jedoch im Rahmen des anschließenden Anhörungsprozesses an diesem Standort keinen Anklang gefunden. Dies wirkt sich aufgrund der räumlichen Begrenztheit des Grundstückes nur vorteilhaft auf die spätere bauliche Planung aus.

3.3.2 Zur Begrifflichkeit

Die im Szenario verwendete Begrifflichkeit ist der aktuellen berufspädagogischen und bildungspolitischen Diskussion entnommen und wird dort zz. noch sehr uneinheitlich verwendet. Geführt wird die Debatte beispielsweise unter den Begriffen ‚Berufliche Schulen in Regionalen Berufsbildungsnetzwerken', ‚Berufliche Schulen als Regionale Kompetenzzentren' oder ‚Berufliche Schulen als Regionale Berufsbildungszentren'. Häufig werden dabei gleiche Bezeichnungen für unterschiedliche Sachverhalte und umgekehrt verschiedene Bezeichnungen für gleiche Sachverhalte verwendet. Dies weist auf unterschiedliche Zielsetzungen, Entwicklungsvorstellungen, Interessen, Sichtweisen, Hoffnungen und Befürchtungen hin. Im September 2003 erging ein einstimmiger gefasster Auftrag des Hessischen Landtages an die Landesregierung, rechtliche u.a. Konsequenzen für die Gestaltung und Entwicklung beruflicher Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) zu prüfen. Dies geschieht im Rahmen des bis zum 31.12.2009 befristeten Modellprojekt „Selbstverantwortung Plus", an dem in Hessen 17 berufliche Schulen teilnehmen, in Darmstadt die Martin-Behaim-Schule.

Allgemeine Ziele, Aufgaben, Organisationsformen, Potenziale und Risiken Regionaler Berufsbildungszentren lassen sich benennen: Hauptziel ist die qualitative und quantitative Verbesserung des regionalen Bildungsangebotes. Damit verbunden sind die Ziele Flexibilisierung, Differenzierung und Vernetzung der Angebote und Bildungsgänge. Kurzfristig reagiert werden soll auf neue Bildungsbedarfe der Betriebe, Unternehmen, öffentlicher Einrichtungen, von anderen Bildungseinrichtungen und insbesondere auf individuelle Bildungsbedarfe. Um diese Ziele zu erreichen sind vorhandene Angebote qualitativ zu verbessern und neue Bildungsangebote zu entwickeln. Zudem bedarf es der Flexibilisierung, Durchlässigkeit und Koordination der vorhandenen Bildungsgänge und Bildungseinrichtungen. Damit einhergehen neue Verbindungen zwischen Berufseinmündung und -ausbildung, zwischen Erstausbildung und Weiterbildung sowie zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung (vgl. Rützel/Bendig 2002).

Um diesen neuen Funktionszuweisungen gerecht zu werden, sollte sich berufliche Bildung lt. Empfehlung der Bund-Länder-Kommission (BLK) zukünftig in Netzwerken organisieren, ohne dass einer der beteiligten Institutionen a priori eine federführende Rolle zugeschrieben wird. Entsprechend dem Modell betrieblicher „Competence Center" sollen die jeweils vorhandenen Profile und Stärken der einzelnen Partner weiterentwickelt und ausgebaut werden, um sie in das Netzwerk einbringen zu können. Mit einem derartigen kompetenten regionalen Berufsbildungsnetzwerk aus unterschiedlichen und selbstständig agierenden Partnern soll die – bildungsplanerisch und bildungsökonomisch notwendige – effiziente und effektive optimale Allokation regionaler Bildungsressourcen und –kapazitäten sicher gestellt werden; es sollen Synergiepotenziale genutzt, zusätzliche, neue (Doppel-)Strukturen, auch auf unterschiedlicher öffentlicher Förderung basierend, dagegen vermieden werden. Um hier begriffliche Klarheit herzustellen und die gezeigten unterschiedlichen Interessenlagen zu bündeln, hat sich der Arbeitskreis „Berufliche Aus- und Weiterbildung" in der BLK darauf verständigt, den umstrittenen Begriff „Kompetenzzentrum" als Zielbegriff für ein innovatives System der beruflichen Schulen durch eine mehr inhaltliche Formulierung zu ersetzen. Die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen liegt in der Weiterentwicklung zu einer eigenständig agierenden lernenden Organisation. Dieser dynamisch angelegte Entwicklungsprozess könnte den

beruflichen Schulen die Möglichkeit eröffnen, sich aus der traditionell verfassten Schulstruktur (als Lehranstalt) hinaus zu einem kundenorientierten berufspädagogischen Bildungsdienstleister mit eigener Rechtspersönlichkeit zu entwickeln. Diese neue Form berufspädagogischer Bildungseinrichtungen werden die Länder vermutlich unterschiedlich benennen, beispielsweise Regionales Berufsbildungszentrum, Kompetenzzentrum oder Berufskolleg (BLK Heft 105).

Bereits 1998/1999 wurde vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ein Ideenwettbewerb „Entwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und Technologietransferzentren zu Kompetenzzentren" durchgeführt. Die beruflichen Schulen beteiligen sich erst seit sehr kurzer Zeit an der Debatte. Als ein Meilenstein kann die Fachtagung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) am 3./4. Dezember 2001 in Lübeck zum Thema „Kompetenzzentren in regionalen Bildungsnetzwerken – Rolle und Beitrag der beruflichen Schulen" genannt werden, von der wesentliche Impulse ausgingen (BLK 2001, 2002). Gleichwohl muss aber festgestellt werden, dass sich die BLK nach anfänglichen Aktivitäten bisher nicht entschließen konnte, ein bundesweites Modellversuchsprogramm aufzulegen. Dennoch gibt es Initiativen in den Ländern Baden-Württemberg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg. Die Projekte dort sind entweder geplant oder bereits gestartet.

In diesem Bericht wird die Bezeichnung „Regionales Berufsbildungszentrum RBZ“ verwendet, obwohl hierfür kein voller Konsens und gemeinsames Begriffsverständnis in der Planungsgruppe erarbeitet wurde. In der Umsetzungsphase der vorliegenden Planung wäre dem beispielsweise im Rahmen einer Weiterbildungsveranstaltung oder eines weiteren Workshop Rechnung zu tragen.

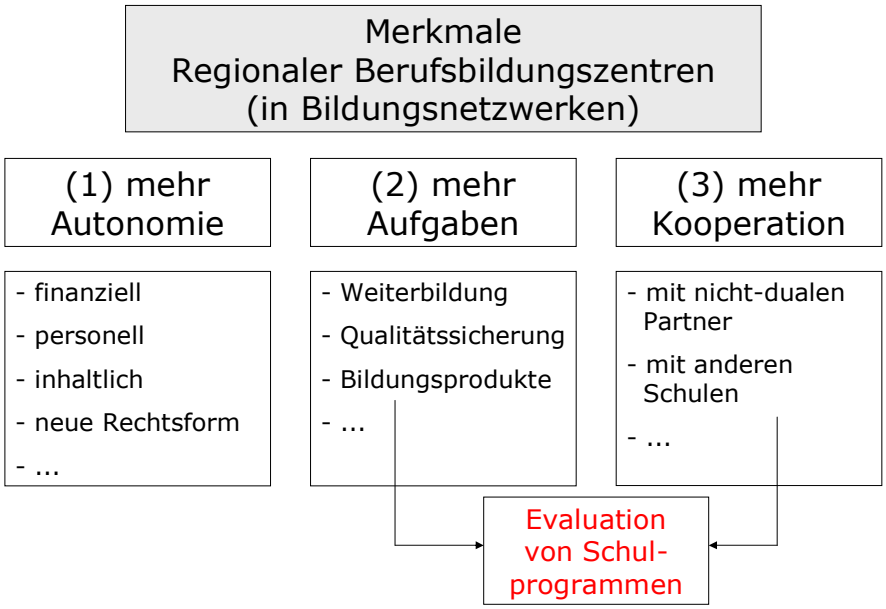


Abb. 10: Merkmale Regionaler Berufsbildungszentren im Vergleich zum Status quo beruflicher Schulen

3.3.3 Bezugnahme zur Problembeschreibung und zu den in der Planungsgruppe gemeinsam entwickelten Kriterien für die Schulentwicklungsplanung, Beruflichen Schulen

Es gilt, die Qualität der beruflichen Schulen weiter zu verbessern, um das insgesamt gute und flexible Bildungsangebot für Schüler/innen langfristig zu sichern. Auch die Qualität der Arbeitsbedingungen für Lehrer/innen soll über die notwendige Sanierung bestehender Gebäude und Räume hinaus verbessert werden.

Es gilt, *zukunftsfähige Schulen* zu gestalten, die von Entwicklungen einzelner Berufe und Berufsfelder im Dualen System unabhängiger werden, bzw. auf entsprechende Veränderungen schneller reagieren können, ohne im Bestand gefährdet zu sein. Eine zukunftsfähige Struktur ist zu etablieren, die dem schnellen Wandel in Technologie, Arbeits- und Berufswelt folgen kann. Hierbei werden die vier Bereiche Mechatronik und IT / personenbezogene Dienstleistungen (Erziehung, Gesundheit, Pflege) / beschleunigte Entwicklung von Berufen für „Spezialisten“kaufleute sowie die berufsfeldübergreifende Tendenz der Zunahme vollzeitschulischer Bildungsgänge als besonders dringlich angesehen.

Durchgängige Bildungsangebote von der Berufsvorbereitung bis hin zur Weiterbildung und Studienqualifizierung sollen an allen Standorten gewährleistet sein.
Das Gremium „Planungsgruppe-SEP, berufliche Schulen“ hat einen Konsens hinsichtlich der Einrichtung von *zwei Standorten mit jeweils drei Schulen* erzielt, wie es im folgenden Szenario-A beschrieben ist. Die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung wird weiterhin in der Arbeitsgruppe erörtert. Für das Jahr 2012 ist es weitergehend vorstellbar, in Darmstadt ‚Regionale Bildungszentren’ mit inhaltlich überschaubaren und identitätsstiftenden Einheiten zu bilden. Weiterhin ist es vorstellbar, dass diese ‚Regionalen Bildungszentren’ an zwei Standorten zusammengeführt werden könnten.

Es soll erreicht werden, *erkennbare Einheiten* zu strukturieren, mit denen sich sowohl Lernende als auch Lehrende identifizieren können. Dafür soll eine gewisse Größe nicht überschritten werden. Das *Qualitätsmerkmal „Größe“* wird aus unterschiedlichen Perspektiven erfasst:

a) Vor allem für die innere Schulentwicklung und den sozialen Zusammenhalt der Kollegien gilt die Zahl der LehrerSOLL-Stellen als wichtiger Faktor.

Als wichtige Planungsgrundlage zur Beurteilung der Größe bestehender bzw. neuer Schulstrukturen kann die Anzahl der Lehrersollstellen herangezogen werden. Sie wird jährlich vom zuständigen Staatlichen Schulamt ermittelt und festgesetzt (LehrerSOLL). Die tatsächliche Ausstattung der Schulen mit Lehrerstellen kann davon abweichen, z.B. wegen fachspezifischem Lehrermangel oder frühzeitiger Einstellung direkt nach dem Vorbereitungsdienst, um später anstehende Abgänge zu kompensieren (LehrerIST). Die Anzahl der an den einzelnen Schulen tatsächlich arbeitenden Personen ist in der Regel höher als die Stellenzahl, da viele Stellen in Teilzeit besetzt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Lehrerbedarf für die Teilzeitklassen der beruflichen Schulen nur bedingt durch den vom HKM vorgegebenen Faktor abzubilden ist; die für diesen Bereich errechneten Sollklassen entsprechen nicht den realen Klassen. Für das Schuljahr 2006/07 ergibt sich für Darmstadt (inkl. Landrat-Gruber-Schule) folgendes Bild:

2006/07	AES	EKS	FLS	HEMS	LGS	MBS	PBS	Gesamt
LehrerSOLL	53,00	57,22	65,48	63,58	85,55	68,27	87,10	480,19
LehrerIST	53,70	47,14	58,45	52,54	86,54	63,31	87,99	449,67

Stand August 06:

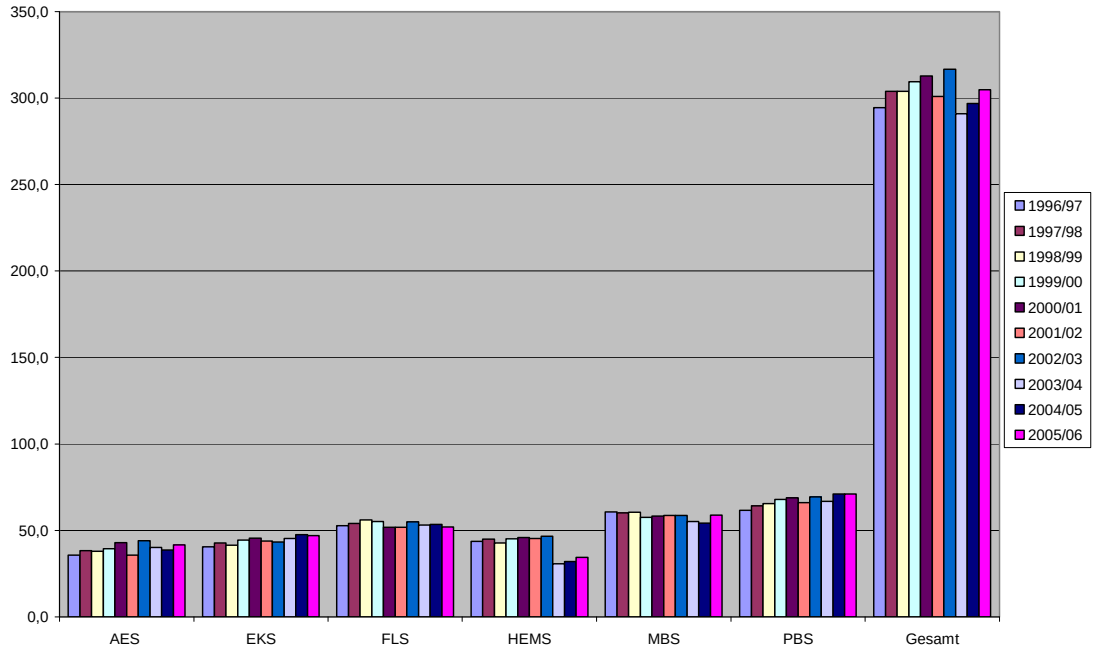
b) Aus planerischer Sicht, also mit Blick auf Flächen- und Gebäudebedarfe sind die Zahlen der täglich anwesenden Schüler/innen und Klassen von besonderer Relevanz („Plätze“).

Zur weiteren Planung des zukünftigen Raumbedarfes kann in erster Näherung die absolute Anzahl von Klassen pauschal in die benötigte Anzahl an Klassenräumen umgesetzt werden. Die Entwicklung wird in zwei Kennziffern veranschaulicht: Trend-1 ist die Veränderung seit 1996/97; Trend-2 die Veränderung seit 2004/05. Dabei ergibt sich die Prognose eines weiter steigenden Bedarfes an Klassen- und Fachräumen. In wie weit dies fach- und berufsspezifisch an den einzelnen Schulen variiert, muss in einer konkreten Raumbestandsanalyse überprüft werden. Auch steigt der *Bedarf an flexiblen Räumen*, die sowohl als Fach- als auch als Klassen- oder PC-Räume nutzbar sind und bei Bedarf in größere Räume für Präsentationen und dergleichen verändert werden können. Dies wird durch die folgende pauschale Rechnung nicht deutlich, die jedoch als Richtschnur für die quantitative Planung gelten kann:

Raumbedarf Klassen	AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	Gesamt
1996/97	35,6	40,4	52,6	43,6	60,6	61,6	294,4
2001/02	35,6	43,8	51,8	45,2	58,6	66,0	301,0
2002/03	44,0	43,2	54,8	46,6	58,6	69,4	316,6
2003/04	40,2	45,2	53	30,6	55	66,8	290,8
2004/05	38,6	47,6	53,4	32	54,2	71	296,8
2005/06	41,6	47	52	34,4	58,8	71	304,8
Trend-1	6,0	6,6	-0,6	-9,2	-1,8	9,4	10,4
Trend-2	3,0	-0,6	-1,4	2,4	4,6	0,0	8,0
Trend-1 in %	16,9%	16,3%	-1,1%	-21,1%	-3,0%	15,3%	3,5%
Trend-2 in %	7,8%	-1,3%	-2,6%	7,5%	8,5%	0,0%	2,7%

Rechnung: Teilzeitklassen/2,5 + Vollzeitklassen

PBS: zusätzlicher Bedarf von 2 Klassenräumen für beantragte FOS-A (Vz-Form)



Das Qualitätsmerkmal *„soziale Durchmischung“* kann aus den vorliegenden Zahlen in drei Perspektiven erfasst werden: Anteil der weiblichen Schülerinnen, Anteil der ausländischen Schüler/innen und die Zahl der Vollzeitklassen bzw. das Verhältnis von Teilzeit- zu Vollzeitklassen. Die Bezeichnung „Vollzeitklasse“ umfasst sowohl das von vielen Lehrenden als problematisch empfundene Klientel als auch eher „erwünschte“ Schüler/innen in weiterbildenden und studienqualifizierenden Schulformen bis hin zum Beruflichen Gymnasium (14 Klassen). BGJ/BVJ u.ä. werden deshalb zusätzlich nochmals in der Synopse ausgewiesen.
Insgesamt wächst die Zahl der Vollzeitschüler/innen schneller als die der Teilzeitschüler/innen, vor allem im kurzfristigen Trend-2. Da erstgenannte die Kapazitäten der Schulen rein rechnerisch mit dem Faktor 2,5 stärker in Anspruch nehmen, ergibt sich *in der Prognose ein steigender Raumbedarf*, da bereits seit Jahren alle räumlichen Möglichkeiten der Schulen intensiv genutzt werden und weitgehend ausgeschöpft sind. Diese Gesamtentwicklung betrifft die einzelnen Schulen sehr unterschiedlich.

Perspektiven für Szenario-A:

Im Hinblick auf die Berücksichtigung möglichst vieler Kriterien und Grundannahmen sowie die in den Vorbemerkungen wiedergegebenen bildungspolitischen Tendenzen wird langfristig vorgeschlagen, die sechs beruflichen Schulen (mit 4 inhaltlichen Schwerpunkten) in Darmstadt an den beiden Berufsbildungszentren Nord und Mitte zu bündeln.

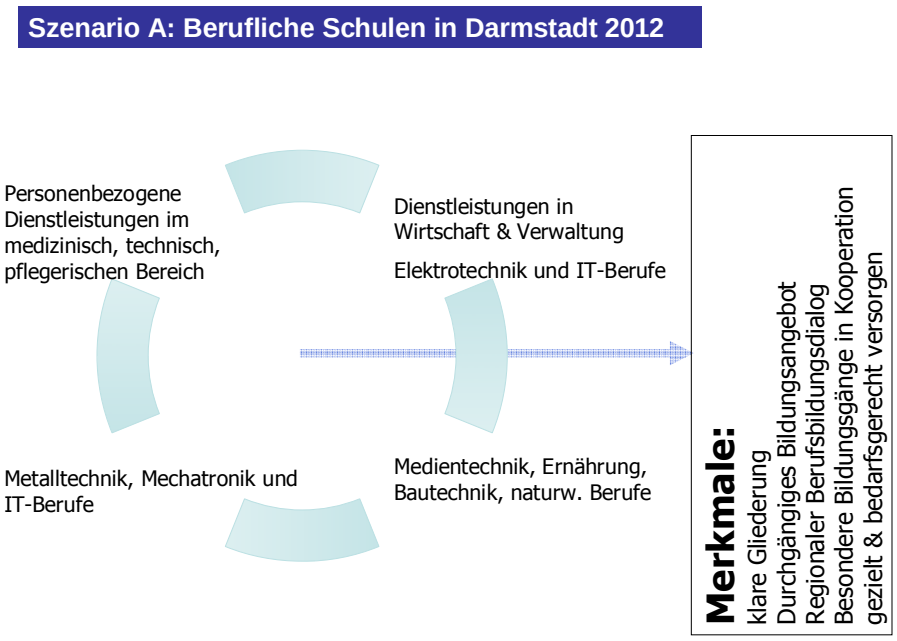


Abb. 11: Langfristige Perspektiven für Szenario-A, 2 Zentren für berufliche Bildung (Nord und Mitte) mit 4 Kompetenzschwerpunkten

Die Zusammenführung der sechs bestehenden beruflichen Schulen entlang ihrer Kompetenzschwerpunkte erleichtert das flexible Reagieren auf sich ändernde inhaltliche, organisatorische und quantitative Bedarfe. Zugleich könnte sie als Möglichkeitsbedingung für die bildungspolitische Perspektive der Etablierung „Regionaler Bildungszentren“ bis hin zu völlig neuen Formen des Bildungsmanagements und rechtlicher Verfassung gelten. Die Grundzüge dieses Szenario-A wurden in Workshop-4 und Workshop-5 ausführlich diskutiert. Die wesentlichen pro und contra Argumente aus Sicht unterschiedlicher Personengruppen und Organisationen wurden dabei antizipiert und sind in einer Übersicht zusammengefasst (Anhang A4).

Baulich und organisatorisch bestehen faktisch bereits zwei große Standorte, an denen diese RBZ anzusiedeln sind. Durch den mittlerweile erfolgten Kauf des Nachbargrundstückes vom Land Hessen können nunmehr die baulichen Möglichkeiten am Standort Mornewegstraße deutlich erweitert werden. Zugleich können Refinanzierungspotentiale für die notwendigen Investitionen durch den Verkauf frei gezogener städtischer Immobilien realisiert werden. Eine Sporthalle in unmittelbarer Nähe des Standortes Mornewegstraße ist dringend erforderlich (zurzeit muss die Stadt Darmstadt ca. 60.000 €/Jahr für den Busbetrieb zum Hallenstandort in Eberstadt aufwenden).

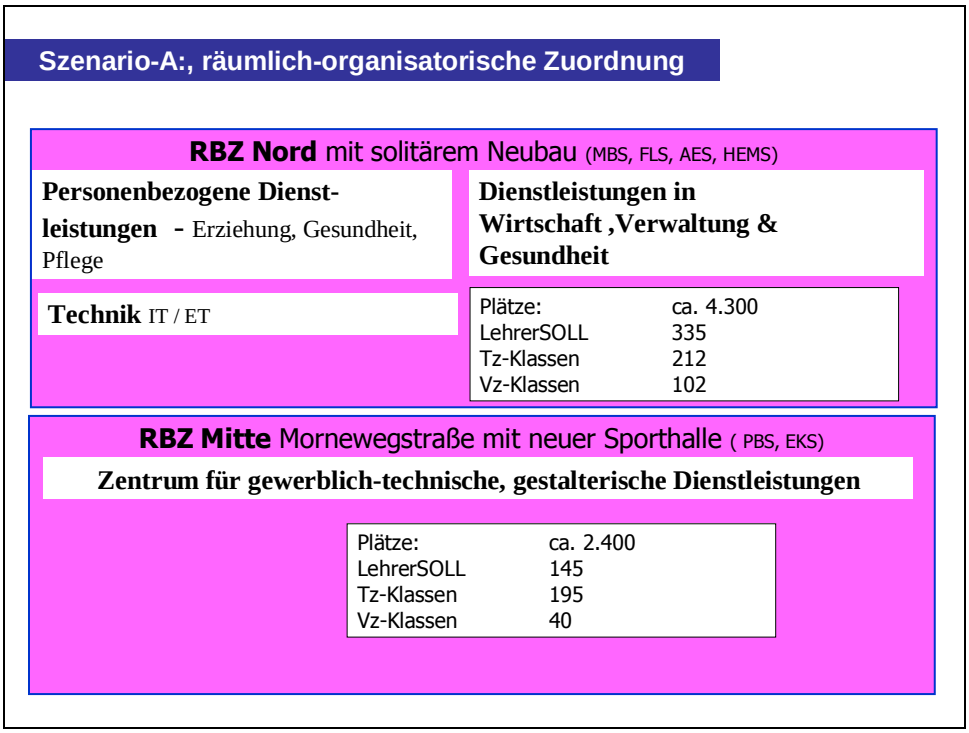


Abb. 12: Szenario-A mit sechs eigenständigen schulischen Einheiten an zwei Standorten, Zahlen für Schuljahr 2005/2006

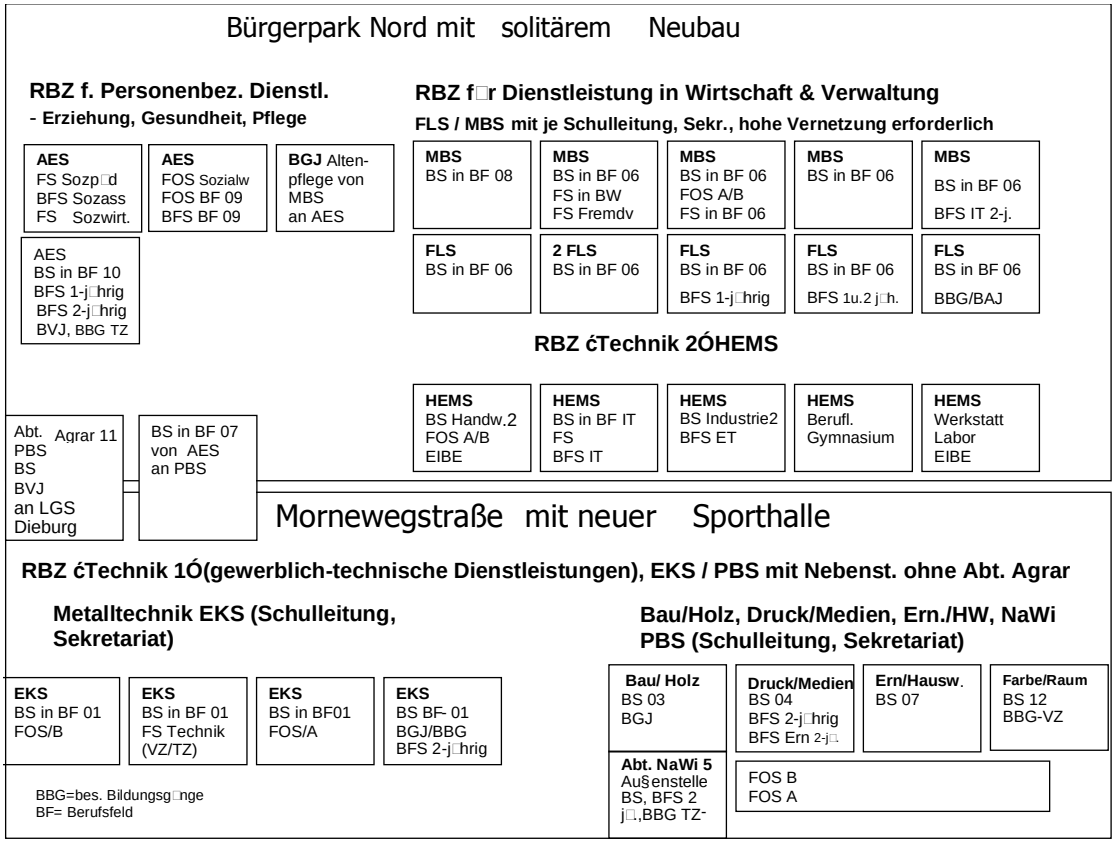


Abb. 13: Organigramm der Planung, Szenario-A, Variante Magenta

3.4 Szenario B: Optimierung des Status quo

Auch bei Beibehaltung der bisherigen Struktur können einige der genannten Kriterien erfüllt bzw. umgesetzt werden. Durch standortnahe Verdichtungen und Erweiterungen kann ein Teil der Nebenstellenproblematik und Kapazitätsengpässe beseitigt werden. Wie in allen drei Szenarios gilt auch hier die Behebung des Sanierungsstaus als dringliche Aufgabe. Vorbehaltlich der Entscheidung über das derzeit präferierte Szenario-A ergeben sich im Hinblick auf kurzfristige Maßnahmen mögliche Änderungen. Daher wird Szenario B nur in den wichtigsten Grundzügen skizziert. Es hat in gewisser Weise den Vorzug, dass es nicht im Gesamtpaket umgesetzt werden muss und gut in Teilprojekte zerlegt werden kann.
AES bauliche Maßnahmen: Verdichtungsbebauung am Kapellplatz und volle schulische Nutzung des Alten Pädagog mit Ziel, die Nebenstelle Riedeselstraße vollständig (bereits erfolgt, jetzt Unterbringung in der ehemaligen Kyritzschule) und Martinstraße möglichst frei zu ziehen. Arbeits- und Lernbedingungen werden dadurch verbessert und Prozesse der inneren Schulentwicklung und Profilbildung erleichtert. Nachteilig ist die schwierige städtebauliche Situation am Kapellplatz und die für einen völligen Freizug aller Nebenstellen nicht ausreichende Fläche. Dadurch ergibt sich auch ein lediglich geringes Refinanzierungspotenzial. Die inhaltlich und strukturell gebotene Zusammenführung aller Gesundheits- Pflege- und Erziehungsberufe ist in diesem Szenario nicht realisierbar.

Mornewegstraße

EKS bauliche Maßnahmen: Ersatz und eventuelle Aufstockung der bisherigen Pavillons im Vorderteil des Grundstücks. Flexible Raumkonzepte könnten ermöglicht werden. Bau der Sporthalle (3-Felder) auf dem angekauften Grundstück für gemeinsame Nutzung mit PBS an der Mornewegstraße Die inhaltlich und strukturell gebotene Zusammenführung der Mechatronik, Elektrotechnik und IT ist nicht möglich, die EKS bliebe im prekären Status einer monostrukturierten und sehr stark auf Teilzeitberufsschule fokussierten Schule.

PBS bauliche Maßnahmen: Wie in Szenario-A können durch Anbauten bzw. Aufstockungen Kapazitäten geschaffen werden, die den Freizug möglichst aller Nebenstellen ermöglichen. Lediglich die Chemieausbildung verbleibt in der Martin-Buber-Str., da die dortigen Ressourcen (Technikum!) nicht mit vertretbarem Aufwand umgezogen werden können. Ein deutliches Refinanzierungspotenzial entsteht durch den Freizug der Nebenstelle Herrmannstr. Die innere Entwicklung dieser stark in Abteilungen und Nebenstellen gegliederten und sehr lange mit kommissarischen Schulleitern geführten Schule würde damit sehr unterstützt.

Bürgerpark Nord

FLS bauliche Maßnahmen: Hier sind vor allem umfangreiche Sanierungsbedarfe vorhanden.

Eine Verbesserung der angespannten und unbeweglichen Fachraumsituation könnte für alle drei Schulen an diesem Standort durch einen separaten Neubau erreicht werden, der flexible Raumnutzungen ermöglicht und je nach Bedarf von den Schulen genutzt wird. Ein Konzept mit integrierten Sozialräumen / Mensa wäre im Hinblick auf die gesamten „Schulinsel“ sinnvoll. Der so genannte „vierte Riegel“ und endgültige

Abschlussbau würde in erster Linie dazu dienen, die Sanierung und die damit verbundene Entkernung des Baubestandes umzusetzen und nur einen geringen Teil neuer zusätzlicher Funktionen aufnehmen. Der befürchtete Schüleranstieg innerhalb der Schulstraße bliebe damit aus.

4. Die Schulen im Einzelnen

4.1 Alice-Eleonoren-Schule

Schulprogramm

Liegt vor

Motto der Schule

„Dienstleistung am Menschen“ ist der zentrale Aspekt des Angebotes der AES. Im Sinne der Pädagogik wird Bestehendes gefördert und Neues entwickelt. Hauptschwerpunkt ist der Bereich der traditionellen Frauenberufe. Im Vordergrund stehen die „drei Säulen“: Rahmenbedingungen, pädagogische Leitideen und Perspektiven.

Angebotstruktur

Übersicht im Anhang A2

Schulische Organisationsentwicklung

- Transparenz und Verständnis herstellen
- Arbeitsbedingungen an der Schule weiterhin verbessern
- Pädagogische Leitideen und Kriterien werden fortlaufend bearbeitet und umgesetzt
- Teamarbeit
- Klassenlehrerprinzip
- Koppelung von allgemeinbildendem und berufsbildendem Unterricht
- Enge Kooperation mit Praxisstellen / freien Trägern
- Rege Öffentlichkeitsarbeit
- Evaluation und entsprechende Weiterbildung
- Kooperation mit HEMS (Berufliches Gymnasium)
- Förderverein besteht

Wichtige Themen der Schule für den BEP

Quantitative Entwicklung

Das Verhältnis von Vz zu Tz ist vergleichsweise sehr hoch, es gibt deutlich mehr Vollzeit- als Teilzeitschülerinnen. Diese Tendenz zeichnet sich seit Jahren v.a. auf Grund sinkender Schülerzahlen in den Teilzeitklassen ab. Insbesondere im Kernbereich, den reinen hauswirtschaftlichen Ausbildungen, sind diese Zahlen gesunken. Zugleich behalten deren Inhalte ihre Bedeutung, da sie Bestandteil anderer Bildungsgänge werden.

AES	Plätze	Schüler/-innen	Klassen	Vz-Schül.	Tz-Schül.	Vz-Klassen	Tz-Klassen
1996/97	679	944	50	502	442	26	24
2001/02	735	922	56	608	314	28	19
2002/03	818	1.005	56	693	312	36	20
2003/04	871	1.063	51	743	320	33	18
2004/05	840	1.054	50	697	357	31	19
2005/06	867	1.069	53	732	337	34	19
Trend-1	27,7%	13,2%	6,0%	45,8%	-23,8%	30,8%	-20,8%
Trend-2	3,2%	1,4%	6,0%	5,0%	-5,6%	9,7%	0,0%

AES	Weiblich	Anteil in %	ausländisch	Anteil in %
1996/97	---	0,0%	---	---
2001/02	862	93,5%	158	17,1%
2002/03	946	92,3%	199	19,4%
2003/04	985	92,7%	195	18,3%
2004/05	873	82,8%	155	14,7%
2005/06	978	91,5%	163	15,2%
Trend-1->01/02	13,5%	-2,1%	3,2%	-11,0%
Trend-2	12,0%	10,5%	5,2%	3,7%

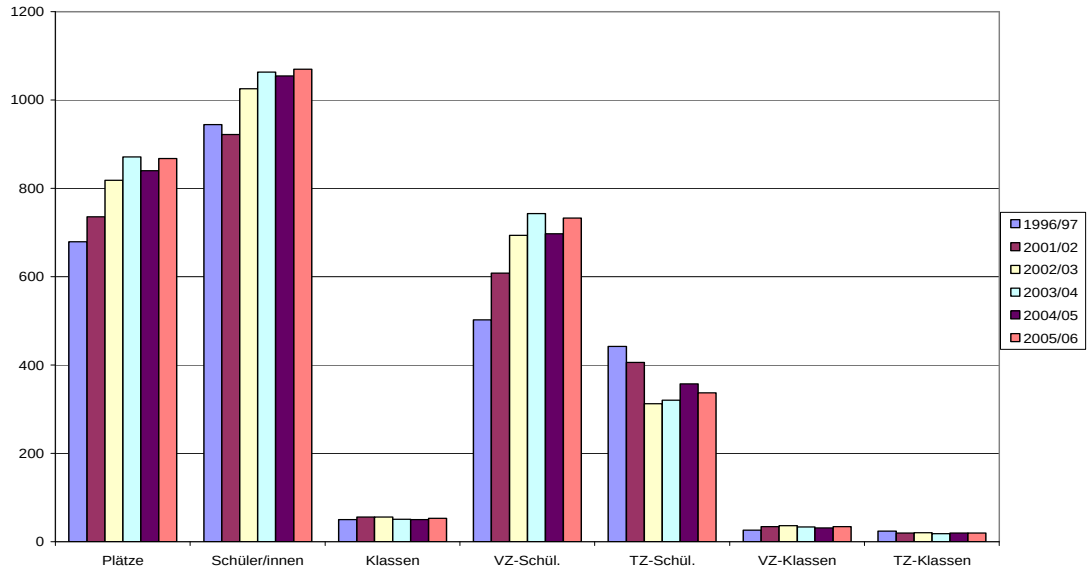


Abb. 14: Entwicklung der Schülerzahlen AES

4.2 Erasmus-Kittler-Schule

Schulprogramm

liegt vor

Motto der Schule

Die EKS versteht sich als lernende Organisation, die u.a. eine Veränderung der Organisationsstrukturen im Hinblick auf das ‚Lernfeldkonzept' anstrebt.

Angebotstruktur

siehe Übersicht im Anhang A2

Schulische Organisationsentwicklung

- Fortbildung der Lehrenden
- Kundenorientierung als Bestandteil der Ausbildungsgänge vermitteln
- Teamentwicklung
- Breite Umsetzung aktueller didaktischer Konzepte
- Hat eine Monoberufsschule im Bereich „Metall" genügend Perspektiven, wenn die Zahl der Berufsschüler tendenziell zurückginge?
- Ist in diesem Zusammenhang eine Re-Integration der Elektroberufe an die EKS eine sinnvolle Überlegung?
- Einrichtung einer Fachschule für Technik mit der Fachrichtung Mechatronik (beantragt zum Schuljahr 2006/07

Wichtige Themen der Schule für den BEP

- 4 + 2 zusätzliche Fach-Praxis-Klassenräume nach Möglichkeit mit flexiblen Teilungsmöglichkeiten; die abgenutzten Pavillon könnten dann ersetzt und der zusätzliche Raumbedarf gedeckt werden
- eine Aula, Cafeteria mit Aufenthaltsräumen
- Einrichtung einer Landesfachklasse Landmaschinentechnik im Landkreis
- Sporthalle (gemeinsame Nutzung mit PBS)
- Erheblicher Sanierungsbedarf

Quantitative Entwicklung

Rund 76% sind Tz-Schüler/innen (Berufsschule). Der seit den frühen 90er Jahren anhaltende Rückgang der Schülerzahlen hat sich seit der Jahrtausendwende in einen leichten Anstieg umgekehrt. Die ebenfalls steigenden Zahlen in den Vollzeitschulformen erhöhen ebenso den Raumbedarf.

EKS	Plätze	Schüler/-innen	Klassen	Vz-Schül.	Tz-Schül.	Vz-Klassen	Tz-Klassen
1996/97	721	1.591	89	141	1.450	8	81
2001/02	850	1.770	93	236	1.534	11	82
2002/03	829	1.714	90	239	1.475	12	78
2003/04	929	1.759	86	375	1.384	18	68
2004/05	956	1.745	86	430	1.315	22	64
2005/06	954	1.761	86	416	1.345	21	65
Trend 1	32,3%	10,7%	-3,4%	195,0%	-7,2%	162,5%	-19,8%
Trend 2	-0,2%	0,9%	0,0%	-3,3%	2,3%	-4,5%	1,6%

EKS	weiblich	Anteil in %	ausländisch	Anteil in %
1996/97	87	5,5%	---	0,0%
2001/02	109	6,2%	396	22,4%
2002/03	88	5,1%	219	12,8%
2003/04	85	4,8%	194	11,0%
2004/05	75	4,3%	194	11,1%
2005/06	58	3,3%	185	10,5%
Trend-1->01/02	-33,3%	-39,8%	-53,3%	-53,0%
Trend-2	-22,7%	-23,4%	-4,6%	-5,5%

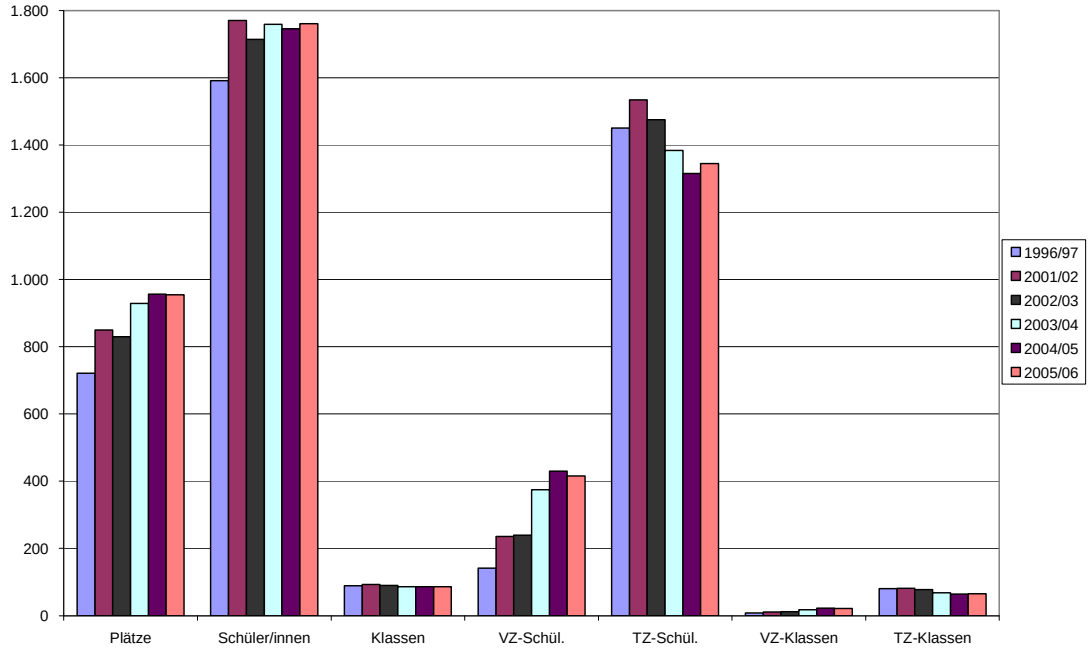


Abb. 15: Entwicklung der Schülerzahlen EKS

4.3 Friedrich-List-Schule

Schulprogramm

Liegt vor. FLS gehörte zu den hessischen Pilotschulen

Motto der Schule

„Die FLS ist eine offene Schule“ Die aktuellen pädagogisch-didaktischen Konzepte werden umgesetzt (Handlungs- und Projektorientierung, Lernfeldkonzept, Blockunterricht, Unterricht auf Leiste ist in Planung)

Angebotstruktur

Die FLS nahm im Teilzeitbereich in den letzten 25 Jahren beständig neue Ausbildungsberufe mit in das Angebot; zuletzt die IT-Berufe, die in Kooperation mit der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule angeboten werden (LIMES-Projekt). Im Vollzeitbereich wurde in den letzten 25 Jahren ebenfalls ausgebaut, zuletzt das Berufsvorbereitungsjahr.

Angebote auf Leiste im allgemein bildenden Bereich sind geplant, um die Schüler/innen differenzierend beschulen zu können. Die Angebote sollen sich an den Lernfeldern orientieren.

siehe Übersicht im Anhang A2

Schulische Organisationsentwicklung

- Qualität der Unterrichtsgestaltung
- Angebote und Strukturen erweitern
- Lehrerfortbildung
- Interne Evaluation / Weiterführung der Arbeit der Steuergruppe
- Teilnahme an Modellversuchen
- Unterrichtsprojekte; teilweise in Kooperation mit Firmen
- Kooperation mit freien Trägern im Bereich der Bildung Benachteiligter
- Internationale Kontakte
- LIMES als Kooperationsprojekt mit HEMS in der Ausbildung von IT-Berufen
- Kooperationen mit abgebenden Schulen
- Suchtprävention

Wichtige Themen der Schule für den BEP

- Bauliche Situation im BSZN ist nach wie vor das größte Problem. Raumsituation erschwert die Einführung neuer didaktischer Ansätze; zu kleine und zu wenige Räume, Innenräume haben ein schlechtes, nachweislich ungesundes Raumklima. Die Innenräume der FLS sind z.T. nicht mehr tragbar (größere Klassen) Innen- und Außenräume zusammenschalten (Fensterzugang gesichert). Versiegelung zwischen den Gebäuden aufbrechen und begrünen.
- Regionale Absprache mit LGS-Dieburg wegen doppeltem Angebot in IT-Bereich
- BFS: Mehr Bewerber als Klassen; wird auch in Zusammenhang mit der nicht ausreichenden Beratung durch das AA und abgebenden Schulen gebracht.
- Die Klassenräume müssten um 30 qm vergrößert werden, um ihre Funktion als integrierte Fachräume zu erfüllen, bzw. PC-Ausstattung aufzunehmen

Quantitative Entwicklung

Der Anteil der Vollzeit-Schüler ist im Zeitraum von 1996 – 2005 um rund 39% zurückgegangen. Hier schlägt sich insbesondere der Rückgang im Fremd-sprachensekretariat nieder. Die Teilzeitberufsschule wuchs kontinuierlich seit 1996.

Seit 2003 ist wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Besondere Bildungsgänge und BGJ bleiben in der Summe relativ konstant, da die Kapazitäten ausgeschöpft sind.

FLS	Plätze	Schüler/-innen	Klassen	Vz-Schül.	TzSchül.	Vz-Klassen	Tz-Klassen
1996/97	1.168	2.008	94	608	1.400	25	69
2001/02	1.100	2.286	107	309	1.977	15	92
2002/03	1.137	2.337	113	337	2.000	16	97
2003/04	1.141	2.334	110	345	1.989	15	95
2004/05	1.134	2.275	108	374	1.901	17	91
2005/06	1.113	2.228	106	370	1.858	16	90
Trend-1	-4,7%	11,0%	12,8%	-39,1%	32,7%	-36,0%	30,4%
Trend-2	-1,9%	-2,1%	-1,9%	-1,1%	-2,3%	-5,9%	-1,1%

FLS	Weiblich	Anteil in %	ausländisch	Anteil in %
1996/97	883	44,0%	...	...
2001/02	1.299	56,8%	348	15,2%
2002/03	1.279	54,7%	359	15,4%
2003/04	1.247	53,4%	367	15,7%
2004/05	1.172	51,5%	321	14,1%
2005/06	1.176	52,8%	322	14,5%
Trend-1->01/02	33,2%	20,0%	-7,5%	-5,1%
Trend-2	0,3%	2,5%	0,3%	2,4%

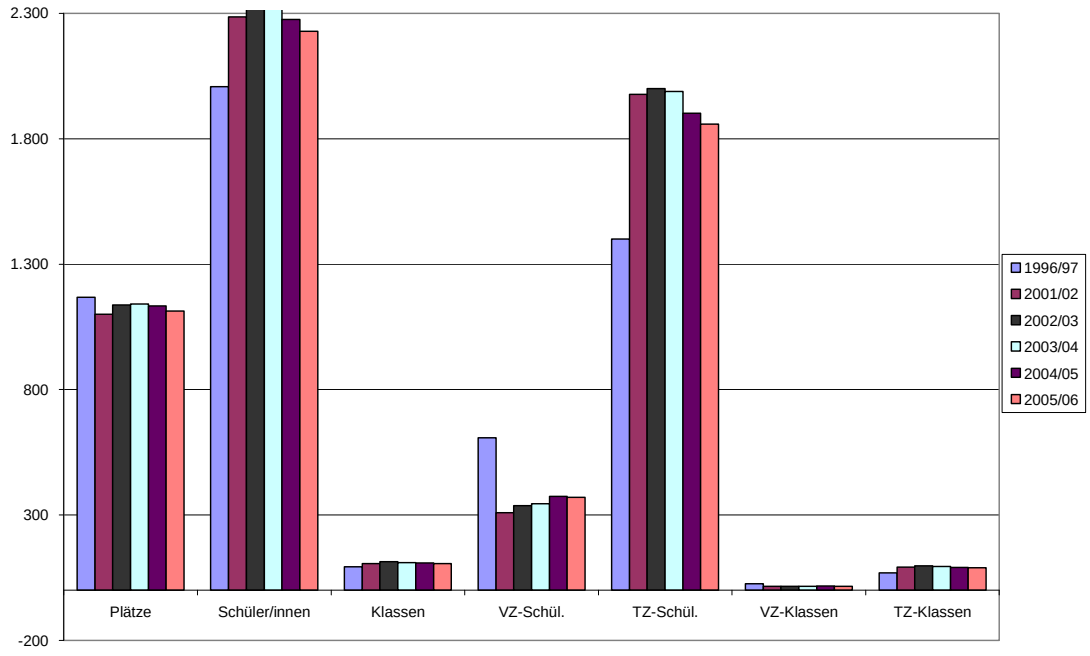


Abb. 16: Entwicklung der Schülerzahlen FLS

4.4 Heinrich-Emanuel-Merck-Schule

Schulprogramm

Ein umfangreiches Programm liegt vor, das u.a. detailliertes Zahlenmaterial enthält.

Motto der Schule

Die HEMS versteht sich als Lern-, Lebens- und Erfahrungsraum für junge Leute, die darin ganzheitlich gebildet und ausgebildet werden. Der Wechselbezug von reflexions- und handlungsbezogenem Lernen wird angestrebt. Das Lernen findet an verschiedenen Lernorten (auch außerschulisch) und in Kooperation mit anderen Partnern statt.

Angebotstruktur

Die HEMS ist um ein inhaltlich breit angelegtes Angebot bemüht, mit dem gefördert und nicht ausgelesen werden soll. Kleine Lerngruppen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Die Angebote für benachteiligte Jugendliche stellen einen wichtigen Beitrag zur ausgewogenen Angebotstruktur bei. Die Durchführung von Studienfahrten nimmt einen besonderen Stellenwert ein.

siehe Übersicht im Anhang A2

Schulische Organisationsentwicklung

- Qualität der Unterrichtsgestaltung
- Angebote und Strukturen erweitern
- Lehrerfortbildung
- Öffnung nach innen und außen mit einer entsprechenden Kommunikation
- Die Schule als Arbeitsplatz sollte so weit wie möglich gute Bedingungen bieten
- Qualitätssicherung
- Schul- und Personalentwicklungskonzept für mindestens eine Abteilung
- breit angelegtes Angebot durch die abteilungsübergreifenden Fachbereiche
- Suchtprävention
- Kollegiale Beratung (Supervision)
- Teilnahme an Modellversuchen
- Unterrichtsprojekte; teilweise in Kooperation mit Firmen
- Internationale Kontakte
- LIMES als Kooperationsprojekt (mit FLS)
- Kooperationen mit abgebenden Schulen und EKS (Mechatroniker)
- AK Lehrer-Ausbilder
- Kooperation mit Stadt Darmstadt: Kurse für Senioren und mit Gewerkschaften

Wichtige Themen der Schule für den BEP

- Berücksichtigung der Vz-Tz Verhältnis im Ressourceneinsatz von 2/3 zu 1/3; Räume und personelle Ressourcen (Prüfungswesen nimmt erhebliche personelle und räumliche Kapazitäten in Anspruch) sind ausgeschöpft
- Deckung des erhöhten und veränderten Raumbedarfs (PC-Räume, Präsentationen...)
- Thema „Besondere Bildungsgänge“ muss seitens der Stadt in veränderter Weise bearbeitet werden
- Stärkere Beachtung regionaler Strukturen und Entwicklungen
- Schaffung eines Weiterbildungszentrums zur Deckung der beruflichen

Weiterbildung, die als Aufgabe für die BBS wächst

Bauabschluss herstellen (Wärmeisolation)

Quantitative Entwicklung

Die HEMS verzeichnet seit Ende der 80er Jahre einen drastischen Rückgang im Berufsfeld ET, der durch die Hinzunahme der neuen IT-Berufe nur teilweise ausgeglichen werden konnte. Das Verhältnis Vz zu Tz beträgt nahezu 1:1. Die weiterführenden beruflichen Vollzeitschulen haben sich als stabilisierendes Element erwiesen. Ausgewogen ist auch das Verhältnis von studien- und berufsqualifizierenden Schulformen.

HEMS	Plätze	Schüler/-innen	Klassen	Vz-Schül.	Tz-Schül.	Vz-Klassen	Tz-Klassen
1996/97	780	1.147	64	534	613	30	34
2001/02	963	1.428	68	652	776	30	38
2002/03	990	1.387	67	726	661	33	34
2003/04	964	1.323	48	725	598	19	29
2004/05	974	1.375	50	707	668	20	30
2005/06	998	1.399	53	731	668	22	31
Trend-1	27,9%	22,0%	-17,2%	36,9%	9,0%	-26,7%	-8,8%
Trend-2	2,5%	1,7%	6,0%	3,4%	0,0%	10,0%	3,3%

HEMS	weiblich	Anteil in %	ausländisch	Anteil in %
1996/97	97	8,5%	---	---
2001/02	157	11,0%	162	11,3%
2002/03	156	11,2%	133	9,6%
2003/04	162	12,2%	147	11,1%
2004/05	165	12,0%	165	12,0%
2005/06	146	10,4%	148	10,6%
Trend-1->01/02	50,5%	23,4%	-8,6%	-6,7%
Trend-2	-11,5%	-13,0%	-10,3%	-11,8%

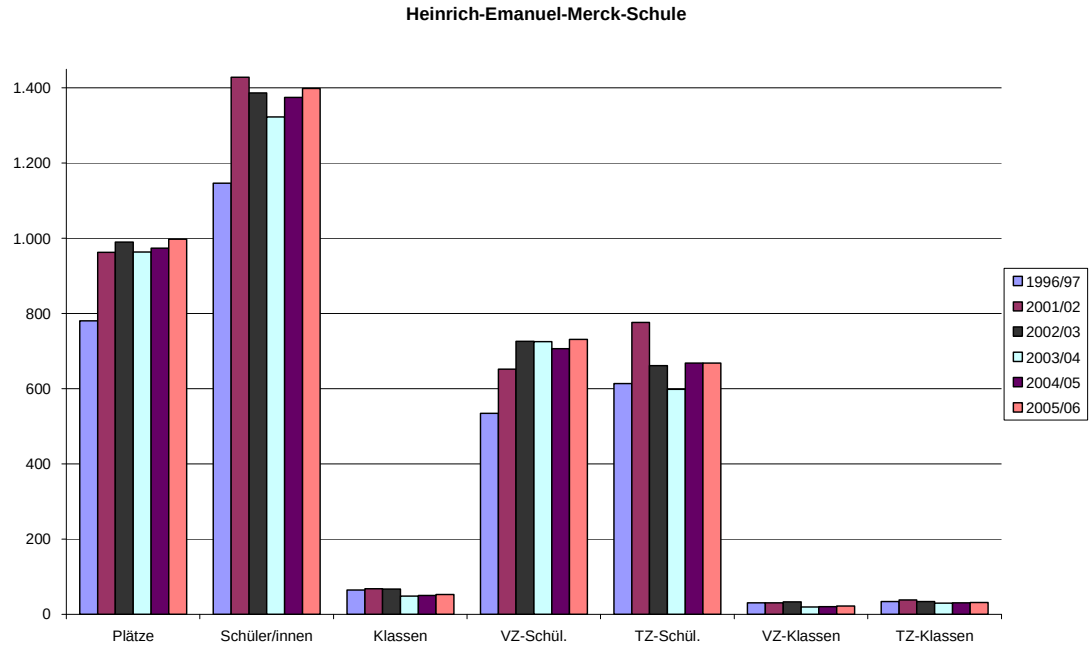


Abb. 17: Entwicklung der Schülerzahlen HEMS

4.5 Martin-Behaim-Schule

Schulprogramm

Das Schulprogramm enthält Zielsetzungen zur Entwicklung hin zu einem Kompetenzzentrum für die Bereiche Fremdenverkehr/Tourismus und den Bereich der Industriekaufleute und Kaufleute für Bürokommunikation. Die Schule nimmt als eine von 17 hessischen beruflichen Schulen am Modellprojekt „Selbstverantwortung plus“ teil. Sie führt in diesem Zusammenhang ein Qualitätsmanagementkonzept ein und arbeitet mit bei der Weiterentwicklung organisatorischer Rahmenbedingungen zur Verbesserung der pädagogischen Möglichkeiten. Die Zusammenführung der Haushalte des Landes und des Schulträgerhaushaltes ist ein zusätzlicher Aspekt dieser Entwicklungsarbeit.

Motto der Schule

. . .

Angebotstruktur

Siehe Anhang A2

Schulische Organisationsentwicklung

- Teilnahme am Modellprojekt “Selbstverantwortung plus”
- Teilnahme am Modellversuch „Evaluation im Verbund“
- Weiterentwicklung des Weiterbildungsangebotes durch Einführung der Fachschulen in Teilzeitform für Fremdenverkehr/Tourismus und Betriebswirtschaft
- Aufbau eines Berufsbildungsnetzwerkes für den Bereich Fremdenverkehr/Tourismus zusammen mit externen Akteuren für Südhessen
- Aufbau eines BVJ Gesundheit in Kooperation mit Arbeitgebern und Institutionen im Gesundheitsbereich als EIBE Angebot
- Kooperation mit der Peter-Behrens-Schule beim Angebot der Möglichkeit zum Erwerb oder ausbildungsbegleitenden Fachhochschulreife
- Aufbau einer Feed-Back Kultur im Rahmen des Qualitätsmanagementkonzeptes Q2E
- Weiterentwicklung des Bereichs der Fachoberschule durch zusätzliche Einführung des Angebotes der FOS Gesundheit
-

Wichtige Themen der Schule für den BEP - Berufliche Schulen

- Größere Räume für handlungsorientierte Unterrichtsmöglichkeiten
- Sicherung der schulübergreifenden Infrastruktur für das Berufsschulzentrum
- Wunsch nach Planungssicherheit
- Institutionalisierung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Schulen für bestimmte Bereiche (z. B. Angebot von Ethikunterricht)

Quantitative Entwicklung

Insgesamt sehr kontinuierliche Entwicklung mit stabilen Zahlen. Der Anteil an Vollzeitschüler/innen wächst. Der Anteil an Vollzeitschüler/innen wächst seit 1996 stetig an, während der Teilzeitbereich rückläufig ist. Die Gesamtzahl der Schüler/innen ist stabil. Der Verlust an Teilzeitschüler/innen wird durch Vollzeitschüler/innen kompensiert. Die Anzahl der Plätze steigt durch diese Entwicklung.

MBS	Plätze	Schüler/ innen	Klassen	Vz-Schül.	Tz-Schül.	Vz-Klassen	Tz-Klassen
1996/97	1.092	2.212	114	506	1.706	25	89
2001/02	1.150	2.239	110	578	1.661	25	84
2002/03	1.146	2.243	109	573	1.670	25	84
2003/04	1.252	2.234	100	597	1.637	25	75
2004/05	1.229	2.173	98	599	1.574	25	73
2005/06	1.289	2.216	102	671	1.545	30	72
Trend-1	8,4%	0,2%	-10,5%	32,6%	-9,4%	20,0%	-19,1%
Trend-2	4,9%	2,0%	4,1%	12,0%	-1,8%	20,0%	-1,4%

MBS	weiblich	Anteil in %	ausländisch	Anteil in %
1996/97	1.563	73,9%	---	0,0%
2001/02	1.606	74,7%	256	11,4%
2002/03	1.578	73,5%	250	11,1%
2003/04	1.619	72,5%	255	11,4%
2004/05	1.553	71,5%	214	9,8%
2005/06	1.570	70,8%	226	10,2%
Trend-1->01/02	0,4%	0,3%	-11,7%	-10,6%
Trend-2	1,1%	-0,9%	5,6%	3,6%

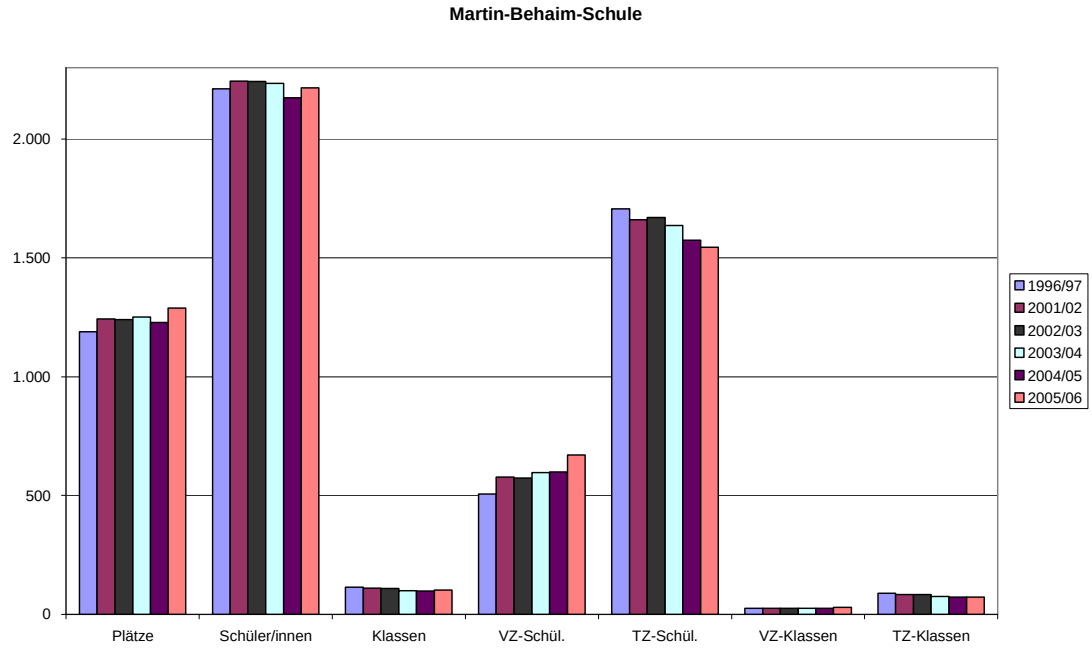


Abb. 18: Entwicklung der Schülerzahlen MBS

4.6 Peter-Behrens-Schule

Schulprogramm

Das Schulprogramm der Peter-Behrens-Schule liegt seit Juli 2004 vor. –

Die anschließende Darstellung erfolgt auf Basis der Gespräche mit den erweiterten Schulleitungen. Kommunikation, Unterricht, Erscheinungsbild wurden als Themen für das sich in Arbeit befindliche Schulprogramm genannt.

Motto der Schule

. . .

Angebotstruktur

Die PBS ist die einzige Bündel-Berufsschule in DA. Das Verhältnis Vz zu Tz fällt an der PBS eindeutig in Richtung Tz aus, deren Anteil 9/10 beträgt. Der Anteil an Tz ist beständig gestiegen in den letzten Jahren.

siehe Übersicht im Anhang A2

Schulische Organisationsentwicklung

- Schulleiterstelle nach ca. 6 Jahren **ab April 2002** wieder besetzt.
- Starke Gliederung in Abteilungen und Standorte

Wichtige Themen der Schule für den BEP-Berufliche Schulen

- Verschlankung der zu groß gewordenen Schule; FB Farbtechnik, Bau- und Holztechnik, Drucktechnik sowie Ernährung und Hauswirtschaft sollten als Kernbereiche zusammenbleiben.
- Berufsfelder zusammenführen (Ernährung an PBS)
- Multifunktionsräume auf einer Ebene errichten
- Errichtung von Peripherieräumen wie Lehrerzimmer, Schülerbibliothek, Abteilungsleiterräume. SV Raum
- Sporthalle / Aula (gemeinsame Nutzung mit EKS) / Toiletten neu
- Einrichten der Fachoberschule Form A (bereits erfolgt 2005/06)
- Agrar ist inhaltlich und personell eine eigene Einheit, im Anschluss an das Anhörungsverfahren haben die Schulträger eine Entscheidung zur Verlegung des Standortes nach Dieburg getroffen, wo bauliche und organisatorische Möglichkeiten gegeben sind.

Quantitative Entwicklung

PBS	Plätze	Schüler/innen	Klassen	Vz-Schül.	Tz-Schül.	Vz-Klassen	Tz-Klassen
1996/97	1.259	2.708	130	293	2.415	16	114
2001/02	1.287	2.841	144	251	2.590	14	130
2002/03	1.292	2.802	151	285	2.517	15	136
2003/04	1.303	2.743	140	343	2.400	18	122
2004/05	1.400	2.956	149	363	2.593	19	130
2005/06	1.415	2.967	149	381	2.586	19	130
Trend-1	12,4%	9,6%	14,6%	30,0%	7,1%	18,8%	14,0%
Trend-2	1,1%	0,4%	0,0%	5,0%	-0,3%	0,0%	0,0%

PBS	weiblich	Anteil in %	ausländisch	Anteil in %
1996/97	991	36,6%	...	...
2001/02	1.107	39,0%	388	13,7%
2002/03	1.046	37,3%	372	13,3%
2003/04	1.033	37,7%	325	11,8%
2004/05	1.075	36,4%	356	12,0%
2005/06	1.017	34,3%	354	11,9%
Trend-1->01/02	2,6%	-6,3%	-8,8%	-12,6%
Trend-2	-5,4%	-5,7%	-0,6%	-0,9%

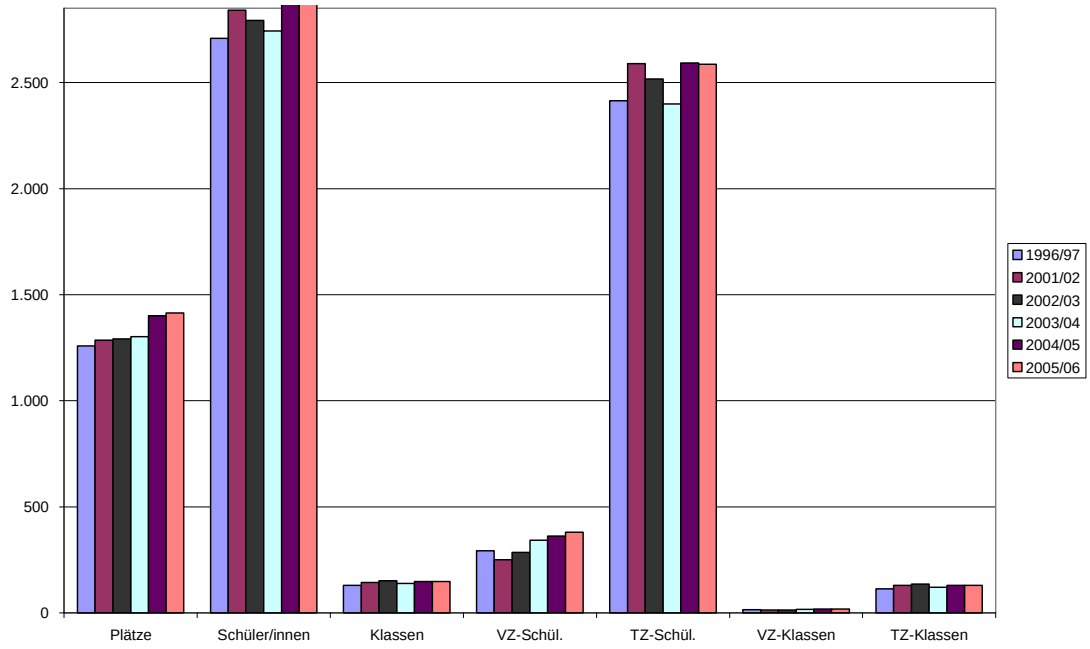


Abb. 19: Entwicklung der Schülerzahlen PBS

5. Anhang:

A1 Bildungsgänge mit weniger als 50% Darmstädter Schülerinnen und Schülern

(1) Odenwaldkreis, Kreis Bergstraße, Kreis Groß-Gerau

(2) nach Wohnsitz der Schüler/innen, Träger in Darmstadt, deshalb keine Gastschulbeiträge

Duales System (Tz-Berufsschule)		DA	DA-Di	Region (1)	davon OD	davon HP	davon GG	GESAMT	gesamt Auswärtige	% Auswärtige
Agrarwirtschaft		63	119	151				297	270	79 %
Erhährung/Hauswirt. (PBS: HoGa etc.)		208	152	273				633	425	67 %
Bautechnik		30	79	115				224	194	87 %
Florist/in		17	20	41				78	61	78 %
Landwirt/in		0	12	38				50	50	100 %
Gärtner/in		46	49	94				169	143	85 %
Bäcker/in		14	38	4				56	42	75 %
Konditor/in		10	9	6				25	15	60 %
Metzger/in		5	24	5				34	29	85 %
Bürokaufmann/-frau		160	100	8				268		
Automobilkaufmann/-frau		24	26	31				81	57	70 %
Verwaltungsfachangestellte		11	32	15				58	47	81 %
SportFitnesskaufmann/-frau		8	10	6				24	16	66 %
Berufsfachschule										
Peter-Behrens-Schule		31	81	17	3	2	5	129	98	76 %
Erasmus-Kittler-Schule		14	60	4	1	1	3	78	64	82 %
Friedrich-List-Schule	2j.-BFS	55	54	2	5	1	0	111	56	51 %
	Fremdsprachen	24	47	20	7	0	8	91	67	74 %
	Bürowirtschaft	19	53	5	5	0	4	81	58	72 %
HEMS	Assistenten	38	62	12	1	3	1	112	74	66 %
FOS										
Peter-Behrens-Schule VZ (A)		13	28	23	1	5	4	64	51	80 %
Erasmus-Kittler (A)		25	30	19	5	8	6	74	49	66 %

	HEMS	(A)	50	97	32	12	1	9	179	129	72 %
	AES	(A)	28	33	24	10	1	5	85	57	67 %
	PBS TZ		6	21	10	4	1	2	37	31	84 %
	MBS	(A)	169	198	34	16	10	7	401	232	58 %
	MBS	(B)	22	34	22	5	4	6	78	56	72 %
Fachschulen			DA	DA-Di	Region (1)	davon OD	davon HP	davon GG	GESAMT	gesamt Auswärtig	% Auswärtig
	HEMS	TZ	11	30	29	4	4	7	70	59	84 %
		VZ	2	14	22	8	5	2	80	36	95 %
	EKS	TZ	5	22	27	2	10	7	54	49	91 %
		VZ	15	25	73	13	11	13	113	98	87 %
	AES	VZ	43	74	76	4	25	21	193	150	78 %
		TZ	9	7	4	1	1	1	20	11	55 %
	MBS	VZ	11	12	15	2	3	2	38	27	71 %
		TZ	28	22	37	2	5	8	87	59	67 %
Besondere Bildungsgänge											
	BBG VZ	FLS	10	19	1	0	-	1	30	20	67 %
		PBS	37	40	4	1	1	2	81	44	54 %
		HEMS	12	17	1	0	0	0	30	18	60 %
		AES	12	20	0	0	0	0	32	20	62,5 %
	BVJ	EKS	7	9	-	-	-	-	16	9	56 %
		MBS	9	17	-	-	-	-	26	17	65 %
	BGJ	AES	11	33	8	4	2	2	52	41	79 %
		PBS	11	20	5	0	0	4	36	25	69 %
	BBE	EKS	18	20					38	20	53 %
	BBGTz	EKS	7	7	8	0	0	6	22	15	68 %
		PBS	100	95	43	-	1	33	238	139	58 %
BG		HEMS	116	136	50	4	6	29	302	186	62 %

Quelle: Erhebung vom städtischen Schulamt bei den Darmstädter Beruflichen Schulen, Stand der Daten Oktober 2005. Erfragt wurden "Schulformen mit erheblichem quantitativen Ungleichgewicht zwischen Schüler/innen aus Darmstadt und aus der Region."

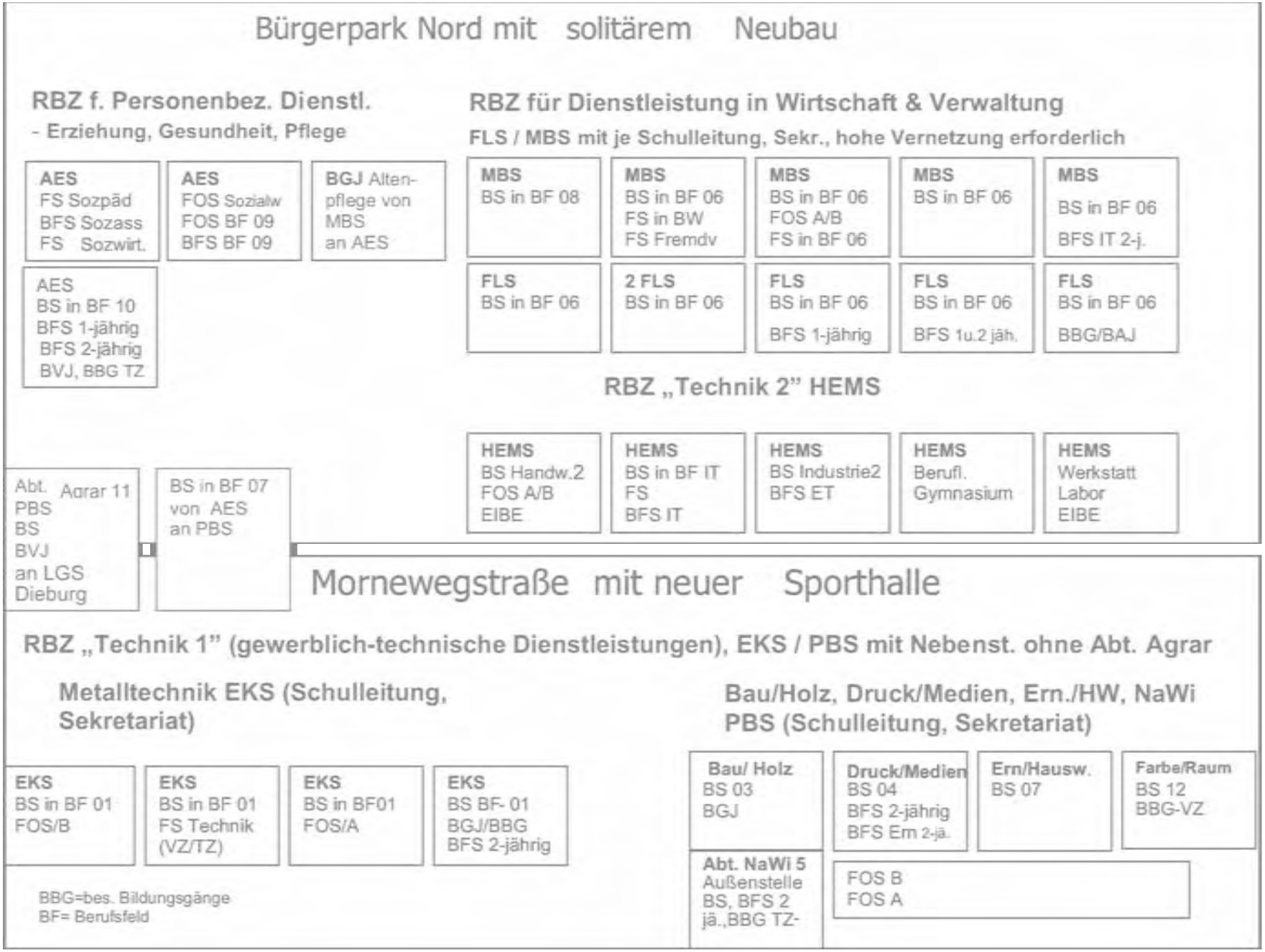
A2 Schulformen und -größen

2005/06		AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS (ohne Jungarb.)	LGS-Dieburg
Berufsschule (Tz)		Ernährung/Hausw Textil/Bekleidung Körperpflege Sozialpädagogik Schülerzahl / Klassenanzahl 249 / 17	Metalltechnik Mechatronik 1323 / 67	Wirtsch./Verwalt. IT-Berufe (Limes) 1769 / 82	Elektrotechnik IT-Berufe (Limes) 635 / 30	Wirtsch./Verwlt Gesundheit Arzthelferin 1513 / 70	Bautechnik Holztechnik Druckt./Medieng. Chem./Phy./Bio. Ernährung/Hausw Agrarwirtschaft Farbt./Raumgest. 2347 / 124	Metall Elektrotechn. Holztechn. Wi. & Verwalt. Ernähr./Hausw. Körperpfl. Farb/Raumgst. 698 / 41
Besondere Bildungsgänge	BVJ	Ernährung/Hausw Textil Körperpflege Sozialwesen (KiGa) 32 / 3	Metalltechnik 14 / 1	---	---	Altenpflege 26 / 2	Farb/Raumgest. 35 / 2	s.o. Tz Altenpflege 58 / 4
	EiBe	Ernährung/Hausw 0	---	Wirtsch./Verwalt. 30 / 2	Elektrotechnik 30 / 2	Altenpflege 0	Druckt./Medieng. 46 / 3	31 / 2
	Faub	Körperpflege 6 / 1	Metalltechnik 49 / 3	---	---	---	Farb./Raumgest. 17 / 1	22 / 2
	Bes. BG (Tz)	73 / 2					186 / 12	44 / 3
	Berusfsvorb er. Lehrgänge (Tz)	9 / 1	22 / 2	89 / 6	33 / 2	32 / 3		76 / 4
	Sonder-klassen	---	---	---	---	---	In Kooperation mit Werkstätten f. Be-hinderte + JVA 36 / 2	29 / 4

Fortsetzung:

2005/06		AES	EKS	FLS	HEMS	MBS	PBS	LGS-Dieburg
BGJ (vz)		Ernährung/Hausw Textil/Bekleidung 52 / 3	Metalltechnik 46 / 2	Kaufmännisch 23 / 1	---	---	Holztechnik 36 / 2	Holztechnik 26 / 1
Berufsfachschule (BFS)	A (1j.)	Ernährung/Hausw	---	Wirtschaft/Verw. (Höhere Handels.)	---	---	---	---
	B (zu MBa führend)	Textil/Bekleidung Ernährung/Hausw. Sozialpfl./-päd. Med./techn.krankenpfl., Körperpflege	Metalltechnik	Wirtschaft/Verw.	Elektrotechnik	---	Ernährung/Hausw Druck/Mediengst.	Elektrotechn. Ernähr./Hausw.
	C (auf MBa aufbauend)	Bekleidungstech. Sozialassistenz A-C: 317 / 18	A-C: 50 / 3	Kaufm. Assistenz: -Fremdsprachen -Bürowirtschaft A-C: 307 / 14	Wirtschaft & Technik A-C: 112 / 6	Wirtschaft & Technik Pharmz.Assistenz A-C: 41 / 2	CTA (Labortechn.) A-C: 129 / 6	Sozialassistenz Informationsverarb. A-C: 319 / 15
FOS	Typ A (2j., tz)	Textiltechnik und Bekleidung	Maschinenbau		Elektrotechnik	Wirtschaft, Verwal-tung, Gesundheit	Gestaltung	
	Typ B (1j, vz) (4j, tz)	Textiltechnik und Bekleidung Sozialwesen A-B: 85 / 5	Maschinenbau Informationstechnik A-B: 139 / 6		Elektrotechnik A-B: 179 / 8	Wirtschaft/Verw. Wirtschaftsinform. Gesundheit A-B: 479 / 21	Bautechnik Chem./Phys.Techn Ernährung/Hausw. Gestaltung A-B: 135 / 6	
BG		Kooperation im Bereich Ökotrophologie mit HEMS	---	---	ET/DV-Technik Wirtschaft,Masch.-bau,ÖkotrophologieChemietechnik 302 / 14	---	Kooperation im Bereich Chemietechnik mit HEMS	Technik Wirtschaft Ernähr./Hausw. 266 / 16
Fachschule (2j., vz & tz)		Sozialpäd. Sozialwirtsch. 213 / 11	Technik 167 / 10	---	IT/Comp/Netzw.-technik E-Techn.(IuK) 108 / 6	Betriebswirtschaft vz & tz, Fremdenverkehrs-wirtschaft tz	---	Sozialpäd. 126 / 7

Abb. 13: Organigramm der Planung, Szenario-A, Variante Magenta


Bürgerpark Nord mit solitärem Neubau
RBZ f. Personenbez. Dienstl.
- Erziehung, Gesundheit, Pflege
AES
FS Sozpäd
BFS Sozass
FS Sozwirt.
AES
FOS Sozialw
FOS BF 09
BFS BF 09
BGJ Alten-
pflege von
MBS
an AES
AES
BS in BF 10
BFS 1-jährig
BFS 2-jährig
BVJ, BBG TZ
RBZ für Dienstleistung in Wirtschaft & Verwaltung
FLS / MBS mit je Schulleitung, Sekr., hohe Vernetzung erforderlich
MBS
BS in BF 08
MBS
BS in BF 06
FS in BW
FS Fremdv
MBS
BS in BF 06
FOS A/B
FS in BF 06
MBS
BS in BF 06
MBS
BS in BF 06
BFS IT 2-j.
FLS
BS in BF 06
2 FLS
BS in BF 06
FLS
BS in BF 06
BFS 1-jährig
FLS
BS in BF 06
BFS 1u.2 jäh.
FLS
BS in BF 06
BBG/BAJ
RBZ „Technik 2" HEMS
HEMS
BS Handw.2
FOS A/B
EIBE
HEMS
BS in BF IT
FS
BFS IT
HEMS
BS Industrie2
BFS ET
HEMS
Berufl.
Gymnasium
HEMS
Werkstatt
Labor
EIBE
Abt. Agrar 11
PBS
BS
BVJ
an LGS
Dieburg
BS in BF 07
von AES
an PBS
Mornewegstraße mit neuer Sporthalle
RBZ „Technik 1" (gewerblich-technische Dienstleistungen), EKS / PBS mit Nebenst. ohne Abt. Agrar
Metalltechnik EKS (Schulleitung,
Sekretariat)
EKS
BS in BF 01
FOS/B
EKS
BS in BF 01
FS Technik
(VZ/TZ)
EKS
BS in BF01
FOS/A
EKS
BS BF- 01
BGJ/BBG
BFS 2-jährig
BBG=bes. Bildungsgänge
BF= Berufsfeld
Bau/Holz, Druck/Medien, Ern./HW, NaWi
PBS (Schulleitung, Sekretariat)
Bau/ Holz
BS 03
BGJ
Druck/Medien
BS 04
BFS 2-jährig
BFS Em 2-jä.
Ern/Hausw.
BS 07
Farbe/Raum
BS 12
BBG-VZ
Abt. NaWi 5
Außenstelle
BS, BFS 2
jä.,BBG TZ-
FOS B
FOS A

A3 Diskussionsergebnisse Workshop-4 (Szenario-A)

Aus Sicht von	spricht für das Szenario-A	spricht gegen das Szenario-A
Schüler/innen	klar strukturiertes Bildungsangebot, durchgängig von der Berufsvorbereitung bis zur Studienqualifikation. Die Möglichkeit zur Modularisierung und Teilzertifizierung in besonderen Bildungsgängen wird erleichtert. Zukunftsorientierte berufsspezifische und fachliche Ausbildung. Gute Infrastruktur und Verkehrsanbindung. Bessere päd. Differenzierung wird möglich.	Anonymität der großen Einheiten. Orientierungsschwierigkeiten. Fehlende Parkplätze für die große Zahl der Selbstfahrer/innen. Bündelung sozialer Probleme
Lehrer/innen	Generationswechsel steht an und damit eine günstige Phase für tief greifende Neustrukturierungen. Nebenstellenprobleme entfallen, SCHILF ist besser zu organisieren. Kommunikation und Kooperation erleichtert („Campus-Charakter“ in Mornewegstr.). Mehr Verantwortungsbewusstsein und bessere Arbeitsbedingungen (Neubauten)	Große Veränderung v.a. für die Kollegien, die umziehen. Skepsis gegenüber den schulpolitischen Perspektiven und auf Grund bisheriger Erfahrungen mit der Umsetzung von SEP, berufliche Schulen. Große Kollegien entstehen und erfordern neue Konferenz- und Abteilungskulturen. Überforderung und Überlastung. Vorbehalte gegen Veränderungen insgesamt
Schulen als Org.	innere Schulentwicklung, Profilbildung und Vernetzung (z.B. in Richtung Weiterbildung) erleichtert. Verteilung der besonderen Bildungsgängen auch mit Teilzertifizierungen erleichtert. Effizienter. Regionales Netzwerk mit klaren Schwerpunkten entsteht. Bessere Ausnutzung von Fachräumen. Neue Kooperationen. Aufbrechen alter Strukturen.	z.T. erheblich größere Einheiten!! Neues Schul-Management wird nötig, v.a. gestärkte Abteilungsleitungen. Neue Schulprogramme sind zu erarbeiten. Alle üblichen Probleme von Fusionen. Vorhandene Strukturen z.T. nicht kompatibel. Anonymität wird größer
Wissenschafts-stadt Darmstadt	Mögliches Refinanzierungspotenzial durch die Freizüge von Hermannstr., Martinstr. und Kapellplatz. Möglichkeiten anderer Nutzung durch Teilfreizug Martin-Bubers-Str. (Chemie bleibt dort). Perspektivisch durch die vier Schwerpunkte verringerter Planungs- und Verwaltungsaufwand. Hauptinvestitionen am verkehrsgünstigsten Standort und im Stadtentwicklungsgebiet. Verbesserte räumliche Flexibilität und mögliche Synergieeffekte durch Ressourcen-sharing. Unterhaltung wird vereinfacht und evtl. kostengünstiger.	Aufwändige und teure Baumaßnahmen in Mornewegstraße. Logistik des Umzugs ganzer Schulen. Parkplatzsituation in Mornewegstr. Umsetzung erfordert konstanten politischen Willen über mehr als eine Legislaturperiode.

Aus Sicht von	spricht für das Szenario-A	spricht gegen das Szenario-A
Kammern u.a.	Bessere Kooperation, weniger Ansprechpartner und kürzere Wege	Konkurrenz zu bestehenden Weiterbildungsangeboten möglich.
Staatliches Schulamt	Zusammenführung von Berufen. Neue Formen von Vollzeitschulen („FOS Technik“). Bessere personelle Planung und Lenkung	Bisherige Deputate v.a. für Leitungsmitglieder werden nicht mehr ausreichen. Neue Leitungs- und Aufsichtsverfahren nötig. Neue Strukturen müssen eingearbeitet werden.
Andere	Kann insgesamt als positives Zeichen des Aufbruchs und der Erneuerung wirken (auch für die Stadtteilentwicklung Weststadt/Bahnhof). Klarer für abgebende Schulen und verbesserte Beratung möglich.	

A4 Baufachliche Voruntersuchung Szenario-A

Quantitative Baubestandsanalyse auf Basis eines Makro-Raumprogramms

Überprüfung des Raumbestandes im Verhältnis zur Schüler/innenzahl auf Basis einer Makro-Raumplanung (6 m²/TaS) TaS = täglich anwesende Schüler/innen = erforderliche Plätze
Stand: Juni 2006

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über den heutigen Bestand an Unterrichtsflächen an den Beruflichen Schulen der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hauptnutzflächen = HNF)
Dieser Aufstellung werden die Schülerzahlen gegenüber gestellt und zwar in Form von Schülerplätzen oder täglich anwesenden Schülern = TaS. Der Berechnungsfaktor ist dem vorhergehenden Text auf Seite 24 erläutert. Teilzeitschüler/innen werden mit einem Faktor von 0,4 berücksichtigt.
Über ein Makro-Raumprogramm, das auf einem Flächenbedarf von 6 m² pro Schülerplatz oder täglich anwesendem Schüler basiert, werden die Programmflächen ermittelt und den tatsächlich vorhandenen Bestandsflächen gegenüber gestellt. Die Differenz ergibt den Zubaubedarf nach Makro-Raumprogramm, der sich in der konkreten Umsetzung aufgrund der spezifischen Anforderungen an Fachräumen und Werkstätten für die unterschiedlichen Berufsfelder jedoch um bis zu 20 % nach oben oder unten verschieben kann. Als Orientierungsgröße ist diese Berechnungsweise allgemein anerkannt.

Die hochgestellte Zahl, gibt die Anzahl der Klassen wieder.

Ergebnis aus der nachfolgenden Baubestandsbetrachtung:
→ fehlende Flächen insgesamt an den beruflichen Schulen zum Schuljahr 2005/06:

rd. 5000 m² Hauptnutzfläche,

die derzeit durch die Bildung von zusätzlichen Dependancen z.B. in der Martin-Buber-Straße, der Kyritzschule, dem Alten Pädagog, der Diesterwegschule sowie der Lessingschule aufgefangen wird.

Tabelle siehe nächste Seite

Schule	TaS Trendfort-schreibung SEP: durchschn. ca.+0,5% pro Jahr bis 2012	TaS / Plätze 2005/2006	Raumbe-stand HNF	Aktueller Raumbe-darf HNF bei (Tas x 6 m²) 2005/2006	Raumbe-darf HNF (Tas x 6 m²) Trendfort-schreibung SEP bis 2012	Zusätzl. Zubaube-darf HNF bei Trendfort-schreibung 2012
Alice-Eleonoren-Schule	eher **über** dem erwarteten Zuwachs im Planungszeitrau m, v.a. kurzfristig	867[53]	2.796 m² (Kapellplatz) 1.214 m² (Martinstr.) 600 m² (Kyritzsch.) 350 m² (Pädagog) 4.960 m²	5.202 m² aus Mikro Raumprog. incl. Ersatz Martinstr.:	5.400 m² bei 900 TaS	**490 m²**
Peter-Behrens-Schule	eher **über** dem erwarteten Zuwachs im Planungszeitrau m	1.415[149]	8.220 m² incl. aller Dependan-cen, davon 4.390 Mornewegs.	8.490 m²	8.760 m² bei 1.460 TaS	**740 m²** incl. Ersatz Diesterweg-schule
Erasmus-Kittler-Schule	Langzeit Trend hat sich fortgesetzt mehr Vollzeit	954[86]	4.265 m² Zuzügl. 465 m² Lessing-Schule = 4.730 m²	5.724 m²	5.820 m² bei 970 TaS	**1.090 m²**
Heinrich-Emanuel-Merck-Schule	ca. 1% Zuwachs / Jahr im Planungszeitrau m	998[53]	5.881 m²	5.988 m²	6.360 m² bei 1.060 TaS	**480 m²**
Friedrich-List-Schule	Anzahl der Plätze sinkt langsam aber stetig	1.113[106]	5.500 m²	6.678 m²	6.900 m² bei 1.150 TaS	**1.400 m²**
Martin-Behaim-Schule	Stagnierend bis leicht steigend	1.289[102]	5.486 m²	7.734 m²	7.800 m² bei 1.300 TaS	**2.300 m²**
SUMMEN	**ca. 3 %**	**6.638**[549]	**34.777 m²**	**39.816 m²**	**41.040 m²** (6.840 TaS)	**6.500**

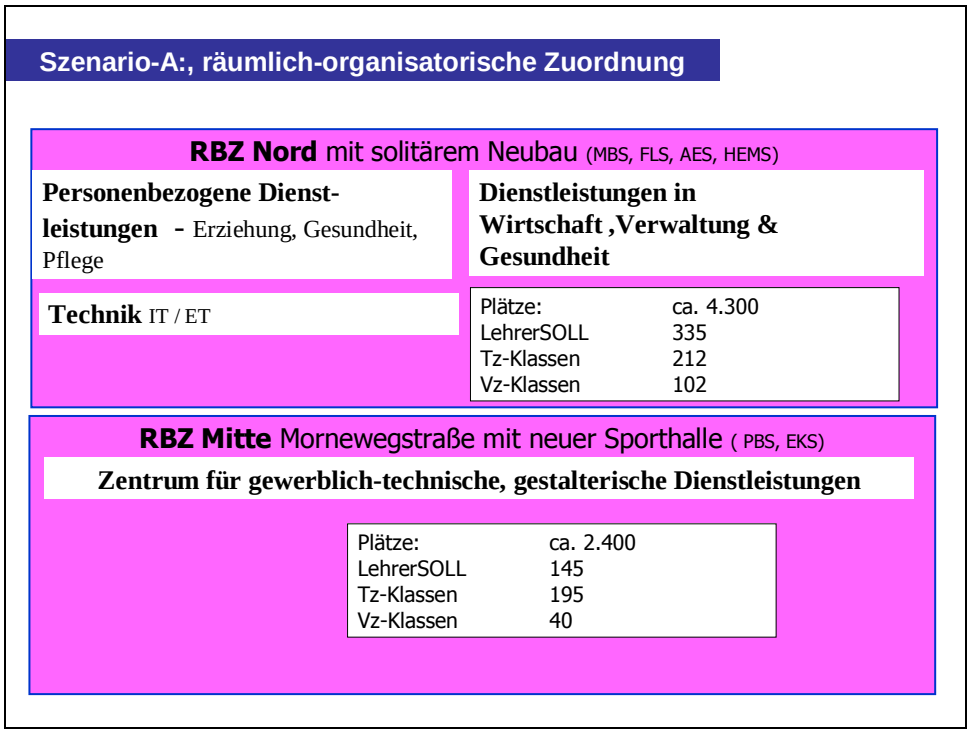
Einzelbetrachtung unter Zugrundelegung des Planungsszenario A (Regionale Bildungszentren an zwei Hauptstandorten, Bürgerpark Nord und Mornewegstraße)

In der Berichterstattung zur Berufsschulentwicklungsplanung der Wissenschaftsstadt Darmstadt vom November 2003 wurden der perspektivische Flächenbedarf und der daraus resultierende Erweiterungs- und Neubaubedarf am Beispiel von 2 Varianten des Szenario A (Variante blau und orange) untersucht und ermittelt. Wie auf Seite 31 ff. ausführlich begründet, hat der aktuelle Diskussionsstand diese Varianten überholt und durch eine neue, die Variante Magenta, ersetzt.
Im Folgenden wird daher auch nur diese aktuelle Variante Magenta des Szenario A, das nach wie vor den Hauptplanungsgedanken der Bildung von 2 Berufsschulzentren vorsieht, untersucht.
Die anschließende Raumbedarfsanalyse basiert auf der Untersuchung des Baubestandes, den geplanten Organisationsänderungen mit den daraus folgenden Auflösungen von Dependancen sowie der Berücksichtigung der Trendfortschreibung der Schülerzahlenentwicklung in den unterschiedlichen Berufsfeldern.

Sie stellt die vorgesehene Konfiguration der beiden Bildungszentren (RBZ) gegenüber und zeigt den unter diesen Rahmenbedingungen erforderlichen baulichen Erweiterungsbedarf auf. Als Basis der Flächenberechnung wurde auch hier, wie bereits vorher erläutert, ein Makroraumprogramm zu Hilfe genommen.

Da der Standort Mornewegstraße nur über relativ begrenzte städtebauliche Erweiterungsmöglichkeiten verfügt, wurde zur Verifizierung der Machbarkeit ein städtebauliches Gutachten zur Standortentwicklung eines Berufsschulzentrums in der Mornewegstraße auf Basis der folgenden Rahmenbeschreibung erstellt. Diese Studie wird als Anlage dem Schulentwicklungsplan, Teil B, Berufliche Schulen, beigefügt.

Zur Verdeutlichung noch einmal die Graphik zur geplanten Organisation (siehe auch Seite 40 / 41 der Studie, Daten für Schuljahr 2005/2006):



Die anschließende tabellarische Bedarfsanalyse berücksichtigt folgende Rahmenbedingungen:

- Bildung von 2 RBZ
- Freizug der Dependancen der Peter-Behrens-Schule außer Fachbereich Chemie, d.h. räumliche Unterbringung der Baufachklassen am Hauptstandort, Auflösung des Standortes Hermannstraße und Verlagerung an die Landrat-Gruber-Schule in Dieburg)
- Auflösung sämtlicher Standorte der Alice-Eleonoren-Schule und organisatorische und räumliche Eingliederung ins RBZ Nord (Bürgerpark Nord) sowie anteilig Berufsfeld Ernährung und Hauswirtschaft ins RBZ Mitte (Mornewegstraße)

RBZ Mornewegstrasse (Mitte)
Schülerplätze / TaS
(täglich anwesende Schüler/innen = TaS)
auf Basis der aktuellen Zahlen, **jedoch unter Berücksichtigung des geplanten, zukünftigen Zuschnittes / Organisation** (siehe Seite 41) ➔ TaS (Stand 05/06) bei verändertem Zuschnitt / Variante Magenta

Peter-Behrens-Schule
Erasmus-Kittler-Schule
Alice-Eleonoren-Schule
} 2.063 TaS

Schule Anzahl TaS	**2005/2006** **HNF SOLL** bei 6m² / TaS	**HNF IST am Standort Morneweg-strasse**	**TaS** **Perspektive nach Trend-Fortschreib-ung bis 2012**	2012/2013 **HNF SOLL** **TREND**	erforderliches Zubauvolumen gerundet unter Berücksichti-gung der Entwicklung und Standort-planungen
Erasmus-Kittler-Schule **954 TaS**	5.724 m²	4.730m² (4.265 m² + 465 m² Lessing)	970	5.820 m²	1.500 m² bei Aufgabe Lessingschule
Peter-Behrens-Schule **1.084 TaS**	6.504 m²	4.390 m² ohne Dependancen	1.120	6.720 m²	2.300 m²
Alice-Eleonoren-Schule **-Ernährung-** **25 TaS**	150 m²	derzeit am Kapellplatz	25	150 m²	150 m² räumliche + org. Zuordnung an PBS
Summe	**12.378 m²**	**9.120 m²**	**2.115**	**12.690 m²**	**➔3.950 m²**

erforderliches Zubauvolumen Mornewegstraße 3.950 m²
zzgl. Multifunktionsräume sowie Aula / Mensa: 550 m²
HNF : 4.500 m²

⇨ 4.500 m² x 1,69 ⇨**7.600 m² BGF**

zzgl. 3-Felderhalle Sportfläche 27 x 45 m

ermittelte Baukosten: 19.250.000,- € incl. TG und Sporthalle

siehe hierzu auch das im Büro der Stadtverordnetenversammlung ausliegende detaillierte städtebauliche Gutachten mit Untersuchungen zur Bebaubarkeit, räumlicher Organisation, Stellplatzfrage, Freiflächen und Kostenaufstellung nach Bauteilen.

Kostenaufstellung und - Übersicht

Variante A (Vorzugsvariante) RBZ Mornewegstraße

Voraussichtliche Kosten* (Orientierungswerte) der Bebauung Standort Mornewegstraße
Dargestellt sind Gesamtkosten i.M. , KG 200-700, brutto.
Ermittlung: Durchschnittswerte aus DABau-Daten Hessen, BKI-Service, Heinze-Service, eigene Werte.

Bauteil:	€/cbm	€/qm	BRI	BGF	€ , Kosten i.M.
Schulgebäude West und Ost	445	1.660	22.985	6.130	**10.230.000**
Mensa, als Einzelgeb. HNF	3.525				
Mensa, als Bauteil	465	1.890	6.000	1.500	**2.800.000**
3-Feld-Sporthalle	285	1.650	11.200	2.000	**3.245.000**
Zwischen-Summe					**16.275.000**
Tiefgarage, als Bauteil	275	715	10.625	4.250	**2.975.000**
Summe Gesamtmaßnahme					**19.250.000**

* Vorgenannte Kostenaufstellung stellt keine Kostenermittlung gem. DIN 276 dar.

Aufgestellt: Darmstadt, 15.06.2004 , AG 5

Sieh hierzu auch Gutachten des Architekturbüros AG 5 / Anlage

RBZ NORD Schülerplätze / TaS (täglich anwesende Schüler/innen = TaS) auf Basis der aktuellen Zahlen**, jedoch unter Berücksichtigung des geplanten, zukünftigen Zuschnittes / Organisation** (siehe Seite 41) ➔	TaS (Stand 05/06) bei verändertem Zuschnitt / Variante Magenta Friedrich-List-Schule Martin-Behaim-Schule 4.242 TaS Heinrich-Emanuel-Merck-Schule

Schulen mit Anzahl TaS	**2005/2006** **HNF SOLL** bei 6m² / TaS	**HNF IST**	**TaS** Perspektive nach Trend-fortschreibung bis 2012	**2012/2013** **HNF SOLL TREND**	Hochgerechne-tes erforderl. Zubauvolume n gerundet, unter Berücksichti-gung der voraussichtl. Entwicklung bis 2012 sowie der Standort-planungen
Martin-Behaim-Schule **1.289 TaS** incl. Fachschule	7.734 m²	5.486 m²	1.300	7.800 m²	2.300 m²
Friedrich-List-Schule **1.113 TaS**	6.678 m²	5.500 m²	1.150	6.900 m²	1.400 m²
Heinrich-E.-M.-Schule **998 TaS**	5.988m²	5.880 m²	1.060	6.360 m²	480 m²
Alice-Eleonoren-Schule **842 TaS**	5.202 m²	4.910 m²	870	5.220 m²	5.220 m²
Summe: TaS 4.242	**25.602 m²**	**16.866 m²** + . 4.910 m²	**4.380**	**26.280 m²**	**9.400 m²**

erforderliches Zubauvolumen Bürgerpark Nord 9.400 m²
zzgl. Multifunktionsräume sowie Aula / Mensa: 600 m²

HNF : 10.000 m²

⇨ 10.000 m² abzügl. 3.000 m² , die im Rahmen der Schulbausanierung im Abschlussbau entstehen sollen **= 7.000 m² HNF für Neubau Solitär**

⇨ 7.000 m² x 1,69 ⇨ **11.830 m² BGF**

Zubauvolumen Szenario A, Variante Magenta, Standort Bürgerpark Nord gesamt: 7.000 m² HNF

HNF (Hauptnutzfläche) / BGF (Brutto Geschossfläche) = 1 / 1,69 → **BGF = 11.830 m²**

BRI (Brutto Rauminhalt) / BGF (Brutto Geschossfläche) = 4,00 → **BRI =** rund **47.320 m³**

Grobkostenberechnung
gem. Da Bau Hessen (Orientierungswerte) KG 200-700 der DIN 276

Unter Zugrundelegung des gleichen Kostenansatzes wie im Gutachten
Voraussichtliche Kosten (Orientierungswerte) , Gesamtkosten i.M., KG 200-700, brutto.
Durchschnittswerte nach DABau-Daten Hessen, BKI-Service, Heinze-Service

Bauteil:	€/m³	€/m²	BRI	BGF	Kosten i.M €
Schulgebäude	445	1.660	43.264	10 816	18.605.000
Mensa / Multifunktion	465	1890	4.056	1.014	1.905.000
Gesamtsumme brutto			**47.320**	**11.830**	**20.510.000**

Zubauvolumen Szenario A, Variante Magenta
Zusammenstellung der Untersuchung beider Standorte
(bei Auflösung sämtlicher Dependancen , außer Kleintechnikum Peter-Behrens-Schule)

Gesamtvolumen incl. Sporthalle und Tiefgarage:

HNF: 14.500 m²
BGF: 25.710 m²
BRI: 98.130 m³

Kosten: 39.760.000,- € **rund 40 Mio. €**

Durch die Entscheidung der Verlegung des Schulstandortes für das Berufsfeld Agrarwirtschaft reduziert sich der voraussichtliche Flächenbedarf um ca. 1.000 m² HNF gegenüber der Berechnung in der 1. Entwurfsvorlage. Weiterhin haben sich die zunächst prognostizierten Zahlen (Trendfortschreibung) von rd. 1 % / Jahr nicht in dieser Höhe verifiziert. Der Zuwachs an TaS betrug in den vergangenen 3 Jahren nur rd. 0,5 % i.M. , so dass dieser Faktor nun als Basis für die Hochrechnung zugrunde gelegt wurde.

Aufgrund steigender Baupreise sowie der Erhöhung der Mehrwertsteuer kann der Finanzierungsbedarf weiter steigen. Da jedoch die Raumprogramme noch zu konkretisieren sind und die organisatorische Überprüfung affiner Berufe als nächster Umsetzungsschritt ansteht, weiterhin über Nutzungsrochaden z.B. für den Bereich PTA nachgedacht werden muss, kann der o.a. Erweiterungsbedarf sowie die damit verbundenen Kosten ohnehin nur als Orientierungsrahmen dienen.

Refinanzierung durch Veräußerung der freiwerdenden Schulstandorte und Grundstücke

Grundstücksgrößen:

Kapellplatz:	3.698 m²
Martinstraße:	17.092 m²
Herrmannstraße:	1.568 m²
Riedeselstraße:	(723 m²)
Summe	22.358 m²
	(23.081 m²)

Das städtische Vermessungsamt wurde mit der Einschätzung des Verkaufswertes dieser Liegenschaften beauftragt, die zu folgenden Ergebnissen führte:

Kapellplatz:	nach Abzug weiterer Erschließungsflächen sowie den Kosten für den Abbruch des Gebäudebestandes verbleibt ein Verkaufserlös von ca: **1.000.000,- €**
Martinstraße:	Unter Berücksichtigung des Aufwandes für eine erf. Änderung des Bebauungsplanes sowie der anschließenden Erschließung des Geländes mit den dazu erf. Geländeabzügen von ca. 1/3 sowie den Erschließungskosten können verblieben der Stadt im Verkaufsfall ca : **5.360.000,- €**
Herrmannstraße:	nach Abbruch des Gebäudebestandes verbleiben rd.: **700.000,- €**
Riedeselstraße:	steht derzeit nicht zur Disposition, da durch Kunstschaffende genutzt, möglicher Gewinn incl. Abbruch: **300.000,- €**

Die Refinanzierungspotential durch Geländeverkauf liegt nach den Ergebnissen dieser Voruntersuchung / Einschätzung durch die Fachämter zwischen 7 – 8 Mio. €.

A5 Anforderungen an BEP aus der konstituierenden Sitzung

Diskussionspunkte	Erreichter Stand
1. a) Die Planung beinhaltet: IST-Stand Demografie Ausbildungsangebote Ausbildungsnachfrage Schulprofile Prognose auf 2010 b) Entwicklungsvorschläge: Raumbedarf / Ressourcen / Pädagogische Qualität	erfüllt, vgl. Kapitel 2.1 2.2 2.2 2.2 4. 3.1 (Verändert auf 2012) 3. Kapitel insgesamt
2. Die Einzelteilpläne beschreiben: Quantitative Entwicklung Qualitative Entwicklung (Schulprofile) Mögliche schulorganisatorische Maßnahmen	erfüllt, vgl. Kapitel 4.1 – 4.6 4.1 – 4.6 v.a. 3.3 und 3.4
3. Es wird ein Dialog mit Schulmitgliedern stattfinden	erfüllt, vgl. Kapitel 1.2
4. Regionaler Ansatz unter Einbezug von Wissenschaftsstadt Darmstadt, SSA, Schulleitungen, Kammern, nicht duale Partner	1.2 zusätzlich Personalrat, LGS, Planungsreferentin DA-Di. bisher ohne einzelne duale Partner
5. Innovationsfelder Schulautonomie, Regionale Kompetenzzentren und Lernende Region	allgemein berücksichtigt, v.a. 3.3
6. Es sollen verschiedene Szenarien entwickelt werden	3.3 – 3.5
7. Es sollten „Leitziele“ für die Arbeit formuliert werden	Konsensbereiche und Kriterien v.a. bei Workshop-3 entwickelt
8. „ergebnisoffener Ansatz“ und prozesshafte Entwicklung, die Querdenken erlaubt	erfüllt
9. Prozessqualität so gestalten, dass befriedigende Outputs erreicht werden	erfüllt
10. Berücksichtigung derjenigen Jugendlichen, die aus den unterschiedlichen Schulformen herausfallen	u.a. 2.2
11. Zielgruppe „benachteiligte Jugendliche“ sollte extra ausgewiesen sein.	u.a. 2.2
12. Übergänge von allgemein bildenden zu beruflichen Schulen sollte berücksichtigt werden	erfüllt, u.a. 2.2

Diskussionspunkte	Erreichter Stand
13. Einbindung der Jugendberufshilfe ab dem 2. oder 3. Workshop	erfüllt ab Workshop-4
14. Der Schulträger muss „Setzungen“ vorgeben	erfüllt: „keine Neuaufnahme der Diskussion um den ‚vierten Riegel‘“. Alles Weitere wäre Widerspruch zu 8.!
15. Einbindung des SSA als Perspektiventräger	erfüllt
16. Festschreiben von Eckpunkten	1.3 und 3.1
17. HLT-Studie zur Wirtschaftsentwicklung der Region beachten	2. Kapitel insgesamt
18. Optimierung des Gesamtsystems und Zielformulierungen für Schulgrößen, Dependancen, Berufsfelder	Konsensbereiche und Kriterien v.a. bei Workshop-3 entwickelt
19. Gebäudefrage von Anzahl der Schulen / organisatorischen Einheiten trennen	3.3 – 3.5
20. Hinzuziehung von Experten und deren Rolle	v.a. Workshop-1
21. Politische Befindlichkeiten sollen den Prozess nicht behindern	erfüllt, trotz BTW in 09/02 und LTW in 02/03

Anhang 1

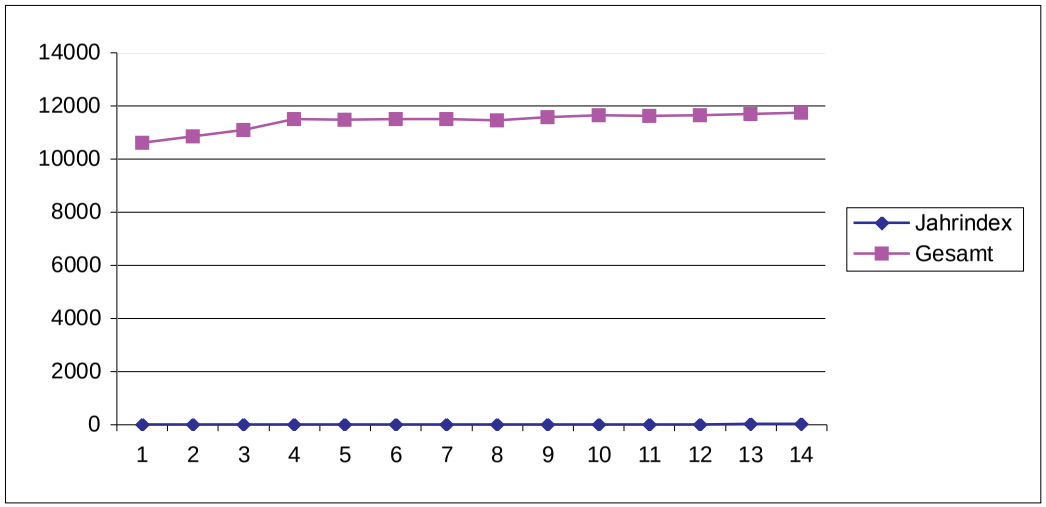
Trendberechnung
Städtebauliches Gutachten
Sanierungskonzept

Gesamt-Trend Schülerzahlenentwicklung

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Gesamt	10.610	10.847	11.089	11.499	11.462	11.491	11.498	11456	11578	11640	11606	11649	11685	11727

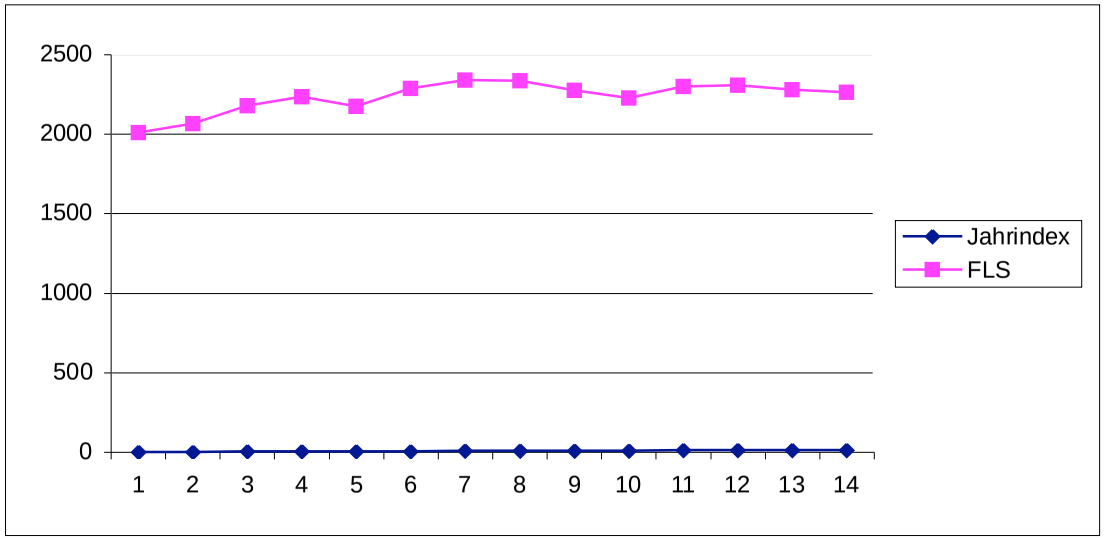
Summe Einzelvergleiche

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
AES	944	999	982	1015	978	922	1025	1063	1054	1069	1083	1119	1150	1154
EKS	1591	1608	1637	1673	1776	1770	1714	1759	1745	1761	1770	1756	1764	1776
FLS	2008	2067	2176	2236	2173	2286	2337	2334	2275	2228	2300	2305	2277	2263
HEMS	1147	1223	1265	1381	1381	1428	1387	1323	1375	1399	1373	1367	1360	1370
MBS	2212	2190	2194	2247	2244	2244	2243	2234	2173	2216	2194	2182	2169	2158
PBS	2708	2760	2835	2947	2910	2841	2792	2743	2956	2967	2889	2921	2965	3003
Gesamt	10610	10847	11089	11499	11462	11491	11498	11456	11578	11640	11609	11650	11685	11724
Abweichung in %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0



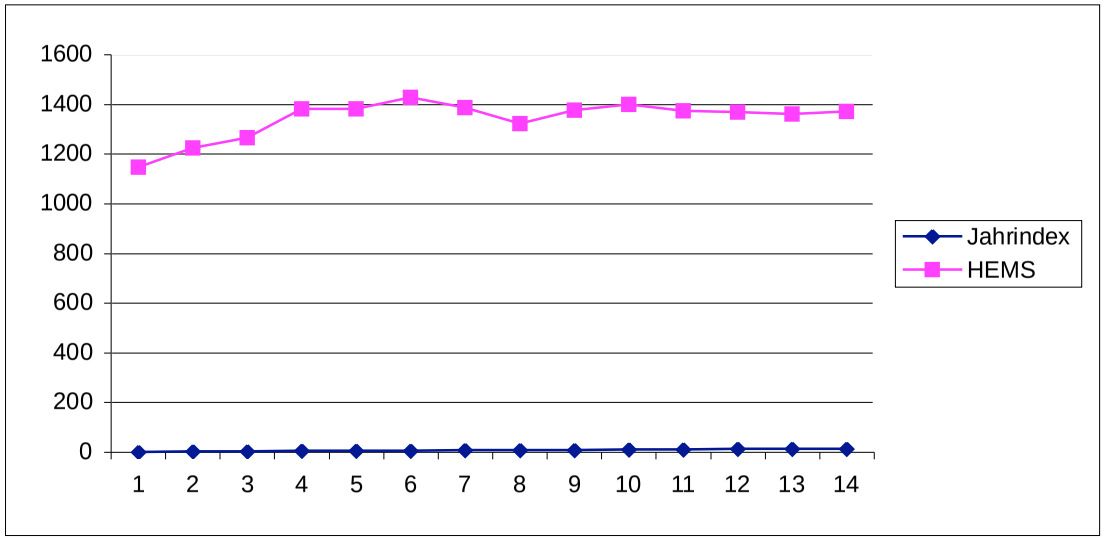
FLS-Trend Schülerzahlenentwicklung

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
FLS	2.008	2.067	2.176	2.236	2.173	2.286	2.337	2334	2275	2228	2300	2305	2277	2263



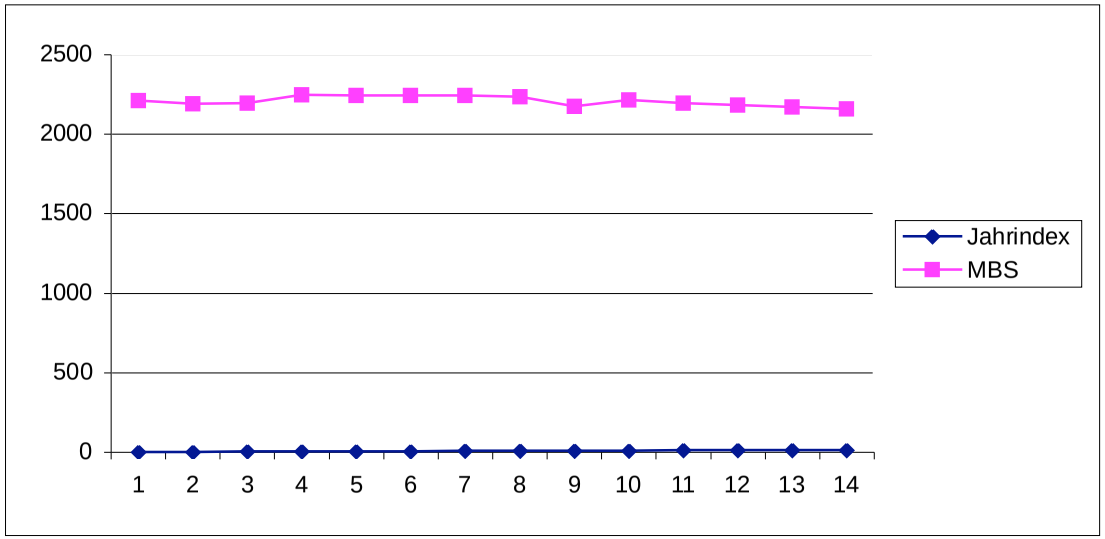
HEMS-Trend Schülerzahlenentwicklung

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
HEMS	1.147	1.223	1.265	1.381	1.381	1.428	1.387	1323	1375	1399	1373	1367	1360	1370
														-0,0123



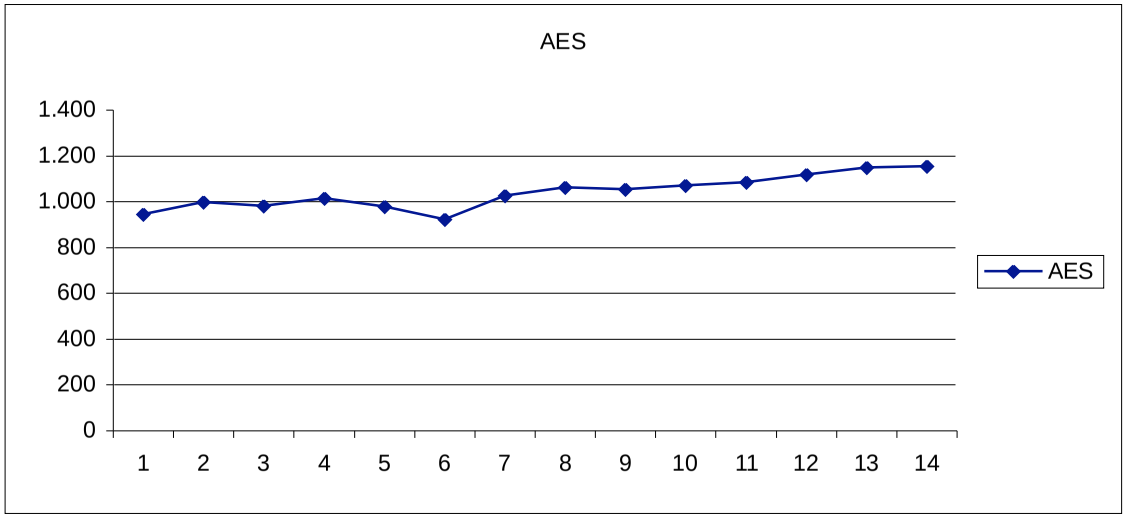
MBS-Trend Schülerzahlenentwicklung

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
MBS	2.212	2.190	2.194	2.247	2.244	2.244	2.243	2234	2173	2216	2194	2182	2169	2158



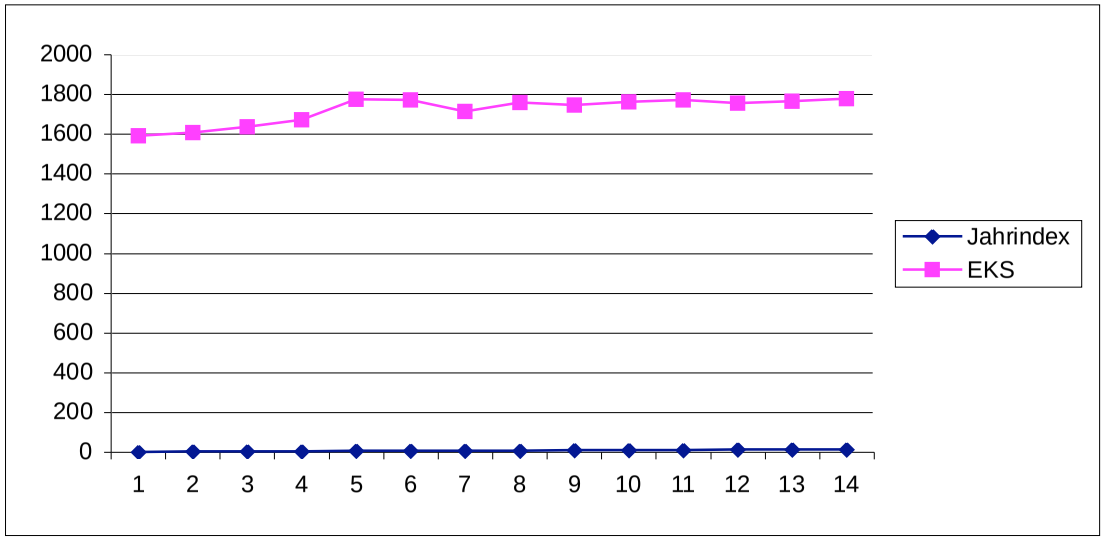
AES-Trend Schülerzahlenentwicklung

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
AES	944	999	982	1.015	978	922	1.025	1063	1054	1069	1083	1119	1150	1154



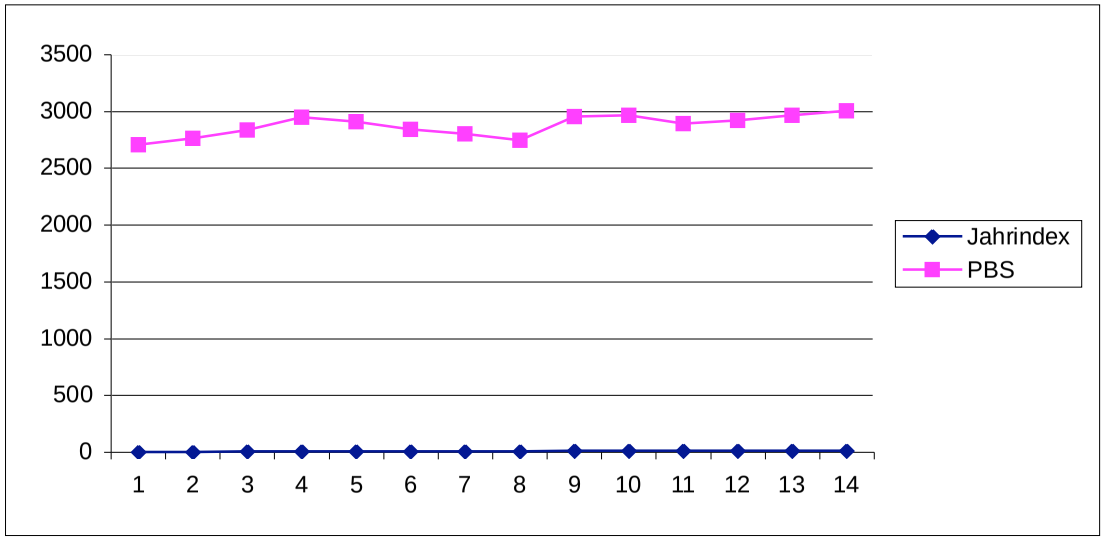
EKS-Trend Schülerzahlenentwicklung

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
EKS	1.591	1.608	1.637	1.673	1.776	1.770	1.714	1759	1745	1761	1770	1756	1764	1776



PBS-Trend Schülerzahlenentwicklung

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
PBS	2.708	2.760	2.835	2.947	2.910	2.841	2.802	2743	2956	2967	2889	2921	2965	3003

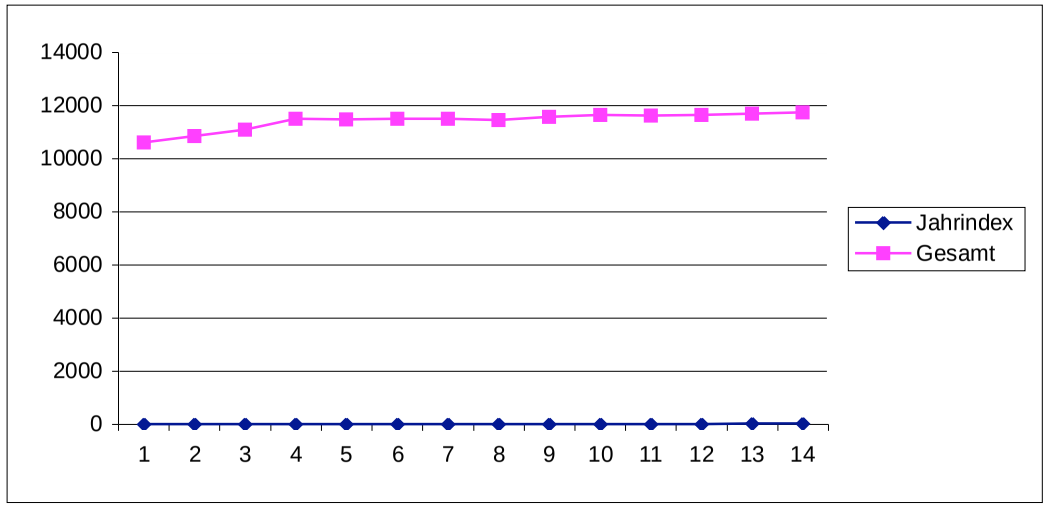


Gesamt-Trend Schülerzahlenentwicklung

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Gesamt	10.610	10.847	11.089	11.499	11.462	11.491	11.498	11456	11578	11640	11606	11649	11685	11727

Summe Einzelvergleiche

Schuljahr	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2007	2008	2009	2010
Jahrindex	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
AES	944	999	982	1015	978	922	1025	1063	1054	1069	1083	1119	1150	1154
EKS	1591	1608	1637	1673	1776	1770	1714	1759	1745	1761	1770	1756	1764	1776
FLS	2008	2067	2176	2236	2173	2286	2337	2334	2275	2228	2300	2305	2277	2263
HEMS	1147	1223	1265	1381	1381	1428	1387	1323	1375	1399	1373	1367	1360	1370
MBS	2212	2190	2194	2247	2244	2244	2243	2234	2173	2216	2194	2182	2169	2158
PBS	2708	2760	2835	2947	2910	2841	2792	2743	2956	2967	2889	2921	2965	3003
Gesamt	10610	10847	11089	11499	11462	11491	11498	11456	11578	11640	11609	11650	11685	11724
Abweichung in %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0



Berufsschulzentrum (BSZ) Mornewegstrasse Darmstadt

Städtebauliches Gutachten und Machbarkeitsstudie zur Standortentwicklung

gem. Berufsschulentwicklungsplan (BEP)

Februar 2004

Auftraggeber: Stadt Darmstadt, Schulamt

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA Klie + Pilz
64289 Darmstadt
Arheilgerstr. 52
Tel. 06151 / 79404
Fax 06151 / 77174
mail ag5@ag5-architekten.de

BSZ Berufsschulzentrum Darmstadt
Städtebauliches Gutachten zur Standort-Entwicklung Mornewegstrasse

Inhalt	Text	Pläne / Karten
0.	Grundlagen	
0.1	Ausgangssituation und Ziele	Übersicht Standorte
0.2	Aufgabenstellung	
0.3	Berufsschul-Entwicklungsplan	Übersicht Ziele
0.4	Programm und Bedarf, Flächendaten	
1.	Bestand	
1.1	Ortsbegehung	Luftfoto
	Bestandsaufnahme gem. Augenschein	Bestandsfotos
		Fotostandorte
1.2	Standortanalyse Städtebaulicher Umgriff	
1.2.1	Bau- und Nutzungsstruktur	Nutzungen
1.2.2	Bau- und Planungsrecht	Bebauungsplan W 3
1.2.3	Entwicklungstendenzen	Entwicklungstendenzen
1.3	Standortanalyse Schulgelände	
1.3.1	Bebauung und Nutzung	Gebäude und Zugänge
1.3.2	Bestandsdaten	
1.3.3	Freiflächen, Erschließung und Parken	Freiflächen und Erschließung
1.3.4	Entwicklungspotentiale	Entwicklungspotential Bebauung
1.3.5	Zwänge und Zielkonflikte	Entwicklung Freiflächen
2.	Städtebauliche Strukturkonzepte	
2.1	Konzeptionelle Ansätze und Ziele	
2.1.1	Übergeordnete Ziele	
2.1.2	Bauweisen: Alternative Städtebauliche Konzepte	Alternative Konzepte 1 - 6
2.1.3	Nurtzung: Alternative Konzepte	Alternative Nutzungsverteilung 1 - 6
2.2	Bebauungsvarianten A und B	
2.2.1	Variante A , Erläuterung und Bewertung	Bebauungsvariante A
2.2.2	Variante B , Erläuterung und Bewertung	Bebauungsvariante B
2.2.3	Bauabschnitte	
2.3	Zusammenfassung	
3.	Bauliches Konzept	
3.1	Vorzugsvariante	Schema-Grundrisse Erdgeschoß
3.1.1	Bebauung und Nutzung	Schema-Grundrisse Obergeschosse
3.1.2	Maß der Nutzung	Schema-Grundriss UG / TG
3.1.3	Erschließung und Parken	Schematische Schnitte
3.1.4	Grün- und Freiflächen	
4.	Resumee, Ausblick	

0. Grundlagen

0.1 Ausgangssituation, Ziele

Zur Zeit sind in Darmstadt die berufsbildenden Schulen der verschiedenen Zweige auf zahlreiche Standorte im Stadtgebiet verstreut. Dies resultiert aus (teilweise lang zurückliegenden) Vorgaben bzw. räumlichen Gegebenheiten. Zwar haben sich hieraus mit der Zeit zwei Schwerpunkt-Standorte entwickelt, jedoch ergibt sich hieraus immer noch eine unbefriedigende Gesamtsituation, die sich sowohl für Betroffene als auch für Verwaltung, Organisation und Unterhaltung belastend und unwirtschaftlich erweist und sich auf die Ausbildungsqualität negativ auswirken könnte.
Im Rahmen eines neuen Berufsschul-Entwicklungsplanes sollen diese Mißstände weitgehend behoben werden. Ziel ist es, die Berufsschulen in Darmstadt an den beiden wichtigsten bestehenden Standorten
- Bürgerpark Nord und
- Mornewegstrasse

zu konzentrieren und zu einem regionalen Bildungszentrum auszubauen.
Beide Standorte bieten voraussichtlich in unterschiedlichem Maß jeweils ausreichend räumliches Entwicklungspotential um dieses Oberziel zu gewährleisten.

0.2 Aufgabenstellung

Ziel vorliegender Untersuchung ist es, für den Teil-Standort Mornewegstrasse zu klären, ob in diesem Gebiet die gem. Berufsschul-Entwicklungsplan hier fach- und bedarfsbezogen anzuordnenden Flächen städtebaulich und funktional angemessen und verträglich angeordnet werden können. Dabei sind Flächen aus ggf. aufzulösenden Standorten mit einzubeziehen.
Im Bereich Mornewegstrasse steht neben den bisherigen Grundstücksflächen das durch kürzlichen Erwerb hinzugewonnene Grundstück/Flurst. 250/1 für Erweiterungszwecke zur Verfügung.
Vorl. Standortuntersuchung erfolgt in Form diverser Szenarios bzw. in Varianten/Alternativen mit Bewertung und Ausarbeitung einer Vorzugs-Variante.

1. Bestand

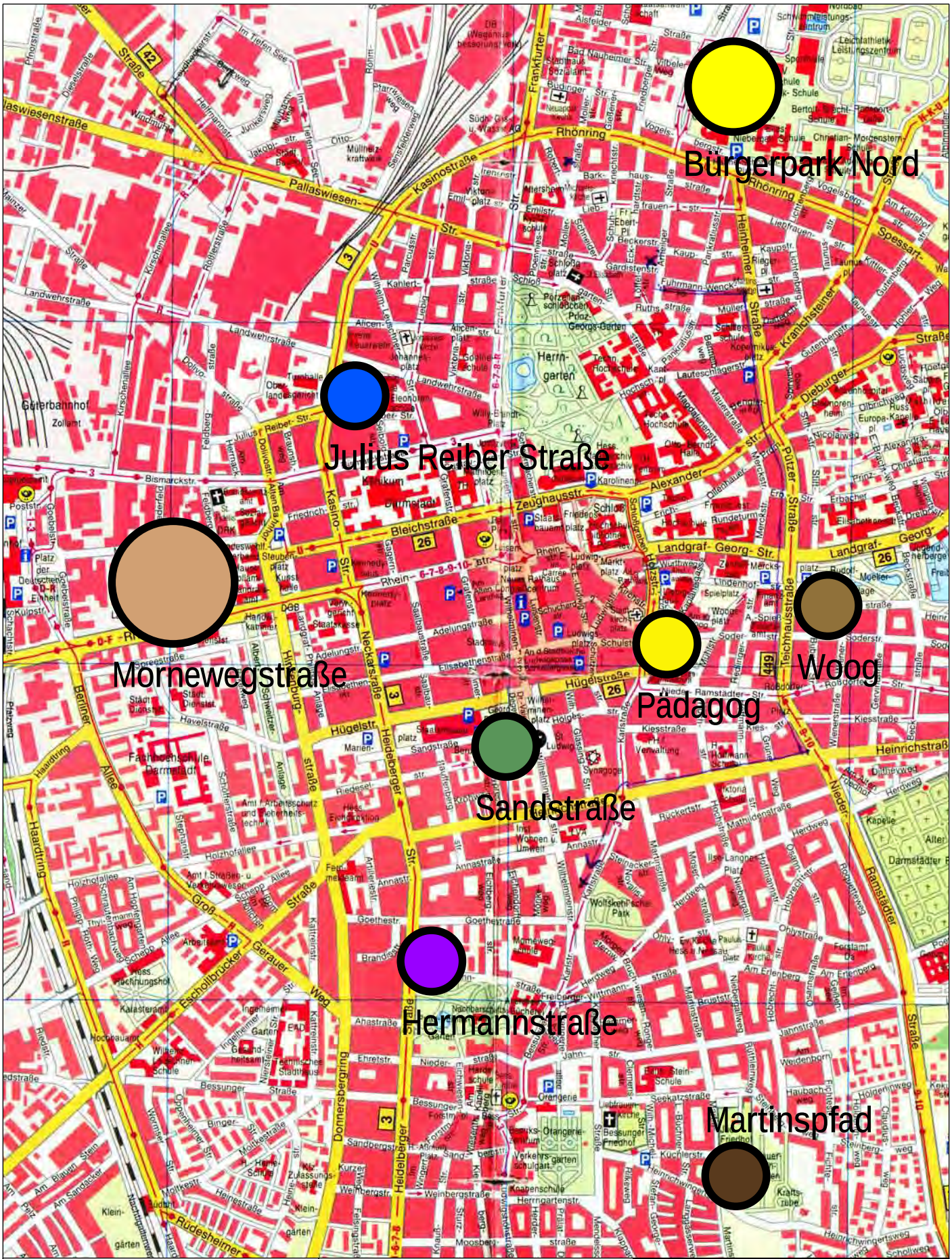
1.1 Ortsbegehung, Bestandsaufnahme nach Augenschein

Das Schulgelände der Peter-Behrens-Schule / Erasmus-Kittler-Schule liegt im westlichen Innenstadt-Randbereich und somit auch in der sog. "Weststadt" Darmstadts zwischen Rheinstrasse, Hauptbahnhof, Mornewegstrasse und Feldbergstrasse. Im Süden grenzt es an die Anwesen des "Hauses der Landwirtschaft", der IHK, der GMD und an eine Tankstelle. Im Westen wird das Gelände begrenzt durch ehemalige Industrie- und Gewerbeflächen, die derzeit in Umwandlung befindlich sind. Die Zugänge erfolgen von der Mornewegstrasse aus, die das Grundstück im Norden begrenzt. Die Andienung erfolgt über eine parallel zur südlichen Grundstücksgrenze verlaufende Erschließungsstrasse von der Feldbergstrasse aus.

Innerhalb des Geländes befindet sich im westlichen Teilbereich die Erasmus-Kittler-Schule, bestehend aus einem 4-geschossigen, winkelförmigen Hauptgebäude (Baujahr 1959), an das sich südlich zwei eingeschossige Werkstattgebäude mit dazwischenliegenden Höfen anschließen. Nördlich des Hauptgebäudes befindet sich innerhalb der Grün- und Pausenflächen ein H-förmiger , eingeschossiger, provisorischer Klassenpavillon und ein zweigeschossiges Wohngebäude (ehem. HM-Wohnung).

Die östliche Hälfte des Grundstücks wird von der Peter-Behrens-Schule eingenommen, bestehend aus einem 5-geschossigen Hauptgebäude (Baujahr 1959) mit Innenhof, einem Verbindungsbau zur EKS und einem eingeschossigen Werkstattgebäude mit Werkhof im Süden. Ebenfalls zur PBS gehörig ist ein Holzschuppen im Bereich des östlichen Parkplatzes.

Die Freibereiche umfassen im Norden, Nordwesten und Nordosten weitläufige Grün- und Pausenflächen mit teilweise altem Baumbestand, sowie im Süden zwischen den Werkstätten insgesamt 4 asphaltierte Werkhöfe. Im Zufahrtsbereich an der Feldbergstrasse besteht im Anschluß an den Werkhof ein größerer ungepflasterter Parkplatz.



AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt

Tel : 0 61 51 - 7 94 04
Fax : 0 61 51 - 7 71 74
e-mail : ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

Auftrag: Stadt Darmstadt

Übersichtskarte
Standorte, Bestand
M 1: 15.000

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten

0.3 Berufs-Schul-Entwicklungsplan BEP

Nach derzeitigem Stand des Berufs-Schul-Entwicklungsplanes besteht insgesamt ein grundsätzlicher allgemeiner Fehlbedarf an Flächen von ca. 3.295 qm HNF zum Schuljahr 2003/04.
Hierin nicht berücksichtigt sind Flächen, die aus aufzugebenen oder zu verlagernden Standorten resultieren und an den jeweiligen neuen Hauptstandorten zusätzlich neu geschaffen werden müssten.

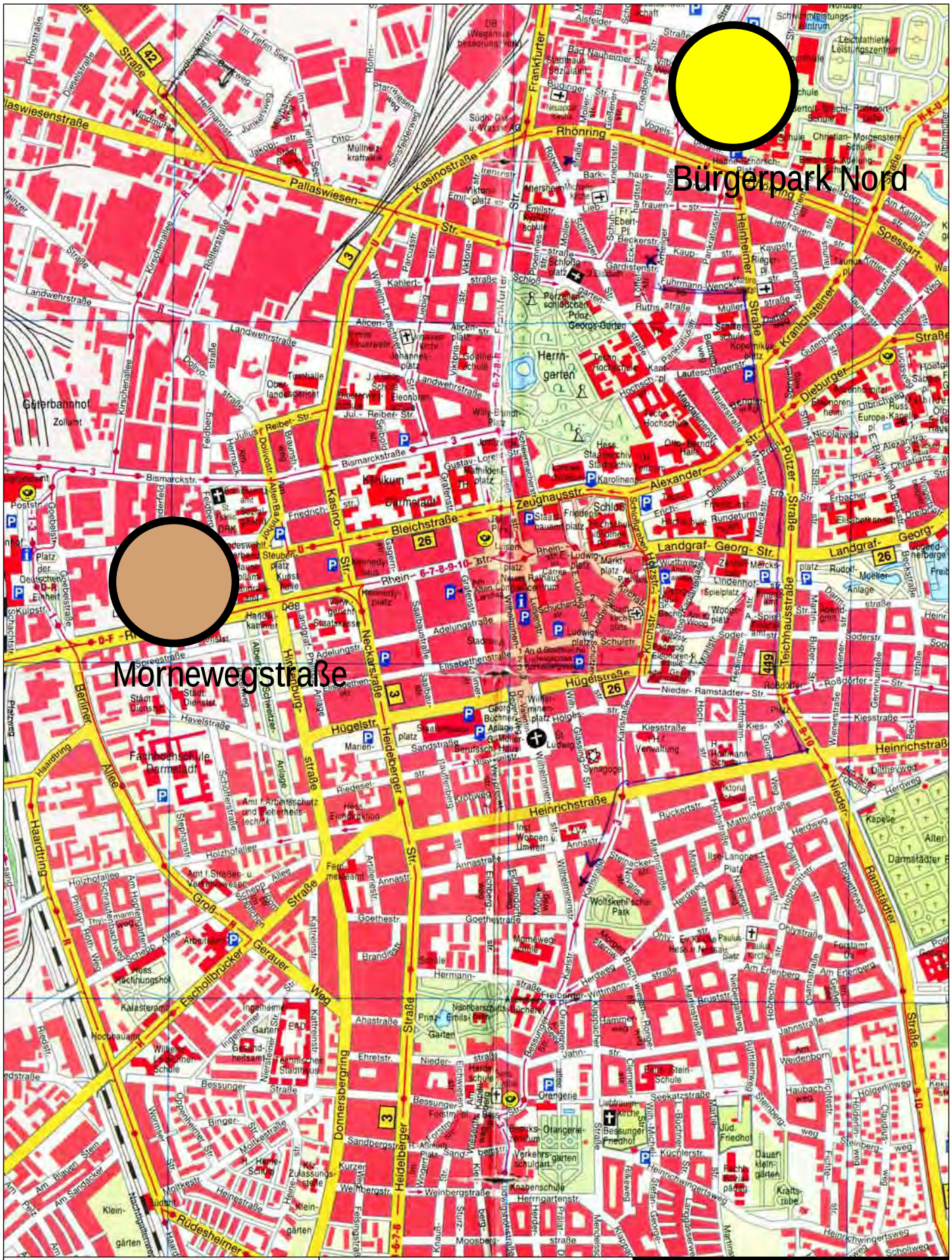
Grundlage für die vorliegenden baulichen Voruntersuchungen am Standort Mornewegstrasse ist die Variante "Magenta" des Berufs-Schul-Entwicklungsplanes.

0.4 Raumprogramm und Bedarf für den Standort Mornewegstrasse, Variante "Magenta"

Planungsdaten gem. Trendfortschreibung bis 2014
Zusätzlich erforderliche Hauptnutzflächen HNF bzw. Bruttogeschoßflächen BGF
(ermittelt auf der Grundlage: 1 TAS = 6,0 qm HNF , BGF = HNF x 1,69) , gerundet :

Erasmus-Kittler Schule EKS	HNF	1.020 qm	BGF	1.725 qm
Peter-Behrens-Schule PBS	HNF	2.330 qm	BGF	3.940 qm
Alice-Eleonoren-Schule AES	HNF	180 qm	BGF	305 qm
Zwischensumme	HNF	3.530 qm	BGF	5.970 qm
Mensa	HNF	970 qm	BGF	1.630 qm
3-Feld-Sporthalle	HNF	1.575 qm	BGF	2.050 qm
Summen	HNF	6.075 qm	BGF	9.650 qm

Stellplätze:
Gem. Stellplatz-Satzung der Stadt Darmstadt sind bei einer Prognose von 1.880 TAS insgesamt ca. 125 Kfz-Stp nachzuweisen sowie ca. 300 Abstellplätze für Fahrräder.



AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt

Tel : 0 61 51 - 7 94 04
Fax : 0 61 51 - 7 71 74
e-mail : ag5@ag5-architekten.de

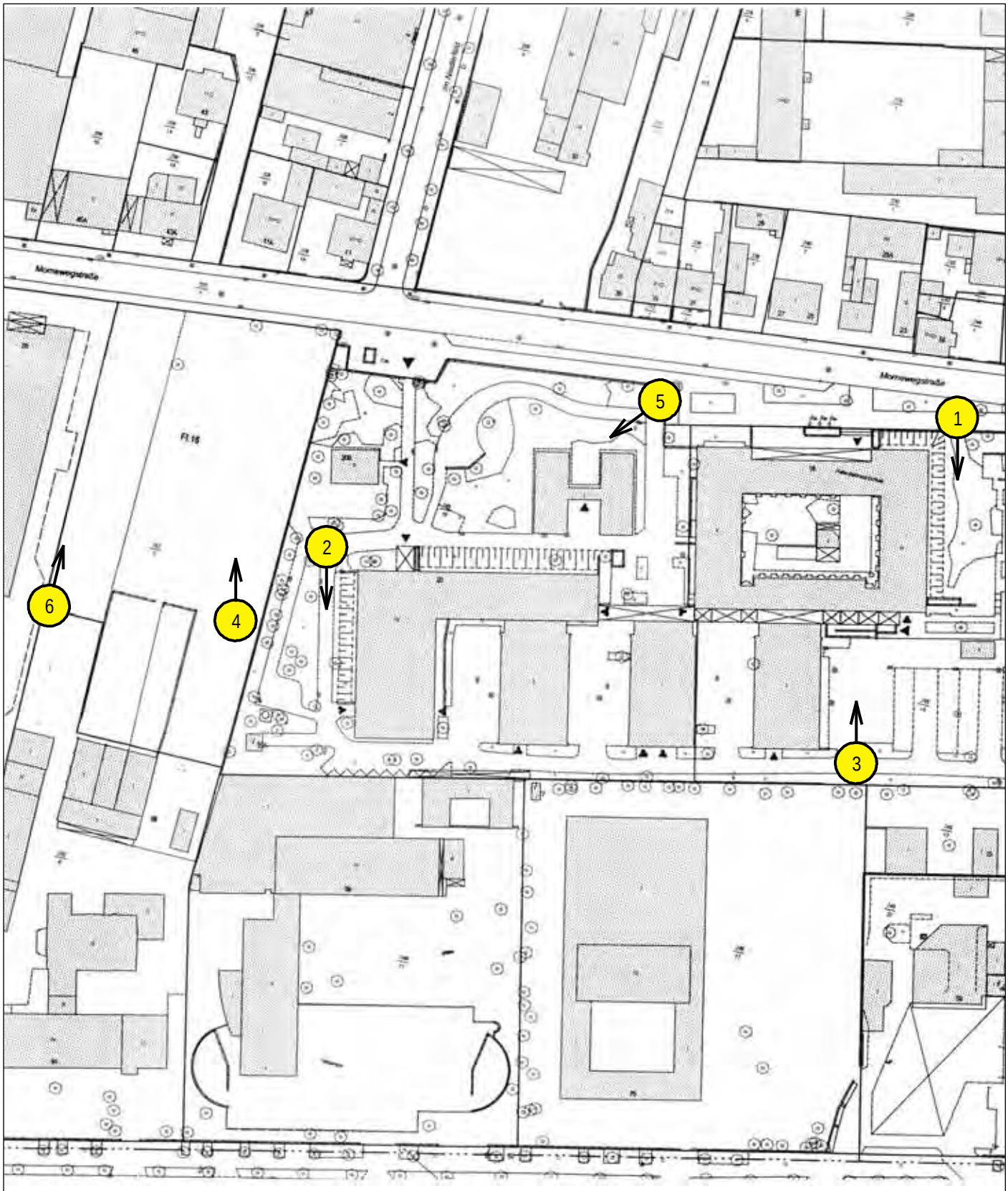
Februar 2004

Auftrag: Stadt Darmstadt

Übersichtskarte
Standorte, Ziele
M 1: 15.000

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten



AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt

Tel : 0 61 51 - 7 94 04
Fax : 0 61 51 - 7 71 74
e-mail : ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

Auftrag: Stadt Darmstadt

Übersichtskarte
Fotostandorte
o. M.

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten

1.2 Standortanalyse Städtebaulicher Umgriff

1.2.1 Bau- und Nutzungsstruktur

Auf den Grundstücksflächen fügen sich die Gebäude aus den 50-iger Jahren in das durch die Rheinstrasse gebildete und dominierte orthogonale Raster der westlichen Stadtteile. Erst westlich der Schulbereiches verschwenken die bestehenden und neuen bzw. im Bau befindlichen Gebäude in die Flucht der Mornewegstrasse, die axial-symmetrisch auf den den alten Hauptbahnhof zuläuft. Dieser Bereich wird geprägt durch eine neue, offene, großvolumige, bis zu 6-geschossige Büro- und Gerwerbebebauung. Die Mornewegstrasse selbst ist auf der Nordseite durch uneinheitliche Bebauung unterschiedlichen Alters und gemischter Nutzung mit zurückliegender Bauflucht gekennzeichnet. Während die östliche Feldbergstrasse durch eine 3-4-geschossige, geschlossene Blockrandbebauung aus den 20-iger Jahren mit Wohnungen begrenzt wird, ist der Bereich zwischen Rheinstrasse und Schulgrundstück charakterisiert durch markante, große Solitärbauten (60-iger bis 80-iger-Jahre) auf großen, durchgrünten Grundstücken mit teilweise altem Baumbestand.
Auch der Schulstandort selbst stellt - trotz kammartiger Werkhallen-Anordnung - den Typus des Einzelbaukörpers in durchgrünter Umgebung dar.

1.2.2 Bau- und Planungsrecht

Das Gebiet liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes W 3 von 1981, in dem für diesen Teil neben der Gemeinbedarfsfläche ansonsten Kerngebiets-Nutzung mit relativ geringer GRZ (0,35), aber hoher zulässiger Geschoßzahl (VII-IX) festgesetzt ist.. Die GFZ beträgt 0,8 im Gemeinbedarfsgebiet .
Zwischen den beiden Nutzungsbereichen besteht eine durch die jeweiligen Bau- bzw. Grundstücksgrenzen gefaßte private Verkehrsfläche, die als Feuerwehrumfahrt und Erschließung der Schulgebäude und Werkstätten dient. Von hier aus ist am westlichen Rand des Geltungsbereiches zur Mornewegstrasse hin ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht vorgesehen.
Die Baugrenzen nehmen die Fluchten der vorhandenen Bebauung auf und umschließen große Baufenster mit festgesetzter offener Bauweise und ansonsten geringen Einschränkungen.

1.2.3 Entwicklungstendenzen

Wie in anderen Bereichen der sog. "Weststadt" in Darmstadt hat sich auch in diesem Planungsumfeld zwischen Schulgelände und Hauptbahnhof in den letzten Jahren ein tiefgreifender Strukturwandel vollzogen.

Die ehemals industrielle Nutzung ist weitgehend durch Gewerbe im Rahmen von Büro- und Dienstleistung in neuen Gebäuden ersetzt worden. Durch die Umgestaltung des Hauptbahnhofsbereiches und neuere bauliche Entwicklungen dort werden sich insgesamt diese Tendenzen verstärken und voraussichtlich fortsetzen.
Dieser Prozess hat auch das Erscheinungsbild der Mornewegstrasse selbst verändert, das jetzt im westlichen Bereich durch hochwertige Verwaltungsbau-Architektur und Allee-artige Freiflächengestaltung geprägt ist. Das zwischenzeitlich zum Schulbereich hinzugewonnene Grundstück 250/1 ist unbebaut und bildet im Rahmen der vorgegebenen Baugrenzen großen Spielraum zur Bebauung und Arrondierung des städtebaulichen Gefüges und zur Deckung des vorauss. Bedarfs für die Berufsschulerweiterungen.
Eine Weiterführung der bestehenden Erschließungsstrasse im südlichen Grundstücksteil nach Westen in Form einer Fußgängerverbindung zum Hauptbahnhof wird angestrebt, allerdings wird dies durch die zwischenzeitlich entstehende Neubebauung auf den Nachbargrundstücken erschwert und müsste ggf. überdacht bzw. neu interpretiert werden.

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

Auftrag: Stadt Darmstadt

Bestand / Luftfoto

o. M.

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt
Tel: 061 51-7 94 04
Fax: 061 51-7 71 74
e-mail: ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

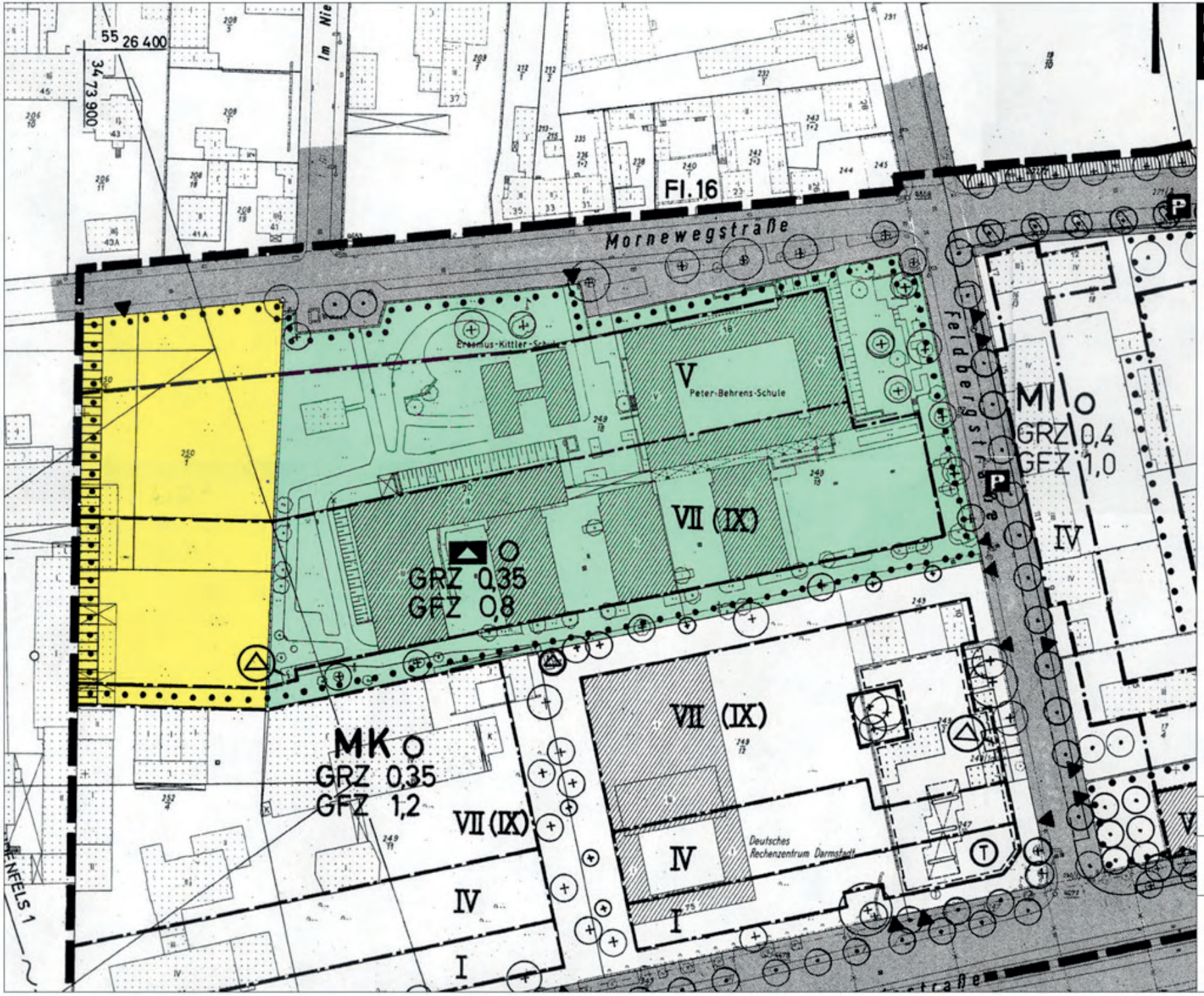
- Berufsschulen Mornewegstraße
- Überwiegend Dienstleistungen Gewerbe Neuordnungsgebiet
- öffentliche Grünfläche
- überwiegend Industrie Neuordnungsgebiet
- Markante Einzelbebauung

Auftrag: Stadt Darmstadt

Bestand / Nutzungen
Städtebaulicher Umgriff
o. M.

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Bürger, Kle, Pilz

Februar 2004



BSZ

Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten

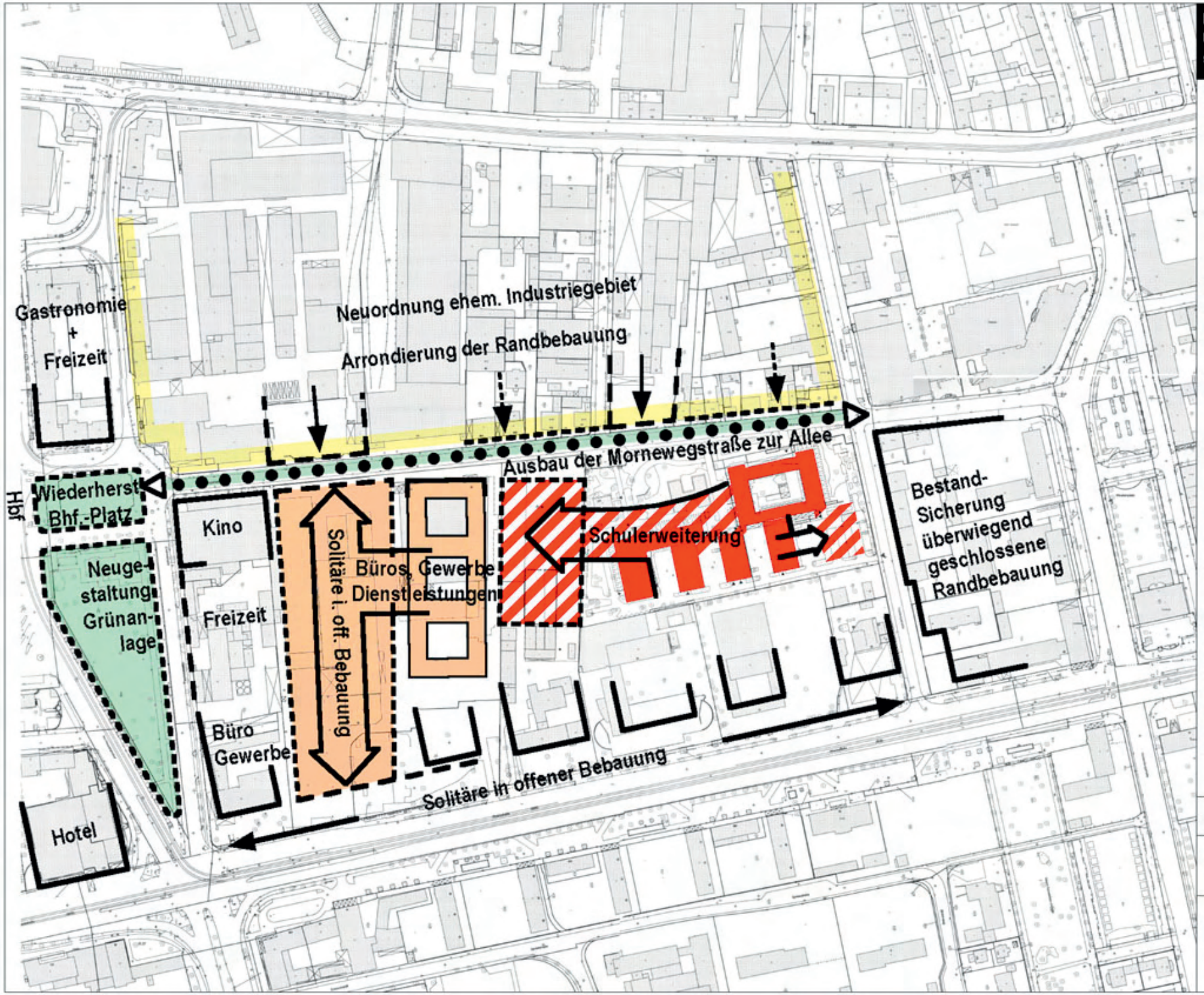
Auftrag: Stadt Darmstadt

Bebauungsplan W3

M 1:1000

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Bottiger, Klie, Pilz

Februar 2004



BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

Auftrag: Stadt Darmstadt

Entwicklungstendenzen Städtebaulicher Umgriff o. M.

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz

Februar 2004

1.3 Standortanalyse Schulbereich

1.3.1 Bestehende Bebauung und Nutzung

Auf den bisherigen Grundstücksflächen mit einer Größe von insgesamt 12.750 qm befinden sich Gebäudegruppen für zwei berufsbildende Schulen, nämlich die Erasmus-Kittler-Schule und die Peter-Behrens-Schule, beide Baujahr 1959.
Zusammen mit allen Nebengebäuden umfaßt die Schulanlage derzeit ca. 12.950 qm BGF. Bezogen auf das derzeitige Grundstück (ohne Neuerwerb) wird die gem. B-Plan zulässige GRZ mit derzeit 0,37 und die zulässige GFZ mit derzeit 1,01 bereits im Bestand geringfügig bzw. erheblich überschritten.

Erasmus-Kittler-Schule (EKS):
In dieser Schule sind in verschiedenen Schulformen derzeit folgende Berufszweige angeordnet: Technik, Metalltechnik, Maschinenbau, Informationstechnik.
Diese Nutzungen verteilen sich auf mehrere Bauteile:
- 4-geschossiges Hauptgebäude mit Verwaltung und Klassen
- zwei 1-geschossige Werkstattgebäude
- ein 1-geschossiger Schulpavillon und
- ein 2-geschossiges Wohnhaus.

Das ehemals 3-geschossige Hauptgebäude ist in den 80-iger Jahren um 1 Geschoß aufgestockt und kürzlich bereichsweise saniert worden (Fassaden, Fenster, Aufstockung) und in überwiegend gutem baulichen Zustand, ebenso wie die Werkstattgebäude. Der aufgrund von Raumnot in den 80-iger jahren aufgestellte, provisorische Klassenpavillon (4 Klassenräume) entspricht in keinem Fall den Anforderungen und ist baufällig bzw. abbruchreif. Das ehemalige Hausmeisterhaus wird im EG zu Wohnzwecken, im OG als provisorischer Unterrichtsraum genutzt, der Bau ist insgesamt stark renovierungs- bzw. sanierungsbedürftig. Am westlichen Grundstücksrand befindet sich außerdem eine Trafostation und ein ehem. Sendemast.

Peter-Behrens-Schule (PBS):
Die PBS verteilt sich derzeit auf 4 verschiedene Standorte in Darmstadt mit Hauptsitz Mornewegstrasse. An diesem Standort vereint die Schule folgende Berufszweige: Baugewerbe, Bautechnik, Naturwissenschaftliche Technik, Gestalt-Berufe.
Diese Nutzungen verteilen sich auf folgende Bauteile:
- 4-geschossiges Hauptgebäude mit Verwaltung, Hausmeister, Klassen etc.
- 1-geschossiges Werkstattgebäude
- Verbindungsbau zu EKS und Werkstatt
- Versuchs-Bauwerk im Innenhof
- Lagerschuppen

Die Gebäudegruppe der PBS befindet sich im Anschluß and die EKS im östlichen Grundstücksteil. Sie wird dominiert vom Hauptgebäude mit schönem Innenhof, in dem sich ein Holz-Versuchsbau befindet, das zu Aufenthalt und Unterricht dient. Der eingeschossige Verbindungsbau zur Werkhalle bzw. zur EKS wird als Schülercafe/Mensa genutzt. Alle Gebäude sind in relativ gutem Zustand.

1.3.2 Bestandsdaten

Grundstücksfläche		12.750	qm		
Neuerwerb Mornewegstrasse 22		5.750	qm		
Summe		18.500	qm		
GRF	EFH	125	qm	(Abbruch)	
	EKS	2.200	qm		
	PBS	2.125	qm		
	Pavillon	250	qm	(Abbruch)	
GRF Summe		4.700	qm	, nach Abbruch:	4.325 qm
BGF	EFH	250	qm	(Abbruch)	
	EKS	5.950	qm		
	PBS	6.500	qm		
	Pavillon	250	qm	(Abbruch)	
BGF Summe		12.950	qm	, nach Abbruch:	12.450 qm

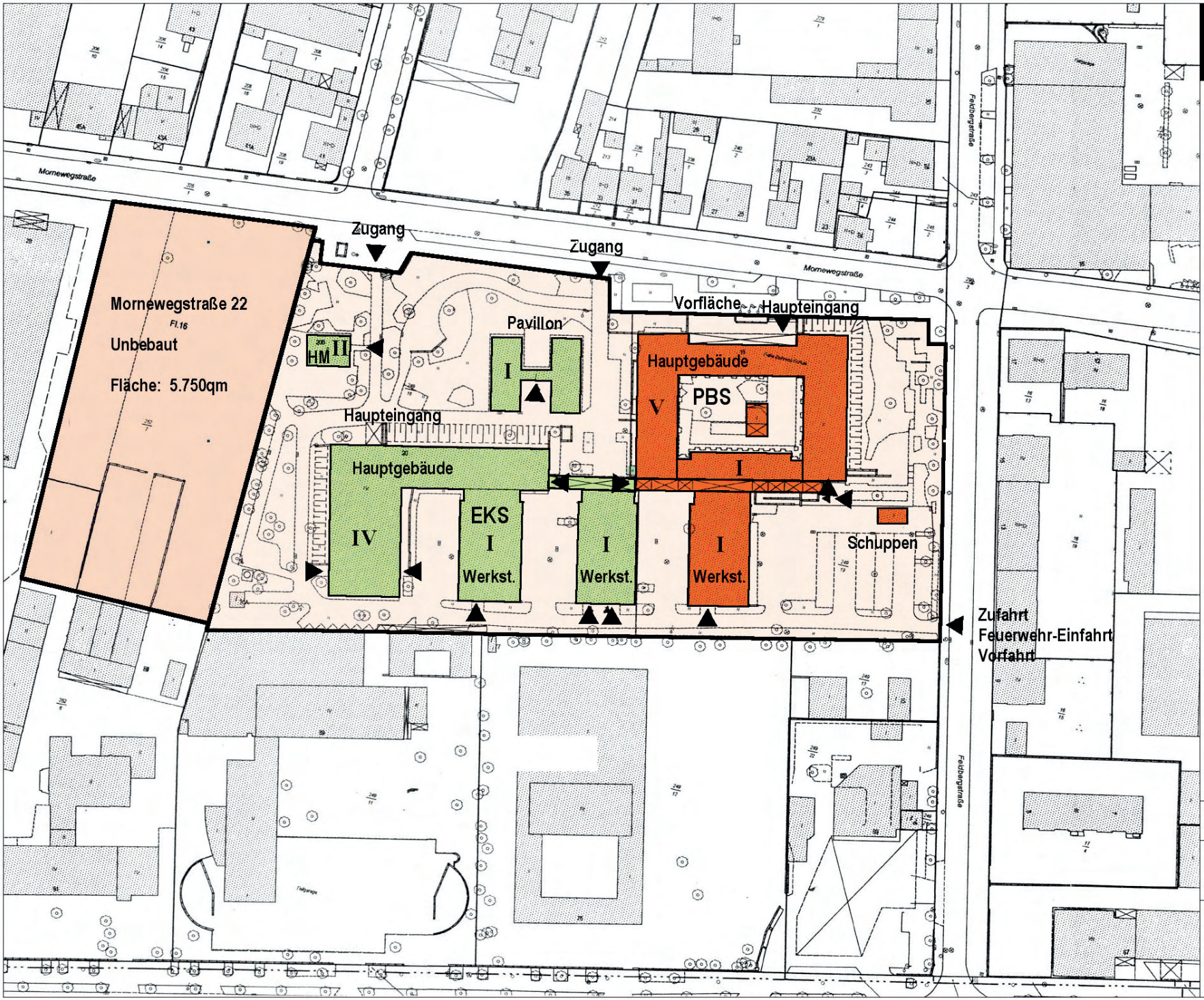
GRZ * 0,37 (zul.: 0,35)
GFZ * 1,01 (zul.: 0,80)

* *Ohne Neuerwerb (Grundstück Mornewegstrasse 22)*

1.3.3 Freiflächen , Erschließung und Parken

Die recht weitläufigen Grün- und Freiflächen vor den Gebäuden an der Mornewegstrasse bzw. an der Feldbergstrasse mit teilweise altem Baumbestand wirken in manchen Bereichen ungenutzt und ungepflegt, da sie mittlerweile als Pausenflächen scheinbar nur noch bedingt genutzt werden. Der Innenhof der PBS ist in gutem Zustand und stark frequentiert. Die übrigen Flächen dienen der Erschließung (Feuerwehrumfahrt) bzw. dem Parken. Das gesamte Gelände wird durch eine Zufahrt von der Feldbergstrasse aus erschlossen. Derzeit stellt sich die Stellplatzsituation wie folgt dar:

Auf dem Schulgelände befinden sich in den asphaltierten Höfen zwischen den Werkstätten und an deren Ostseite vier Parkplätze für Lehrer mit insgesamt ca. 50 Stellplätzen. Diese Flächen sind zum Teil sehr ungepflegt. An der Einfahrt im Ostteil besteht darüberhinaus ein Schotter-Parkplatz, ebenfalls nur für Lehrer und Personal. Stellplätze für Schüler bestehen auf dem Gelände nicht. Für diese besteht eine verbilligte Möglichkeit zum Parken im neuen Parkhaus an der Bahngalerie/Westufer Hbf, die jedoch offenbar nur wenig angenommen wird, da eine große Zahl der Schüler ohnehin mit der Bahn anreist. Am westlichen Grundstücksrand besteht eine Anlage mit Fahrradständern.
Das kürzlich erworbene und unbebaute Grundstück 250/1 ist derzeit noch vom Schulgelände mit einer Mauer bzw. Zaun abgetrennt. Aufgrund der benachbarten Bautätigkeit dient es offensichtlich teilweise zur Baustelleneinrichtung. Die übrigen Flächen sind stark vernachlässigt und wild bewachsen.



BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

Bestandsdaten:

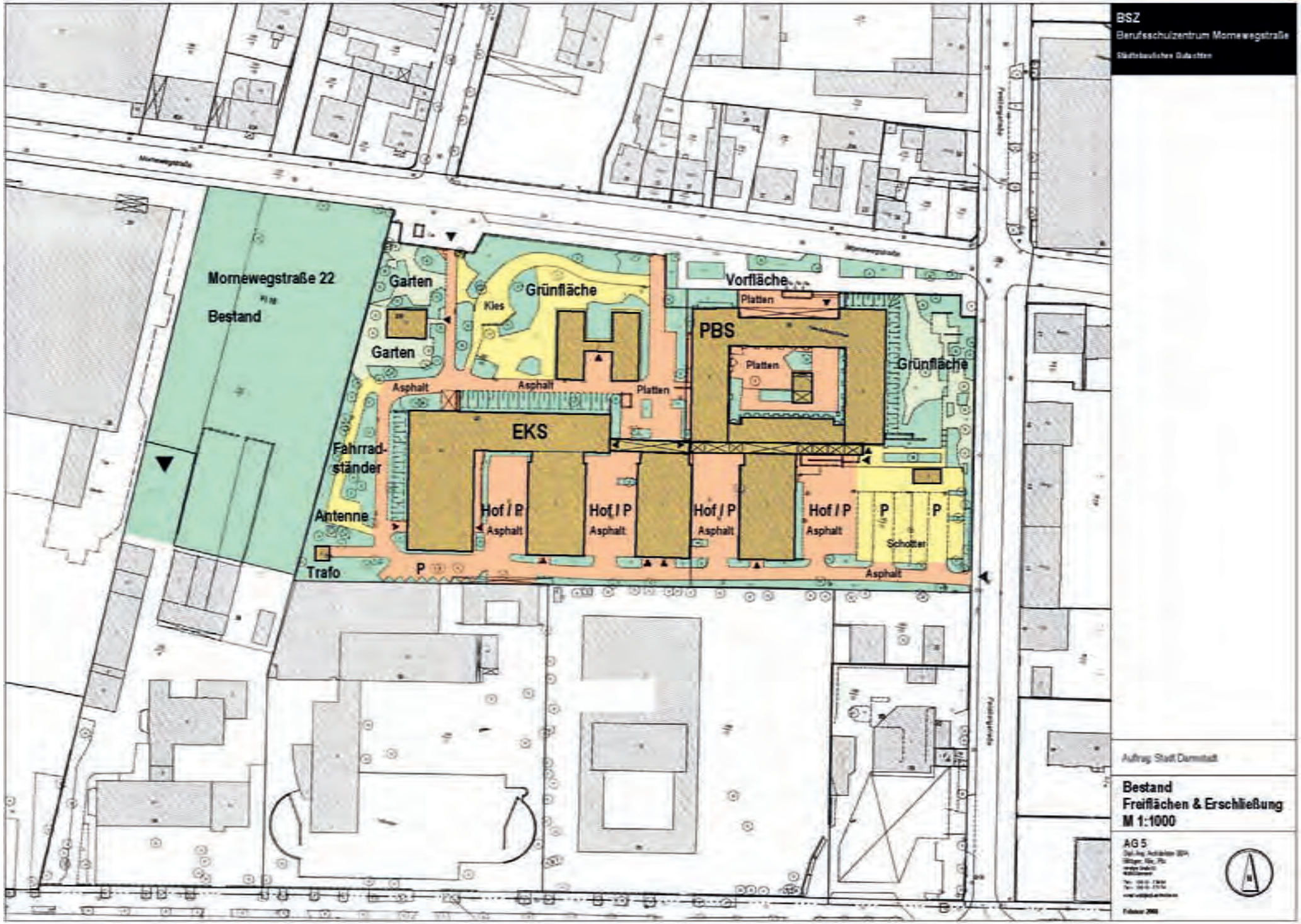
Fläche	12.750qm
GRF	4.328qm
BGF	12.950qm
GRZ	0,37
GFZ	1,01

Auftrag: Stadt Darmstadt

Bestand
Gebäude & Zugänge
M 1:1000

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 63
64289 Darmstadt
Tel.: 06151 - 79404
Fax.: 06151 - 71174
e-mail: ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004



BSZ

Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten

Auftrag: Stadt Darmstadt

Bestand
Freiflächen & Erschließung
M 1:1000

AG 5

1.3.4 Entwicklungspotentiale

Wesentliches Entwicklungs- und Erweiterungspotential ist durch das kürzlich erworbene und unbebaute Grundstück Mornewegstrasse 22 (Fl.St. 250/1) am westlichen Grundstücksrand gegeben.
Insgesamt stehen hier ca. 5.750 qm Grundstücksfläche zur Verfügung, deren Bebaubarkeit durch Baugrenzen und GFZ/GRZ im Bebauungsplan geregelt ist. Hieraus ergibt sich ein möglicher rechnerischer Zuwachs an max ca. 4.600 qm BGF Bruttogeschoßfläche bzw. ca. 2.000 qm GRF *.
Gemäß Bebauungsplan stehen insgesamt max. ca. 2.350 qm BGF Zuwachs zur Verfügung **.

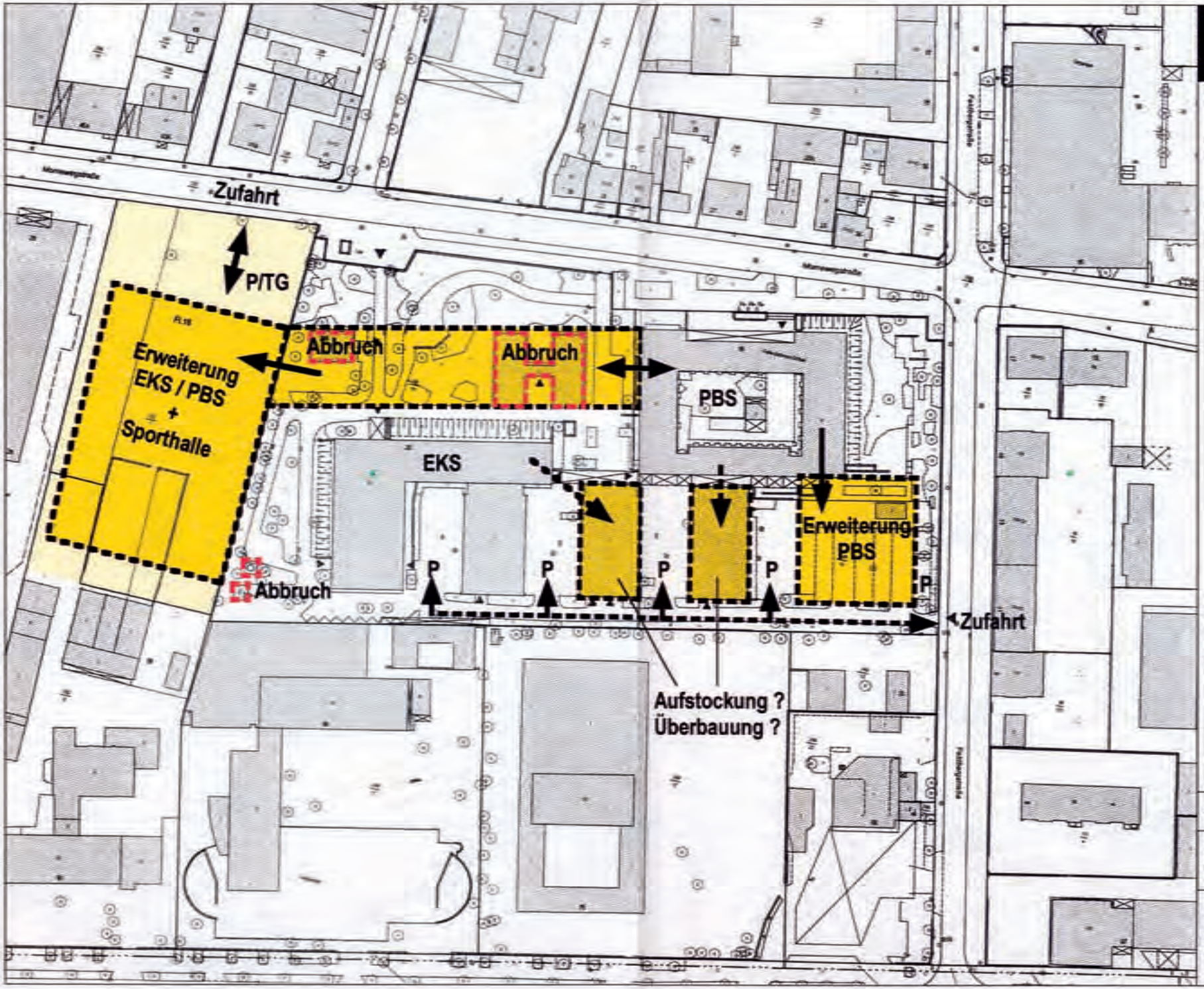
Die an der Mornewegstrasse gelegenen Grün- und Freiflächen sind zwar gem. B-Plan bereichsweise überbaubar, jedoch als Pausenflächen bzw. aus stadträumlichen Gründen erhaltenswert.
Überbaubare Flächen bestehen darüberhinaus im Rahmen der Festsetzungen im Bereich des jetzigen Parkplatzes an der Feldbergstrasse.
Durch entpr. Festsetzung im B-Plan besteht außerdem die Möglichkeit der Aufstockung/ Überbauung vorhandener Gebäude, beispielsweise der Werksttätten. In diesem Zusammenhang ist allerdings eine genauere Bestandsuntersuchung erforderlich.
Das Hausmeisterhaus im Grünbereich sollte mittelfristig zur Disposition gestellt werden, da es einer sinnvollen Gesamtentwicklung im Wege stehen könnte. Der Schulpavillon muß wegen Baufälligkeit abgebrochen werden.
Die gem. Stellplatzsatzung erforderlichen 125 Stellplätze müßten aus Platzgründen überwiegend in einer Tiefgarage angeordnet werden. Die Fahrradstellplätze können vorauss. im Freibereich angeordnet werden (wie Bestand).

* *Bei auf das jeweilige Grundstück bezogener Anwendung der B-Plan-Festsetzungen*
** *Bei auf das Gesamtgrundstück bezogener Berechnung*

1.3.5 Zwänge und Zielkonflikte

Grundsätzlich stehen einer angemessenen und bedarfsgerechten Bebauung im Rahmen der planungrechtlichen Festlegungen (B-Plan)neben den o.a. Daten keine besonderen Einschränkungen gegenüber.
Neben dem beabsichtigten und erforderlichen Umfang und dessen Verteilung sind es vor allem die Nutzungsbezüge und organisatorisch-funktionale Zusammenhänge der Schul- und Unterrichtsbereiche zu- und untereinander, die u.U. eine Entwicklung im angestrebten Maß zumindest bereichsweise begrenzen würden.
Städtebauliche Beschränkungen ergeben sich aus der zwischenzeitlich erfolgten Nachbar-

bebauung im Westen, durch die eine evtl. erwünschte Fortsetzung der west-östlichen Erschließungs- und Fußwegverbindung in Richtung Hbf erschwert bzw. vorauss. behindert wird.
Darüberhinaus bestehen Bindungen nur im Rahmen des Bauordnungsrechts, also z.B. bezüglich Gebäude- und Grenzabstände gem. HBO u.ä.m.
Ein weiterer Zielkonflikt ergibt sich aus der Berechnung der gem. B-Plan möglichen Bruttogeschoß- bzw. überbaubaren Flächen, je nach Anwendung auf das betreffende Grundstück.
Eine für die Grundstücke getrennte Berechnung ergibt einen höheren Zuwachs als bei Berechnung für zusammengefaßte Grundstücksteile. Im ersteren Fall beträgt der Zuwachs max. ca. 4.600 qm BGF für das Grundstück Mornewegstrasse 22.
Bei Zusammenfassung der beiden Grundstücksteile reduziert sich dies auf ca. 2.350 qm BGF, unter Berücksichtigung von Abbruch (siehe 1.3.2 und 1.3.4).
Grund hierfür ist der Umstand, daß auf dem Altgrundstück durch die bereits bestehende Bebauung die B-Plan-Werte für GRZ und GFZ bereits überschritten sind.



BSZ

Berufsschulzentrum Mornewegstraße

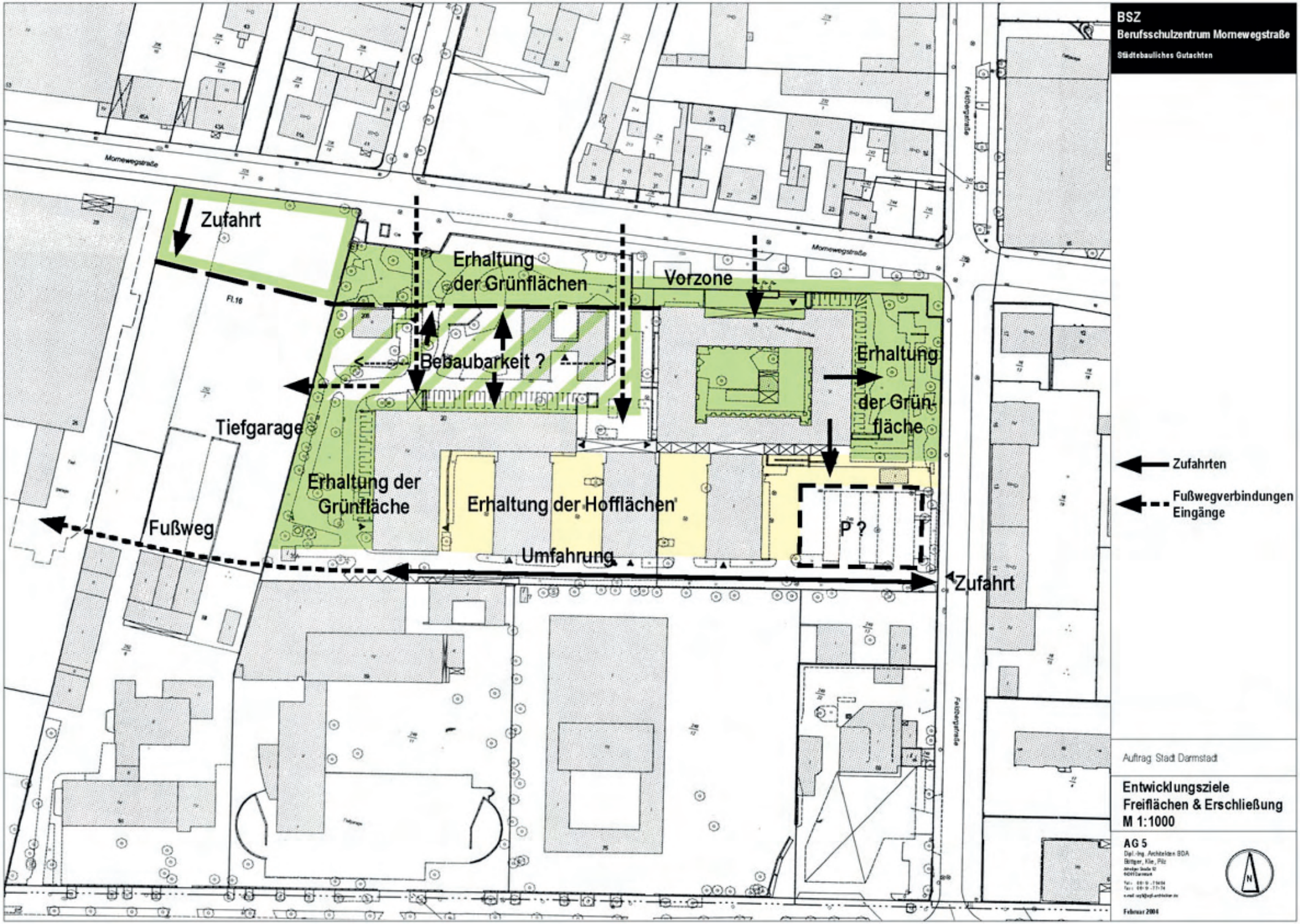
Städtebauliches Gutachten

Flächen-Reserve
gem. B-Plan Nr. W3

Auftrag: Stadt Darmstadt

Entwicklungspotentiale / -Ziele
Bebauung
M 1:1000

AG 5



BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

Auftrag: Stadt Darmstadt

Entwicklungsziele Freiflächen & Erschließung
M 1:1000

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz

Februar 2004

2. Städtebauliches Strukturkonzept

2.1 Konzeptionelle Ansätze und Ziele

Aus der Analyse des städtebaulichen Umgriffs und des Planungsgebietes selbst lassen sich nur bedingt zwingende und eindeutige konzeptionelle Ansätze ableiten.
Gemeinsam ist dem heterogenen Umfeld nur der einprägsame Charakter der Rheinstrasse, die durch offene Bebauung/Solitäre in großzügigem durchgrünter Umgebung gekennzeichnet ist. Die Entwicklungen in der westlichen Mornewegstrasse setzen diese Merkmale und Bauweise in hochverdichteter Form fort.
Grundlage bezüglich des rechnerischen Ansatzes im Hinblick auf die Bebauungsplan-Daten für GRZ und GFZ sollte daher eine getrennte Berechnung für die Grundstücksteile sein (siehe 1.3.5); darüberhinaus sollten auch Überschreitungen ermöglicht werden, wenn dies städtebauliche vertretbare Baumassen gewährleistet. Ein rein rechnerischer Ansatz gefährdet ansonsten konzeptionelle Ober-Ziele und entspricht gleichzeitig nicht den örtlichen Gegebenheiten und den Entwicklungen der letzten Zeit im Gebiet.
Innerhalb des vorgegebenen Rahmens, des Programms sowie der derzeitigen Entwicklungstendenzen ergeben sich übergeordnete Ziele und grundsätzliche Ansätze wie folgt:

2.1.1 Übergeordnete Ziele

- Erhaltung und Weiterentwicklung der Grün- und Freiflächen-Charakteristik mit altem Baumbestand und Park-ähnlichen Merkmalen
- Erhaltung und Ausbau des bestehenden Erschließungs-Systems mit Anschluß/Zufahrt an/von der Mornewegstrasse und von der Feldbergstrasse
- Stärkung der Mornewegstrasse als quartiersprägende Achse mit Ziel Hbf
- Abbruch nachgeordneter bzw. provisorischer Bauten
- Ergänzung des bestehenden Parkierungssytems (Höfe) und Erweiterung des Angebotes durch Tiefgarage
- Gebäudeanordnung und Nutzungsverteilung entspr. der Anforderungen aus dem Schulentwicklungsplan
- Funktionelle Verknüpfung analog Bestand

2.1.2 Bauweisen: Alternative Städtebauliche Konzepte 1 - 6

Unabhängig von Szenarios und Programm bestehen diverse grundsätzliche Formen im Schulbau und Prinzipien einer baulichen Ergänzung unter Beachtung vorgenannter Ziele.

In diesem Zusammenhang bestimmen und beeinflussen vorhandene Bautypologie, Maß der Nutzung, Erschließung und Stadtbild die möglichen Varianten. Unter städtebaulichen Gesichtspunkten erscheinen für den Standort Mornewegstrasse folgende Bauweisen denkbar und angemessen:

1. "Block-Konzept":
Die Ergänzung und der Ausbau des bestehenden Ensembles zu einer geschlossenen Blockbebauung ermöglicht eine städtebaulich klare und prägnante Form gegenüber einem teilweise heterogenen Umfeld, nachteilig ist die Inanspruchnahme und Überbauung von Grünflächen sowie die "Abschottung" der bestehenden Gebäude.

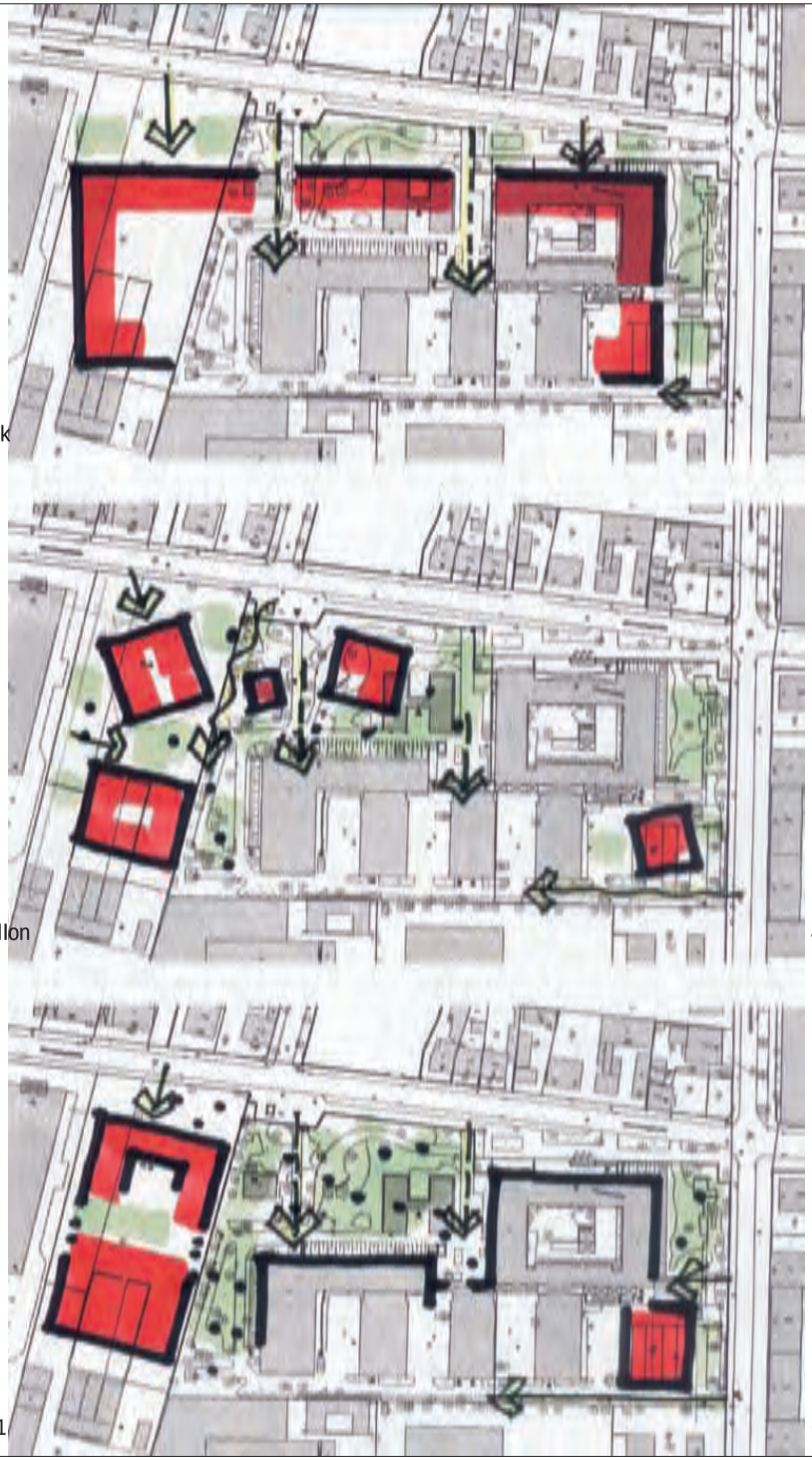
2. "Brücke":
Lineare Überbauung der Werkstätten und Höfe sowie Einzelbebauung auf dem Neubauland. Funktionalen Vorteilen (direkte Anbindung an den jeweiligen Schulteil) stehen aufwendigere konstruktive Maßnahmen entgegen sowie eine sehr hohe Verdichtung in bereits bebauten Zonen, überdies erscheint die interne Erschließung problematisch.

3. "Solitäre":
Die Gebäude verteilen sich in freier Anordnung auf den potentiellen Bauflächen. Je nach Anforderung sind flexible und angepaßte Anordnungen gewährleistet, jedoch unter Überbauung von Grünflächen; städtebaulich und architektonisch-formal ist das Konzept jedoch problematisch und kaum standort-gerecht.

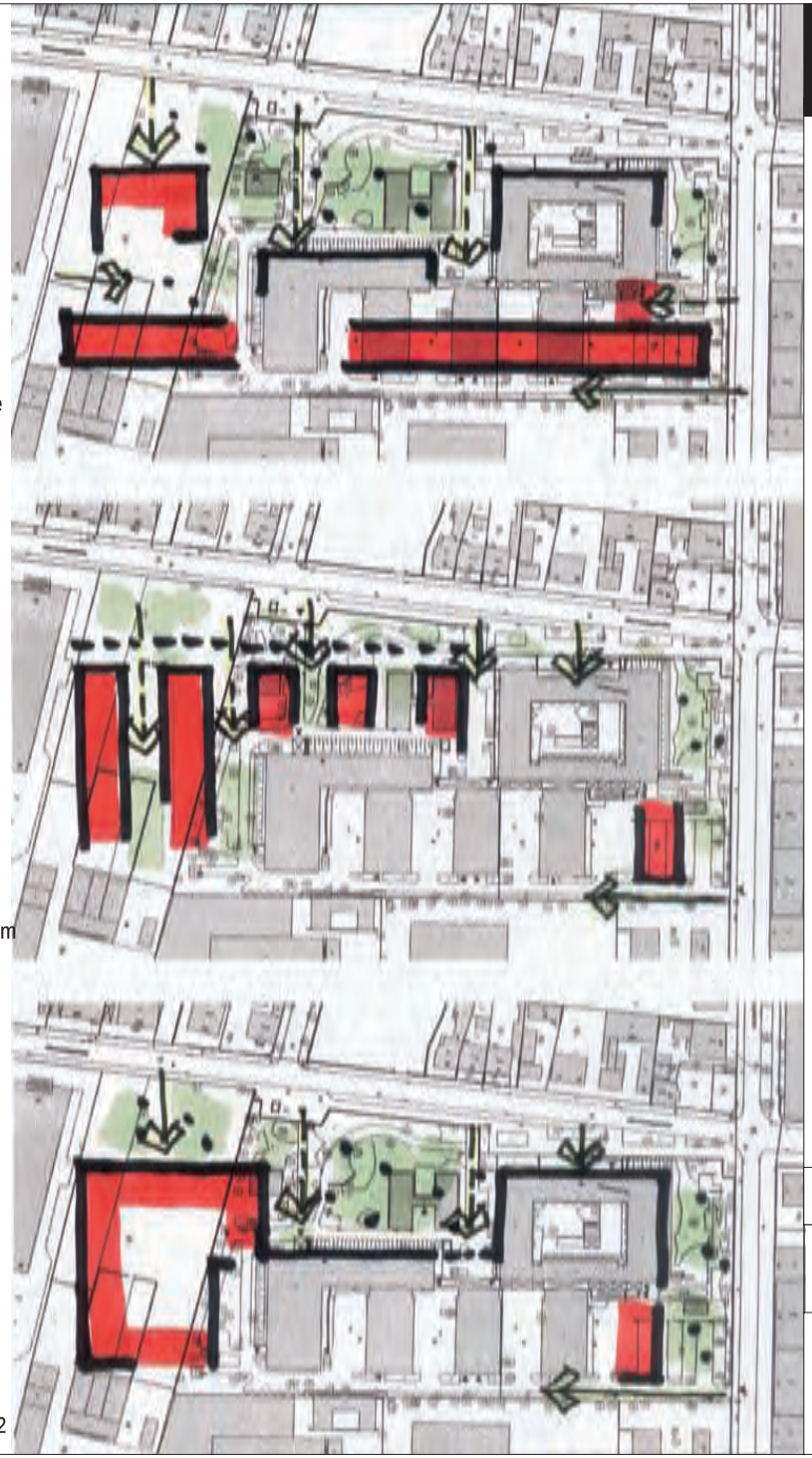
4. "Kamm-Bebauung":
Diese Anordnung und Reihung an der Mornewegstrasse ist eine städtebaulich und funktional tragfähige Lösung, jedoch nur unter Bebauung von Grünflächen. Die Integration der Turnhalle in die Typologie ist nur bedingt möglich.

5. "Hofbildung 1":
Durch kompakte Bebauung des Neubaulandes ergibt sich eine sehr gute städtebauliche Integration sowie die Erhaltung aller bisherigen Grünflächen, außerdem erfolgt eine Arrondierung des Bestandes durch Aufnahme vorhandener Typologien. Funktionale Bezüge zur bestehenden Nutzungsverteilung/Schulteilen sind nur indirekt möglich.

6. "Hofbildung 2":
Durch Anbau bzw. Erweiterung des Bestandes erfolgt die prinzipielle Anordnung wie vorbeschrieben, jedoch mit direkter baulicher Verbindung mit dem Bestand; baulich-architektonisch ist dies u.U. in Teilbereichen problematisch (Abstände, Belichtung).



1. Block



2. Zeile

3. Pavillon

4. Kamm

5. Hof 1

6. Hof 2

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

Auftrag: Stadt Darmstadt

Alternative Städtebauliche Konzepte o. M.

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheiger Straße 52
64289 Darmstadt

Tel: 061 51 - 7 9 4 0 4
Fax: 061 51 - 7 7 1 7 4
e-mail: ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

2.1.3 Nutzung: Alternative Konzepte 1 - 6

Im Bebauungsplan sind die Obergrenzen des Maßes der Nutzung festgesetzt., im Rahmen der zulässigen Anzahl der Geschosse bestehen relativ große Spielräume.
Bezüglich der Gebäudehöhen wird empfohlen, trotz höherer Zulässigkeit die bestehenden Bauwerksoberkanten nicht zu überschreiten, um ein angemessenes und abgestuftes Erscheinungsbild zu gewährleisten.
Hinsichtlich der GFZ und der zulässigen bzw. erforderlichen Bruttogeschoßflächen sollte die Obergrenze aus der Situation, dem Konzept und dessen Auswirkung auf die Umgebungsqualität festgelegt werden, sodaß auch Überschreitungen der B-Plan-Werte im Bedarfsfall angemessen und städtebaulich verträglich zugelassen werden sollten.
Dabei ergeben sich hinsichtlich der Anordnung und Anbindung der neuen Funktionen und Flächen an den Bestand unterschiedliche Modelle. Im Rahmen der städtebaulichen Konzepte aus 2.1.2 1 - 6 werden mögliche funktionalen Verküpfungen wie folgt skizzenhaft umrissen:

1."Block-Konzept":
Durch direkte bauliche Verbindungen ergeben sich funktionale Vorteile für die PBS und teilweise für die EKS; jedoch werden diese durch (nachteilige) lineare Anordnungen gemindert.

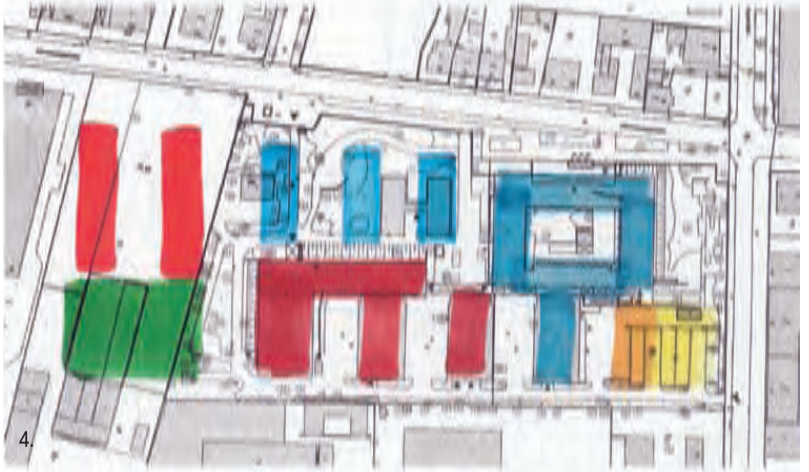
2. "Brücken-Konzept":
Durch direkte bauliche Verbindungen (brücken-förmiger Baukörper) ergeben sich funktionale Vorteile für die PBS und für die EKS gleichermaßen; jedoch erfolgt ein ungleichgewichtiges Maß der Nutzung auf den südöstlichen Grundstücksteilen, das Neubauland ist mit Mensa und Turnhalle minder genutzt.

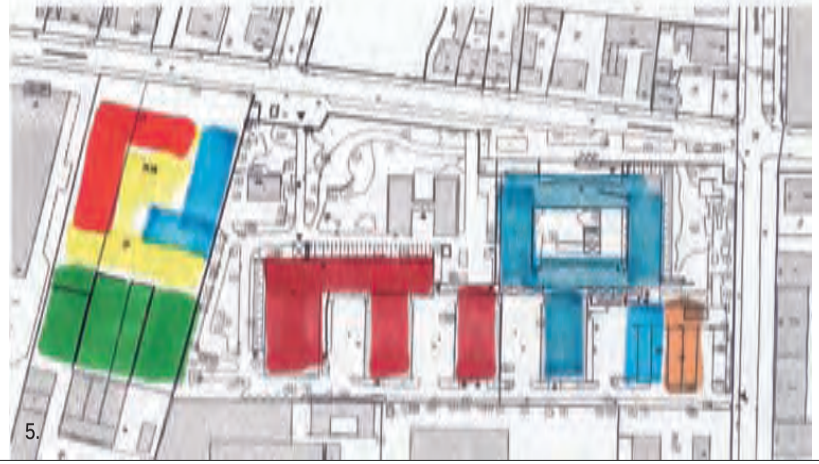
3. "Solitärbebauung":
Die freie Anordnung ist zwar flexibel in der Ausführung (Bauabschnitte), bietet aber nur ungenügend funktionale Verknüpfungen.

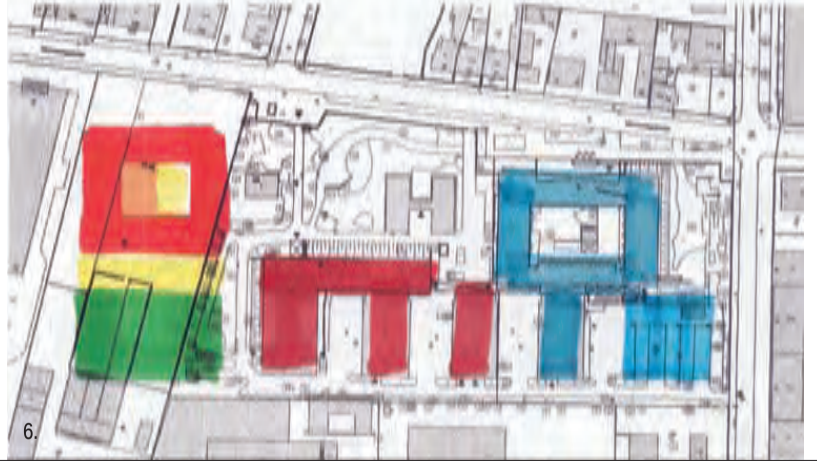
4. "Kamm-Konzept":
Eine funktionale Zuordnung zu den Schulteilen ist gut möglich; durch die Anordnung der Mensa im Südosten des Grundstücks wird diese zentrale Einrichtung allerdings zu sehr in Randlage verlagert.

5. "Hofkonzept 1":
Durch kompakte Zusammenfassung der Erweiterungen auf dem Grundstück Mornewegstrasse 22 ergibt sich eine integrative und alle Funktionen umfassende Neubebauung. Eine direkte Anbindung an best. Gebäude erfolgt in geringem Umfang nur im Südosten (EAS).

6. "Hofkonzept 2":
Bei ähnlicher Bauform werden die Funktionen den Schulteilen zugeordnet entsprechend getrennt angeordnet. Dies führt zu hoher Verdichtung im Süd-Ost-Bereich.







BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

EKS

PBS

Mensa

Turnhalle

AES

Auftrag: Stadt Darmstadt

Alternative Nutzungskonzepte o. M.

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64283 Darmstadt
Tel: 0 61 51 - 79 4 04
Fax: 0 61 51 - 771 74
e-mail : ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

2.2 Bebauungsvarianten A und B

Aus der Übersicht und Bewertung der vorbeschriebenen städtebaulichen und funktionalen Alternativen werden im folgenden noch einmal 2 Grundsatzvarianten unter Berücksichtigung der erforderlichen Flächen und Baumassen genauer dargestellt und bewertet (1 : 1.000).
Die Konzepte 2 ("Brücke") und 6 ("Hofbildung 2") werden wegen der jeweils hieraus resultierenden nachteiligen hohen Verdichtung im südöstlichen Grundstücksbereich nicht weiter untersucht. Weiterhin bleiben in der folgenden Untersuchung aus grundsätzlichen städtebaulichen und baulichen Bedenken die Konzepte 3 und 4 ebenfalls nicht weiter berücksichtigt.

2.2.1 Variante A :

Das neue Grundstück Mornewegstrasse 22 wird intensiv genutzt und bebaut. Über einer Tiefgarage werden im Süden die Turnhalle, im Norden in einem 5-geschossigen, kompakten Baukörper der überwiegende Teil der Bedarfsflächen für EKS und PBS gemeinsam angeordnet und zusammengefaßt. Die Mensa befindet sich im Erdgeschoß. Lediglich die Flächen für EAS und geringe Anteile des PBS-Bedarfs befinden sich in einem eingeschossigen Baukörper im Südosten.
Die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgt von der Mornewegstrasse aus, die Zufahrt mit Parkplatz an der Feldbergstrasse kann (weitgehend) erhalten werden.
Vorteile dieser Lösung sind die Erhaltung aller Grünflächen, die kompakte Zusammenfassung der Programmflächen und die übersichtliche und gleichwertige Verteilung der Baumassen zu einem verträglichen Gesamtensemble.

Städtebauliche Daten: BGF: ca. 9.400 qm (Zuwachs)
GRZ: 0,41
GFZ: 1,18 (jeweils bezogen auf das Gesamtgrundstück).

2.2.2 Variante B :

Die Anordnung der Baukörper in Form eines bereichsweise im EG aufgeständerter 5-geschossiger Riegels parallel zur Mornewegstrasse zur Aufnahme der Programmflächen für EKS und PBS gewährleistet gute interne funktionale Bezüge zu den bestehenden Schulen. Auf dem neuen Grundstück Mornewegstrasse 22 befinden sich im Anschluß hieran die Mensa im EG sowie als separater Baukörper die Sporthalle im südlichen Grundstücksteil. Im Südostbereich erfolgt eine maßvolle 1-2-geschossige Erweiterung für die AES und ggf. PBS.

Erschließung, Tiefgarage und Zufahrten sind wie in Variante A angeordnet.
Diese städtebaulich klare und einprägsame Gesamtanlage führt allerdings zu einigen nachteiligen Auswirkungen: Überbauung vorhandener Grün- und Freiflächen , Abriegelung der bestehenden Baukörper sowie vorauss. unwirtschaftliche Organisation durch lineare Anordnung (lange Flure).

Städtebauliche Daten: BGF: ca. 9.600 qm (Zuwachs)
GRZ: 0,50
GFZ: 1,19 (jeweils bezogen auf das Gesamtgrundstück).

2.2.3 Bauabschnitte

Prinzipiell ist bei allen vorgestellten Varianten/Alternativen eine abschnittsweise Realisierung und Bebauung möglich. In jedem Fall kann die Sporthalle - falls erforderlich einschließlich des entsprechenden Tiefgaragenanteils - separat errichtet werden. Ebenso können Anbauten/Erweiterungen im südöstlichen Grundstücksbereich - im Umfang je nach Variante verschieden - unabhängig realisiert werden. Mensa, sonstige Tiefgaragen-Anteile und die übrigen Flächen müssten voraussichtlich in einem baulichen Zusammemhang errichtet werden.
Genauere Aussagen zu Bauabschnitten sind jedoch abhängig von den funktionalen und zeitlichen Erfordernissen und können erst in weiteren Planungsstadien konkretisiert werden.

2.3 Zusammenfassung

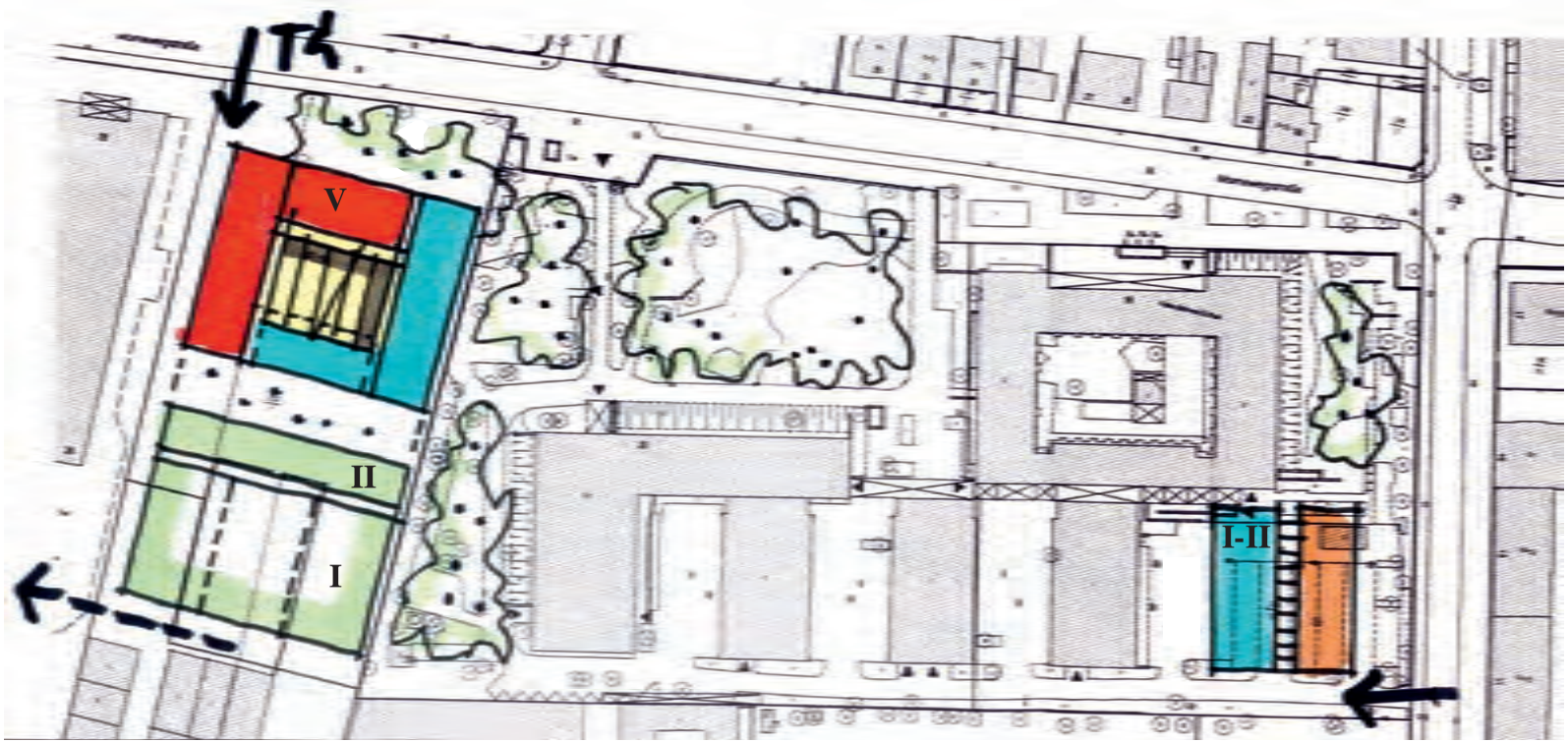
Aus den städtebaulichen, funktionalen und baulichen Varianten und Alternativen ergeben sich nur teilweise zwingende Lösungen. Innerhalb der dargestellten Vorschläge sind darüberhinaus Kombinationen und Untervarianten möglich, deren Darstellung und Bewertung den Untersuchungsrahmen sprengen würde.
Die ausgewählten Varianten A und B wurden nicht wegen ihrer gleichwertigen Vor- und Nachteile, sondern wegen ihrer unterschiedlichen konzeptionellen Ansätze näher dargestellt. In der Gesamtbewertung erscheint jedoch die Variante A als die prinzipiell geeignetere und tragfähigste Lösung. Städtebaulich erfolgt hier eine angemessene und spannungsreiche Arrondierung des Ensembles und baulich bleibt eine problemlose und unabhängige Realisierung gewährleistet. Zudem erscheint die Lösung durch kompakte Bauformen wirtschaftlich und wertvolle Grünflächen können erhalten werden. Die Funktionsverteilung innerhalb der Neubaufflächen ist flexibel, wenn auch nicht in jedem Fall eine baulich direkte Verbindung mit den Altbauten/Schulteilen möglich ist.
Die Variante A wird deshalb als "Vorzugsvariante" im folgenden skizzenhaften städtebaulichen Entwurf anhand schematischer Grundrisse und Schnitte näher erläutert.

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

BGF 5.900

+ Mensa
+ Turnhalle

GRZ 0,4 i.M.
GFZ 1,19 i.M.



EKS
PBS
Mensa
Turnhalle
AES
V Geschosszahl
Zufahrt
Fußweg

Auftrag: Stadt Darmstadt

Bebauungsvariante A

M 1:1000

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt
Tel.: 061 51 - 7 94 04
Fax: 061 51 - 7 71 74
e-mail : ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße
Städtebauliches Gutachten

BGF 6.100

+ Mensa
+ Turnhalle

GRZ 0,50
GFZ 1,19

EKS
PBS
Mensa
Turnhalle
AES
V Geschosszahl
Zufahrt
Fußweg

Auftrag: Stadt Darmstadt

Bebauungsvariante B

M 1:1000

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt
Tel: 061 51 - 7 94 04
Fax: 061 51 - 7 71 74
e-mail: ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

3. Bauliches Konzept

3.1 Vorzugsvariante (Variante A) 1 : 500

3.1.1 Bebauung und Nutzung

Auf dem bestehenden Grundstück werden das ehemalige Hausmeisterhaus und der Pavillon aus baulich-funktionalen bzw. sicherheitstechnischen Gründen abgebrochen und um die Freiflächen neu zu arrondieren.
Im südöstlichen Grundstücksbereich wird durch einen 1-2 geschossigen, zweibündigen Anbau an die Peter-Behrens-Schule bautypologisch die Reihe der Werkhallen bzw. - Höfe fortgesetzt und abgeschlossen. Hier können die Flächen für die Alice-Eleonoren-Schule sowie solche Teile des PBS-Bedarfs angeordnet werden, für die eine engere Verknüpfung mit der bestehenden Schule angestrebt wird.
Die übrigen Neubaumaßnahmen erfolgen ausschließlich auf dem neu erworbenen Grundstück Mornewegstrasse 22.
In dessen südwestlichen Bereich kann eine 3-Feld-Sporthalle in den Abmessungen von ca. 45 m x 35 m ebenerdig angeordnet werden. Über den Geräteräumen befinden sich im 1.OG die Umkleiden und Sanitärräume sowie eine Galerie/Empore (je nach Anforderung kann die Halle auch teilweise eingegraben werden und dadurch die Erschließung der Umkleiden ebenerdig erfolgen).
Der nördlichen Teilbereich des neuen Grundstücks wird im Rahmen der geltenden Baugrenzen von einem 5-geschossigen, kompakten Baukörper in atriumförmiger Anordnung eingenommen, der das architektonische Motiv der Peter-Behrens-Schule aufgreift. Um einen Innenhof - bzw. je nach Anforderung auch eine zentrale, glasgedeckte Halle - gruppieren sich die übrigen Programmflächen der PBS sowie die zusätzlichen Räume der EKS. Diese Anordnung gewährleistet sowohl u.U. erwünschte Synergieeffekte, z.B. durch gemeinsame, Schul-übergreifende Nutzung von Flächen (Vortragsräume, Foyerflächen etc.) als auch große Übersichtlichkeit und wirtschaftlichen Betrieb.
Im Erdgeschoß des Neubaus wird in Verbindung mit der zentralen Halle die Mensa angeordnet, die hierdurch im Zusammenhang mit den Freiflächen und wegen Ihrer Lage im Gebiet eine zentrale und identitätssiftende Funktion einnimmt.
Neues Schulgebäude, Mensa und Turnhalle bilden somit einen neuen, gemeinschaftlichen Schulteil mit sich überlagernden Funktionen und komplettieren so das Schulzentrum um einen gemeinsamen Freibereich.

3.1.2 Maß der Nutzung

Städtebauliche Daten, überschlägige Baumassen und Flächen:

Bauteil	GRF qm	Anzahl der Geschosse	BGF qm
Schulgebäude EG (Mensa)	1.880	1	1.500
Schulgebäude OG 1-4	-	4	5.800
Lehrgebäude Süd-Ost	330	1(2)	330
3-Feld-Sporthalle	1.600	2	2.000
Summe	3.810		9.630
Summe incl. Bestand	8.135		22.080

GRZ	0,43 *	(0,59) **
GFZ	1,19 *	(1,62) **

* *Gesamtentwicklung jeweils bezogen auf das Gesamtgrundstück*

** *Entwicklung Mornewegstrasse 22 ausschließlich*

3.1.3 Erschließung und Parken

Auf dem Grundstück Mornewegstrasse 22 wird unterhalb der Turnhalle bzw. dem Schulgebäude auf ganzer Fläche eine Tiefgrage angeordnet, die gem. Stellplatzsatzung ca. 100 - 125 Stellplätze aufweist. Die Zufahrt erfolgt von der Mornewegstrasse aus am westlichen Grundstücksrand. Innerhalb dieses Tiefgaragengeschosses können auch die jeweils notwendigen Keller- und Technikräume für Schule und Turnhalle angeordnet werden. Die Tiefgarge kann im Bedarfsfall in zwei Abschnitten errichtet werden.

Die übrigen Stellplätze (Lehrpersonal) befinden sich wie bisher in den Höfen zwischen den Werkstätten bzw. an der Zufahrt Feldbergstrasse. Die an der südlichen Grundstücksgrenze verlaufende interne Erschließungsstrasse bleibt erhalten und kann als Fußweg nach Westen verlängert werden.

Zwischen Turnhalle und Erasmus-Kittler-Schule bleibt die Freifläche erhalten, in der die notwendigen Fahrradstellplätze wie bisher gut erreichbar angeordnet werden können.

3.1.4 Grün- und Freiflächen

Insgesamt können auf den bisherigen Grundstücksflächen die bestehenden Grün- und Freiflächen alle erhalten und - durch Abbruch von Nebengebäuden - ausgebaut werden. Lediglich im Südosten entfällt ein kleiner Teil des provisorischen Parkplatzes, dessen Stellplätze jedoch nur geringfügig verlagert werden.
An der Mornewegstrasse kann durch die Neubebauung die vorhandene Grünfläche im Zusammenhang mit der Mensa einer neuen zentralen Nutzung mit guter Aufenthaltsqualität zugeführt werden. Die Höfe zwischen den Werkstätten werden durch den Anbau im Südosten um einen weiteren Werkhof ergänzt.

4. Resumee und Ausblick

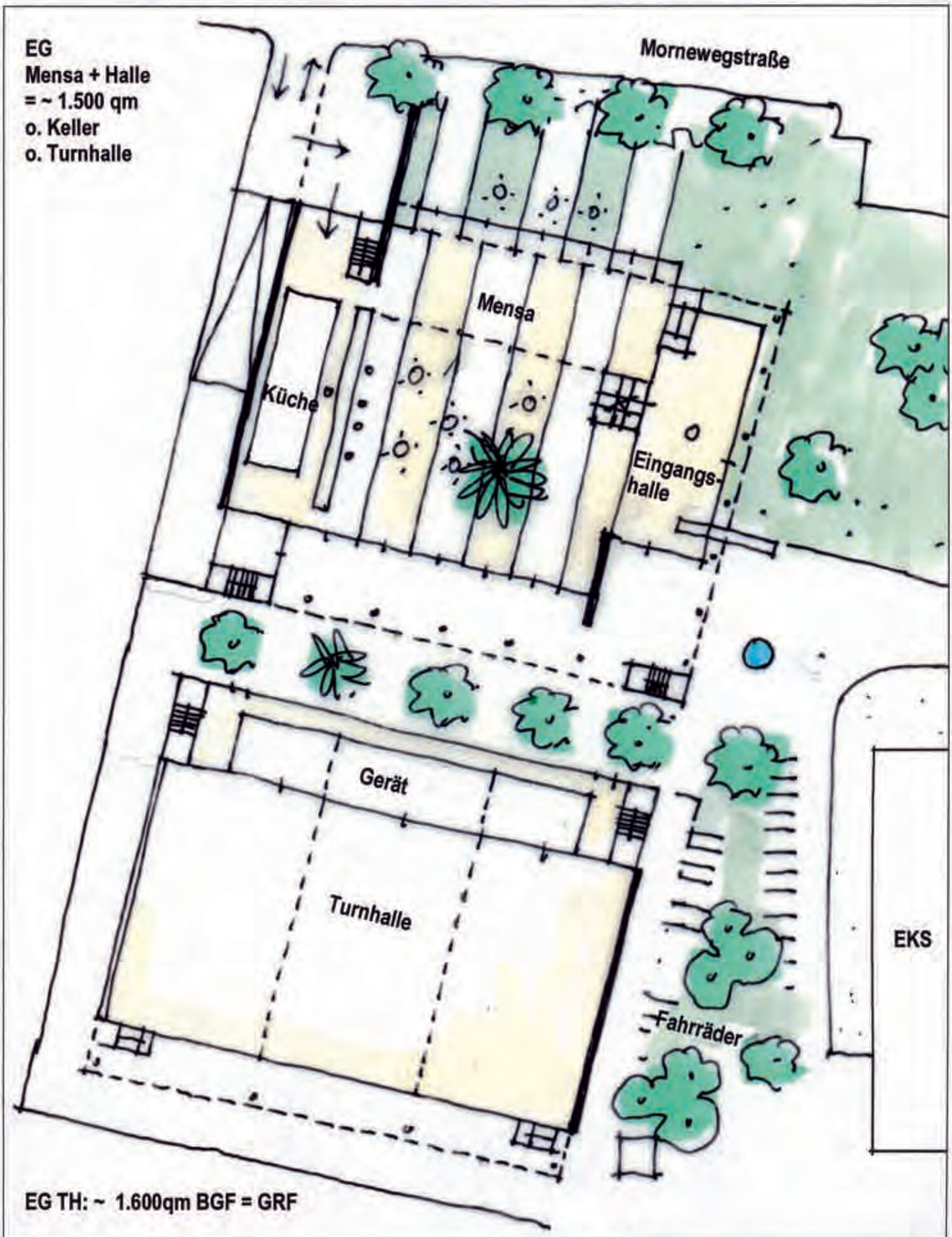
Durch den Erwerb und die Bereitsstellung des Grundstückes Mornewegstrasse 22 eröffnen sich diesem Berufsschulstandort vielfältige Möglichkeiten der Erweiterung und des Ausbaus zu einem neuen bzw. zweiten Berufschulzentrum neben dem Standort "Bürgerpark Nord".
Durch vorliegende Untersuchung kann im Grundsatz bestätigt werden, daß die im BEP - hier: Variante "Magenta" - dargelegten Ziele und deren bauliche Realisierung an diesem Standort städtebaulich verträglich umgesetzt werden können.
Dies gilt sowohl für die quantitativen Ansätze (Umsetzung der erforderlichen schulbezogenen Programmflächen und Nutzungen) als auch für die qualitative Versorgung im Sinne funktionsfähiger Abläufe und Verknüpfungen. *
Angesichts der Vielzahl der Lösungen ist dabei zumindest für die im Rahmen der Untersuchung vorgestellten Konzepte die Gewährleistung dieser Ziele - wenn auch in unterschiedlichem Maß und Gewichtung - dargelegt. Zwar ist bei einzelnen Varianten u.U. bezüglich des BEP in Teilbereichen und -Aspekten mit geringfügigen Einschränkungen und Bindungen zu rechnen, die aber entweder organisatorisch oder baulich gemindert werden können und im Verhältnis zur derzeitgen Sitation marginal erscheinen. Überdies ist zu deren Beurteilung bzw. Beseitigung ohnehin eine größere Planungstiefe erforderlich.
Eine Erweiterung und Bebauung wie vorgesehen kann und wird darüberhinaus - unabhängig vom gewählten Konzept - den bestehenden Standort attraktivieren und zur Stärkung desselben beitragen. Dies führt voraussichtlich nicht nur zur Verbesserung der dortigen Berufsschulsituation, sondern auch zu einer Aufwertung und Stabilisierung vorhandener Einrichtungen und des Umfeldes.

Mit der Auswahl von Alternativen bzw. Vorzugsvarianten aus der großen Bandbreite möglicher Lösungen wird lediglich eine Richtung angegeben und deren Machbarkeit nachgewiesen, jedoch soll die Entwicklung hierdurch nicht präjudiziert werden.
Im Rahmen des Bauordnungs- und Planungsrechtes ist hinsichtlich der Bebauungsplan-Festsetzungen eine Neubewertung notwendig, da das Maß der Nutzung im Bereich der Gemeinbedarfsflächen in jedem Fall überschritten würde. **
Insgesamt werden mit dem Vorhaben jedoch die Ziele der Bauleitplanung nicht gefährdet, sondern die positiven Entwicklungen der letzten Jahre im Gebiet bestätigt und gefördert.
Gesamtstädtisch kann durch die Umsetzung des BEP im vorgesehenen Bereich außerdem die angestrebte Weiterentwicklung der sog. "Weststadt" gefördert werden.

* *Eine in der Diskussion befindliche Reduzierung der derzeitigen Programmflächen beeinträchtigt dabei nicht die jeweiligen Lösungsansätze und deren baulich-funktionale Zusammenhänge, führt aber zu einer Entspannung der Standortanforderungen. Gleichwohl sind alle Programmanforderungen des BEP ("Magenta") verträglich realisierbar.*

** *siehe auch 1.3.4 und 1.3.5*

Darmstadt, im Februar 2004, AG 5



AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 53
64289 Darmstadt
Tel.: 06151-73404
Fax.: 06151-77174
e-mail: agf@agf-architekten.de

Februar 2004

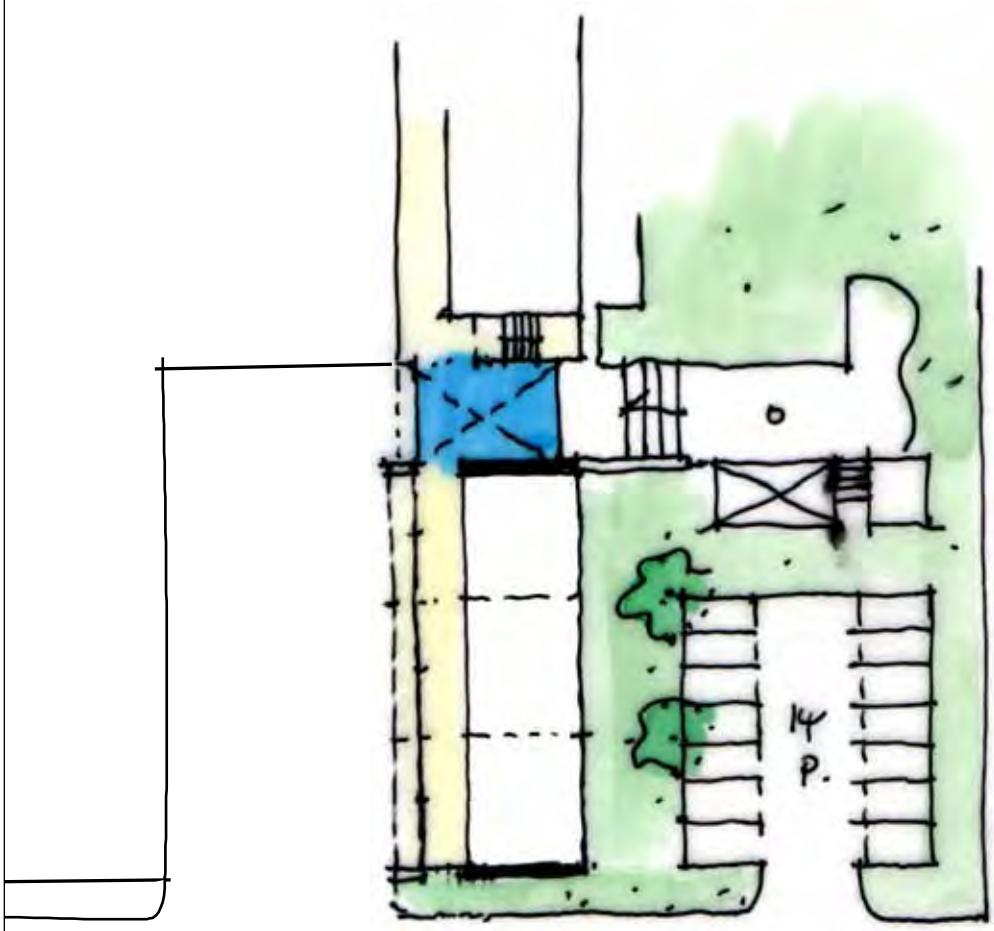
Auftrag: Stadt Darmstadt

Bauliches Konzept M 1:500

Grundriss EG

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten



EG
AES 330qm

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt
Tel : 0 61 51 - 7 94 04
Fax : 0 61 51 - 7 71 74
e-mail : ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

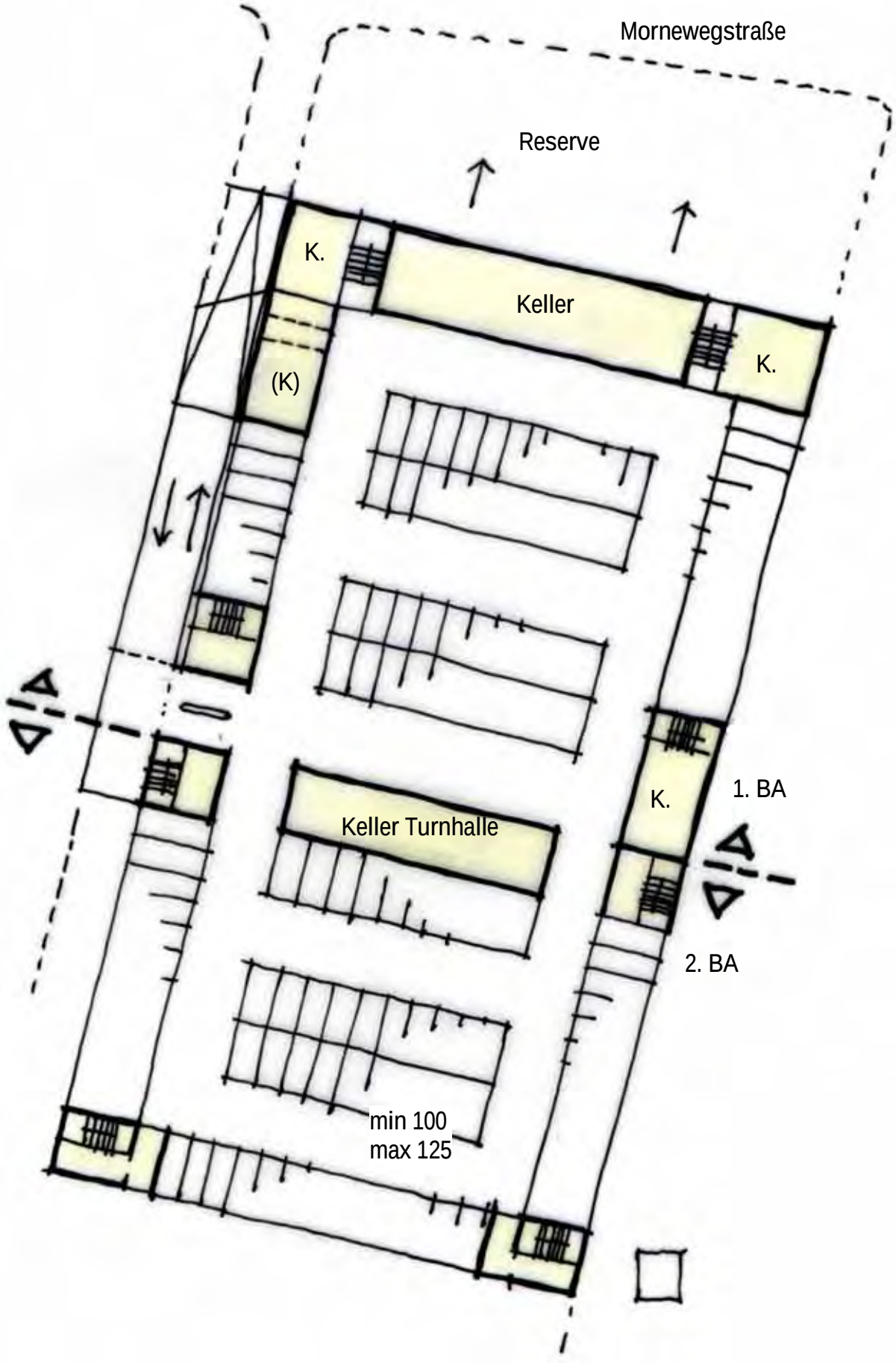
Auftrag: Stadt Darmstadt

Bauliches Konzept M 1:500

Grundriss EG Süd-Ost

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten



AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt
Tel : 0 61 51 - 7 94 04
Fax : 0 61 51 - 7 71 74
e-mail : ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

Auftrag: Stadt Darmstadt

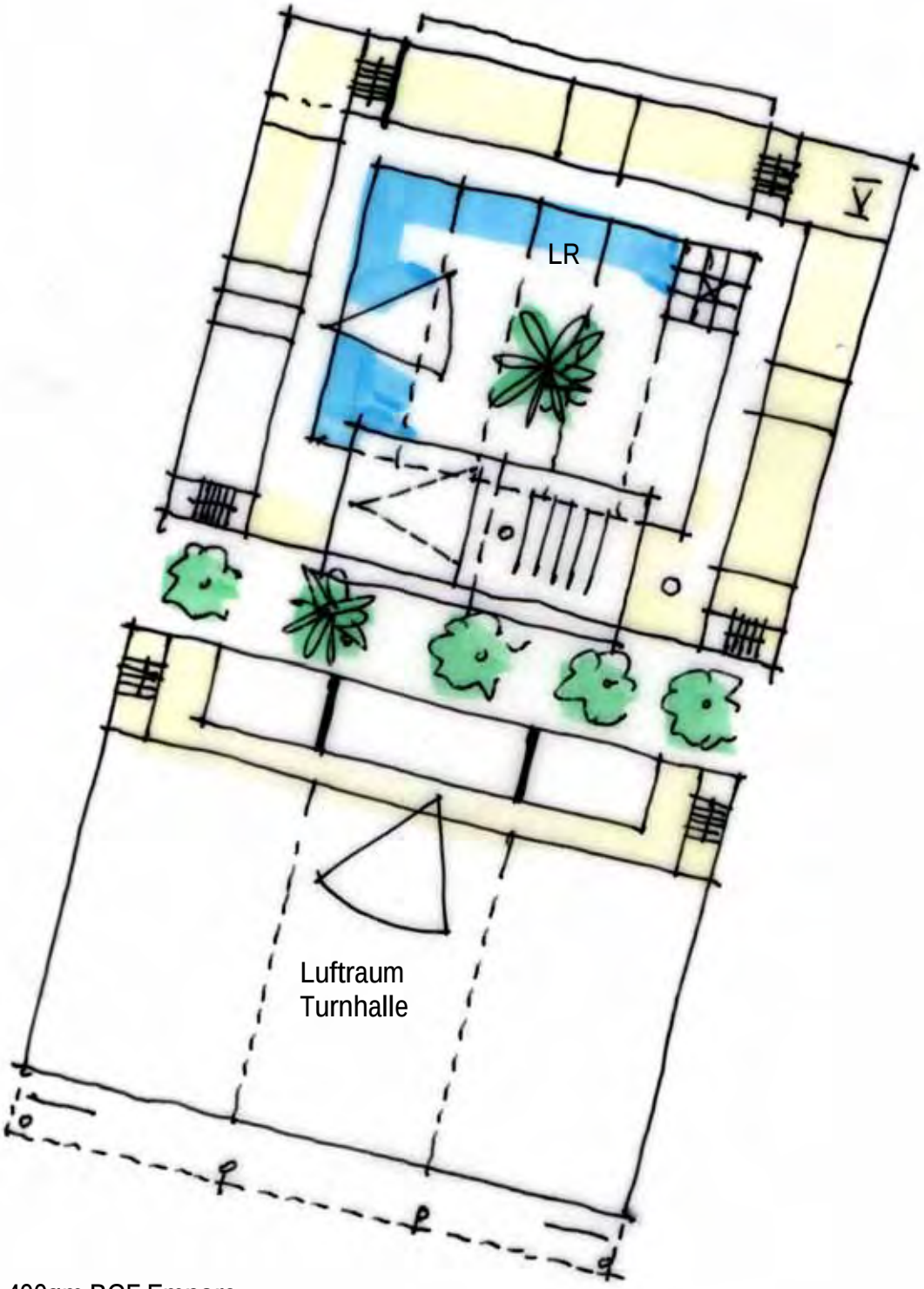
Bauliches Konzept M 1:500

Grundriss UG / TG

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten

~ 1.450 qm / Ebene
x 4
= ~ 5.800 qm BGF 1. - 4. OG, ohne Turnhalle



OG TH: ~ 400qm BGF Empore
∑ TH : ~ 2000qm BGF

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt
Tel : 0 61 51 - 7 94 04
Fax : 0 61 51 - 7 71 74
e-mail : ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

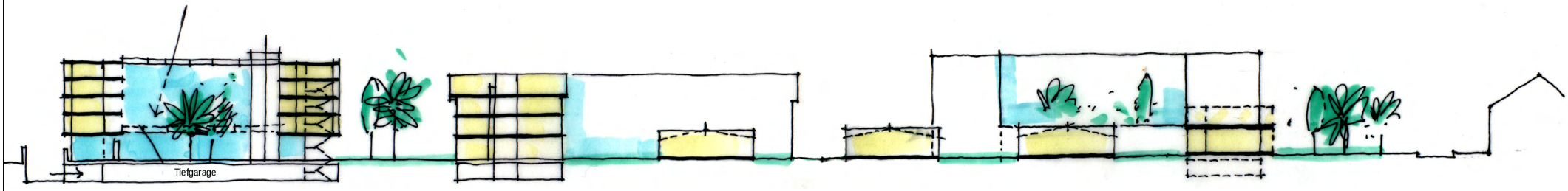
Auftrag: Stadt Darmstadt

Bauliches Konzept M 1:500

Grundriss 1.- 4. OG

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten



Neubau EKS / PBS

EKS Bestand

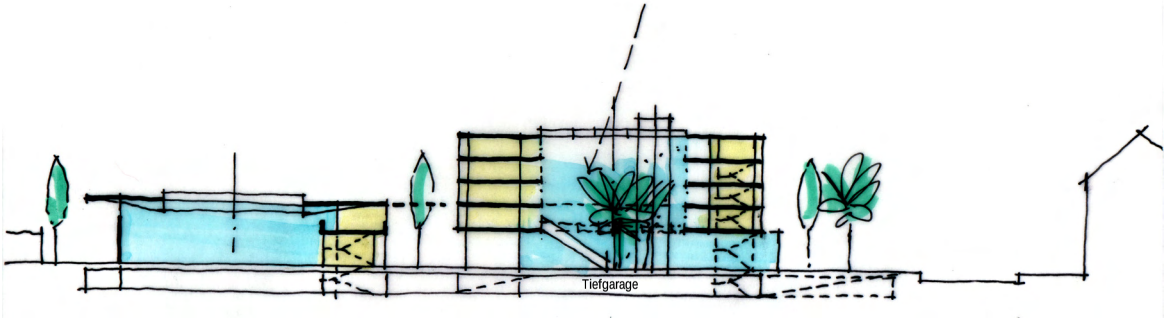
Bestand

PBS
Bestand

AES
Neubau

Feldbergstraße

Systemschnitt W - O



Turnhalle

EKS / PBS
+ Mensa

Mornewegstraße

Systemschnitt S - N

AG 5
Dipl.-Ing. Architekten BDA
Böttger, Klie, Pilz
Arheilger Straße 52
64289 Darmstadt
Tel: 0 61 51 - 7 94 04
Fax: 0 61 51 - 7 71 74
e-mail: ag5@ag5-architekten.de

Februar 2004

Auftrag: Stadt Darmstadt

Bauliches Konzept M 1:500

Systemschnitte S-N, W-O

BSZ
Berufsschulzentrum Mornewegstraße

Städtebauliches Gutachten

Wissenschaftsstadt
Darmstadt

Hochbau- und Maschinenamt

Postfach 11 10 61
64225 Darmstadt

Der Magistrat

Technisches Stadthaus
Bessunger Straße 125
64295 Darmstadt
Zimmer-Nummer 101
Ansprechpartner/-in: Herr Kaffenberger
Telefon: (0 61 51) 13-26 45
Telefax: (0 61 51) 13-2670
E-mail: hochbau@darmstadt.de

Bauverein AG
Herrn Dr. Braun
Bad Nauheimer Straße 6

64289 Darmstadt

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Datum
	65-ka/kn	23.03.2004

Berufliches Schulzentrum Darmstadt

Sehr geehrter Herr Dr. Braun,

beigefügt übergeben wir Ihnen Unterlagen zur Überprüfung eines Finanzierungsmodells für die Sanierung der Anlage.

Mit freundlichen Grüßen
i. A.

Kaffenberger
Baudirektor

Anlagen
- Magistratsbeschluss vom 15.10.2003, V-Nr. 0674
- Broschüre
- Flächen- und Rauminhalte
- Sanierungskonzept

2. Abdruck - 2-02, 2-11
3. z.d.A.

Wissenschaftsstadt Darmstadt	**Magistratsvorlage**	Eingang Magistrats-geschäftsstelle:
Dezernat: VI	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschlussfassung Fachausschuss ☐ öffentlich ☐ nicht öffentlich	576/09-10-2003 /
Amt: Hochbau- und Maschinenamt		Beteiligt: ☐ Dez I ☒ Dez II ☐ Dez III ☐ Dez IV ☒ Dez V ☐ Dez VI ☐ Amt
Beschluss-Nr.: 0674	Tagesordnung: ☐ I ☐ II	

Betreff: **Schulbausanierungsprogramm**
hier: Berufsschulzentrum

Vorlage vom: 2003-10-01

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat stimmt zu, das vorliegende Grobsanierungskonzept in Verbindung mit der geschilderten „ Weiteren Vorgehensweise" der weiteren Planung zugrunde zu legen und diese im Rahmen der etatisierten Mittel zu veranlassen.

2. Erforderliche interimsweise Brandschutzmaßnahmen die der Aufrechterhaltung des Betriebes bis zum Abschluss der Sanierung dienen werden sofort, jedoch zunächst im Rahmen der etatisierten Mittel veranlasst. Nach Vorliegen des Gesamtumfanges ist der Magistrat diesbezüglich zu informieren.

3. Über die Finanzierung ist in den Beratungen zu den künftigen Haushalten auf der Grundlage einer noch vorzulegenden Vorplanung mit Kostenschätzung zu entscheiden.

Folgekostenberechnung	☐ siehe Anlage	☒ entfällt

Stellungnahmen/Beteiligung			
- Ortsbeirat Wixhausen	☐ in der Anlage beigefügt	☐ in Vorlage eingearbeitet	☒ entfällt
- Personalrat	☐ in der Anlage beigefügt	☐ in Vorlage eingearbeitet	☒ entfällt
- Frauenbeauftragte	☐ in der Anlage beigefügt	☐ in Vorlage eingearbeitet	☒ entfällt

Beschluss des Magistrats vom 15-10-2003

Der Vorlage wird zugestimmt.
Der Magistrat bittet, dass die beauftragten Architekten im Rahmen der Vorplanungen ein Alternativangebot vorstellen (Solitärbau oder Kombination für dieses Gebäude, die sowohl den pädagogischen Anforderungen und dem Bedarf an Räumlichkeiten entspricht).

Verteiler:

Verteiler:

II	V
VI	20
40	65

Stvv

SCHULAMT
Eing. 21. Okt. 2003
AL | I | II | III | IV

Z. B.
Schriftführerin

B e g r ü n d u n g :

1. Vorbemerkung

Das im Endausbau ursprünglich mit 4 Riegeln geplante Berufsschulzentrum besteht aus derzeit 3 Riegeln, die als einzelne Bauabschnitte in dem Zeitraum von 1974 bis 1985 errichtet wurden.

Die gesamte Anlage hat zahlreiche innenliegende Unterrichtsräume. Das Gebäude ist komplett klimatisiert. Die damals der Nutzung zugrunde gelegte Kühllast sowie der Luftwechsel entsprechen nicht mehr den heutigen Nutungsanforderungen, was mehr und mehr zu Beschwerden führt. Nicht nur aus diesem Grund sondern auch bedingt durch den vorbeugenden baulichen Brandschutz ist eine grundlegende Sanierung der Klimaanlage erforderlich.

Bedingt durch die Größe der Schulanlage kommt dem vorbeugenden Brandschutz eine besondere Bedeutung zu.

Die Themen Klimatisierung und Brandschutz haben wesentliche Bedeutung bei der künftigen Sanierung.

Eine Sanierung, die bei weitestgehend laufendem Betrieb stattfinden muss, bedeutet dass regelmäßig ein Bereich stillgelegt und somit freigeräumt werden muss. Zu diesem Zweck ist jeweils eine Ersatzunterkunft erforderlich.

Da die komplette Sanierung auf alle Fälle über mehrere Jahre gehen wird und nicht alle Bereiche bei laufendem Betrieb gleichzeitig saniert werden können, müssen die von Bauaufsicht und Brandschutzamt festgestellten Mängel im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes vorab interimsweise in einem vertretbaren mit diesen beiden Ämtern abgestimmten Rahmen hergerichtet werden.

2. Grobsanierungskonzept

Bei dem vorliegenden Grobsanierungskonzept hat das Architekturbüro Kleinert und Partner aus Frankfurt die Möglichkeit aufgezeigt im Rahmen eines 1. Bauabschnittes einen Erweiterungsbau zu errichten, der als Ersatzunterkunft während der Sanierung dient. Dieser Bau wird nicht als Interimsbau, sondern als festes auch künftig zu nutzendes Gebäude errichtet, das nur in sehr geringem Maße klimatisiert werden muss.(Auszug Grobsanierungskonzept, **Anlage 1**)

Dieses Gebäude ermöglicht es die bestehende Anlage im Bereich der innenliegenden Räume im Rahmen der Sanierung zu entkernen und Innenhöfe zu schaffen, wodurch künftig weitestgehend auf Klimatisierung und künstliche Belichtung auch in den bestehenden Gebäuden verzichtet werden kann. Die durch die neuen Innenhöfe verloren gegangenen Flächen werden im Ersatzbau geschaffen, in dem auch zusätzliche Flächen, die im Rahmen des Berufsschulentwicklungsplanes benötigt werden, bereitgestellt werden können.

Darüber hinaus kann während der Abwicklung Schulbausanierungsprogramms diese Fläche als Ausweichquartier für andere Schulen genutzt werden, was wiederum Einsparungen bei den Kosten für Interimslösungen bei den anderen Sanierungen zur Folge hat.

Aufgrund der Größe und Komplexität der Problemstellungen im Beruflichen Schulzentrum ist das vorgelegte Grobsanierungskonzept nicht mit denen der anderen Schulen vergleichbar.
Es können deshalb hier nur Lösungsansätze und grobe Kostenrahmen dargestellt werden, die als Entscheidungsgrundlage dienen, ob der Sanierungsansatz des Büros Kleinert und Partner weiter verfolgt werden soll. Exakte Aussagen können hier erst im Rahmen einer qualifizierten Vorplanung gemacht werden.

Auf der Grundlage des vorliegenden Grobsanierungskonzeptes des Büros Kleinert und Partner wurden überschlägig nachfolgende ca.-Investitionen ermittelt:

Ersatzbau bei weitestgehendem Wegfall der vorh. Klimatechnik (8000 qm BGF)	ca. 11.420.000,00 EUR
Umbau und Sanierung 1. Riegel	ca. 4.718.000,00 EUR
Umbau und Sanierung 2. Riegel	ca. 4.718.000,00 EUR
Umbau und Sanierung 3. Riegel	ca. 4.718.000,00 EUR
Abbruch- und Entsorgungskosten	N.N
Brandschutz (Interimslösung)	N.N.
	25.574.000,00 EUR
	grob rd. 25.600.000,00 EUR

Die mit N.N bezifferten Kosten beinhalten folgende Leistungen:

Abbruch- und Entsorgungskosten u.a. für die vorhandene Lüftungsanlage, die erst durch ein Schadstoffgutachten (z.B. Entsorgung Brandschutzklappen) ermittelt werden

sowie zzgl.

der Kosten für Brandschutzmaßnahmen (beanstandete Mängel im Bereich des Brandschutzes müssen wie bereits beschrieben interimsweise in einem mit Bauaufsicht und Brandschutzamt abgestimmten Rahmen hergerichtet werden).
Bei diesen Maßnahmen handelt es sich in erster Linie um eine Kombination von baulichen und organisatorischen Maßnahmen, die als Sofortmaßnahmen umzusetzen sind.
Aufgrund der Bedeutung dieser Sofortmaßnahmen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird zurzeit eine Bestandsaufnahme durchgeführt, auf deren Grundlage die Kosten für die zu erfüllenden Sofortmaßnahmen ermittelt werden. .

Die Ergebnisse und damit eine vollständige Kostenübersicht für die Interimslösungen im Bereich Brandschutz liegen noch nicht vor.

Die beiden Kostenblöcke fallen jedoch unabhängig davon an, welcher Sanierungsansatz weiter verfolgt wird.

3. Weitere Vorgehensweise

Während das vorliegende Konzept des Büros Kleinert und Partner noch eine reduzierte Klimaanlage vorsieht, soll im Rahmen der weiteren Planung eine Lösung entwickelt werden, bei der keine Lüftungsanlage (mit Ausnahme der Be- und Entlüftung innenliegender Nebenräume wie z.B. WC-Anlagen) mehr erforderlich ist. Um dies verwirklichen zu können muss die Anzahl der Innenhöfe in den vorhandenen Riegeln gegenüber dem Grobsanierungskonzept weiter erhöht werden.

Die Flächenbilanz stellt sich wie folgt dar (**Anlage 2**):

Von den (gemäß vorliegendem Konzept) geplanten 8.000 qm Bruttogrundrissfläche des Neubaus werden insgesamt etwa 5.000 qm als Ersatz für die (durch die neuen Innenhöfe) verlorengegangene Fläche benötigt. Somit stehen 3000 qm Bruttogrundrissfläche als zusätzliche künftige Berufsschulfläche bzw. als Interimsfläche bei der Abwicklung des Schulbausanierungsprogrammes zur Verfügung.

Das Konzept „einer baulichen Erweiterung" ermöglicht Einsparungen, die bei ausschließlicher Sanierung der Substanz des vorhandenen Bauwerkes nicht möglich wären.

Folgende Kosten können hierbei eingespart werden:

- Kosten für temporäre Ersatzunterkunft bei einer Sanierungsdauer von 5 Jahren (Miete) zzgl. der hohen Betriebskosten u. a. Heizkosten (**Anlage 3**) **in Höhe von ca. 5.890.000,00 EUR**

- Kosten für die Sanierung eines überwiegenden Teils der Klimaanlage incl. der Brandschutzklappen (**Anlage 4**) **in Höhe von ca. 5.580.000,00 EUR**

- Weitestgehende Einsparung der Betriebs-, Wartungs- und Instandsetzungskosten bei der Klimaanlage (**Anlage 5**) **in Höhe von ca.55.400,00/p.a EUR**

Kostengegenüberstellung,

	Konventionelle Sanierung, mit temporärer Ersatzunterkunft	Neues Sanierungskonzept Ersatzunterkunft als Neubau für langfristige Nutzung
I. Baukosten		
I.1. Sanierung der vorhandenen Riegel		
Sanierung Brandschutzklappen	ca. 5.580.000,00	entfällt
Umbau und Sanierung 1. Riegel	ca. 4.718.000,00	ca. 4.718.000,00
Umbau und Sanierung 2. Riegel	ca. 4.718.000,00	ca. 4.718.000,00
Umbau und Sanierung 3. Riegel	ca. 4.718.000,00	ca. 4.718.000,00
Summe Umbau u. Sanierung Riegel 1-3	ca. **14.154.000,00**	**14.154.000,00**
I.2. Ausweichquartier		
Neubau (8000 qm)		ca. 11.420.000,00
Temporäres Gebäude, Container	ca. 5.890.000,00	
Summe Baukosten	**ca. 25.624.000,00**	**ca. 25.574.000,00**
II. Betriebskosten		
Betriebs-, Wartungs-, Instandsetzungskosten Klimaanlage 55.400,00 €/Jahr, bei 10 Jahren:	ca. 554.000,00 €	entfallen
Gesamtsumme	**ca. 26.178.000,00 €**	**ca. 25.574.000,00 €**

Das neue Sanierungskonzept bietet darüber hinaus noch folgende zum Teil schon genannte Vorteile:

- Weitere erhebliche Einsparungen aufgrund möglicher Nutzung der Reserveflächen des Gebäudes als Ersatzunterkunft bei der Sanierung umliegender aber auch anderer Schulen (z.B. Berthold-Brecht-Schule, Bernhard-Adelung-Schule, Ernst-Elias-Niebergall-Schule)
- Verbesserung des Raumklimas der vorhandenen Gebäude und damit eine Erhöhung der Akzeptanz der Schulanlage bei dem Nutzerkreis (Das Raumklima der Unterrichtsräume wird von den Nutzern v.a. durch die Vielzahl der Innenliegenden Räume in Verbindung mit der vorhandenen Klimaanlage als sehr unangenehm empfunden

Anlagen:
1. Auszug Grobsanierungskonzept
2. Flächenberechnung
3. Kostenrahmen für temporäre Ersatzunterkunft
4. Kostenschätzung Sanierung der Lüftung und Klimatisierung
5. Betriebs- und Verbrauchskosten der Lüftung – Klimatisierung

Darmstadt, 2003-10-01
65-ka/kn Nst.: 26 45

Der Dezernent II:	Die Dezernentin V:	Der Dezernent VI:
Wolfgang Glenz	Daniela Wagner	Dipl.-Ing. Dieter Wenzel
Bürgermeister	Stadträtin	Stadtrat

Anlage 1

Auszug
aus dem Grobsanierungskonzept

Berufliches Schulzentrum Darmstadt

Erstellt:

Architekturbüro
Kleinert und Partner,
Frankfurt

9.1 Minimal-Konzept:

Unter Voraussetzung der unter 6.4 beschriebenen rechtlich wirksamen Berufung auf den „passiven Bestandesschutz" und einer positiven Beurteilung durch das Brandschutzgutachten, einer technisch durchführbaren Lösung für die erforderlichen Nachrüstungen der TGA beschränken sich im Rahmen eines **Minimal-Konzepts** die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen auf folgende Punkte, da der allgemeine bauliche Zustand – abgesehen von den sicherheitsrelevanten Ergebnissen der Brandschau- relativ zufriedenstellend erscheint:

z.B. Fassade – Fenster
Trennwände
Unter-Decken
Bodenbeläge im Allgemeinen : Ausnahme Außenbereiche

KG 300

1. Wiederherstellung und Funktionsertüchtigung , ggf. Ersatz der Brandschutztüranlagen inkl. Berücksichtigung der vorgeschriebenen Einbaubedingungen
2. Funktionsertüchtigung der Brandschutzklappen
3. Funktionsertüchtigung der Rauchmelder und selbsttätig schließenden Türanlagen
4. Überprüfung und ggf. Nachrüstung von T30 Raumabschlüssen oberhalb der abgehängten Decken
5. Ersatz von beschädigten und im Rahmen der TGA- Umbauten nicht zu erhaltenden Deckenfeldern
6. ggf. Schließen von div. Im Zuge der Sanierungsarbeiten festzustellender eventueller Nebenwege in brandschutzrelevanten Abschlüssen :
7. Ersatz von beschädigten Beschattungsanlagen (Raffstores)
8. div. Schönheits- und Konservierungsreparaturen (Malerarbeiten)

KG 400

Nach Angabe der Fachingenieur-Büros

Die erforderlichen Mindest- und Sofortsanierungsmaßnahmen – insbesondere die Feststellungen der Brandschau-Begehung sind jeweils in den Ferien zum Teil durchführbar.

Bei umfangreicheren Maßnahmen ist eine Evakuierung der Schüler und Freischalten der jeweiligen Bereiche unumgänglich, da von den Sanierungsarbeiten Immissionen und Beeinträchtigungen für den laufenden Schulbetrieb zu erwarten sind, die nicht verkraftet werden können.
Für die Übergangszeit müssten geeignete alternative Unterbringungsmöglichkeiten in Form von Behelfsbauten (Baracken auf dem verbleibenden Freianlagen) oder Ausweichräumlichkeiten als Interimslösung an anderer Stelle zur Verfügung gestellt werden.

9.2 Maximalkonzept

Die Realisierung der vorbeschriebenen Mindestmaßnahmen wird allerdings keine grundsätzlichen Verbesserungen der angetroffenen Situation und der durch den Verfasser festgestellten Missstände der Schulanlage erwarten lassen, sondern lediglich die sicherheitsrelevanten und bestandserhaltenden Mindestanforderungen befrieden können.
Neben den brandschutztechnischen Anforderungen gem. HBO-Vorschriften und Schulhausrichtlinien hinaus bestehen im angetroffenen Beurteilungszustand weitgehende Defizite,
die nur durch eine Total – Sanierung/ Umbaumaßnahme befriedigend beseitigt werden können.

Im Rahmen unserer Analyse des IST- Zustandes sind folgende grundsätzlichen Probleme erkannt worden, die nicht nur durch sanierungs- oder erneuerungsbedürftige Einzelbauteile /Einzelmaßnahmen (wie vor benannt) zu lösen sind, sondern durch Beseitigung des Grundübels.

Dies ist insbesondere eine völlige Über- und Falschbelegung der Räume, die im Gegensatz zu der ursprünglich konzipierten differenzierten Belegungs- und Nutzungsabsicht der einzelnen Räume und Raumgruppen steht.

Die ursprüngliche Nutzung sah vor in Hinblick auf die räumliche Verdichtung der Gesamtanlage (siehe hierzu unsere Ausführungen unter Pkt. 1.1., 1.4)
eine differenzierte Nutzung der Unterrichts- und Verwaltungsräume vorzunehmen und in den Verkehrsbereichen offene Zonen vorzuhalten.

Räume in den Randzonen als ständig belegte Räume
Räume in den Mittelzonen als Dunkelräume und Räume mit Oberlicht nur für die stundenweise Belegung mit wechselnden Gruppen.

Der hohe Ausnutzungsdruck auf Grund einer zu hohen Schüler- und damit einhergehender Belegungszahl verkehrt das ursprüngliche Konzept und erzwingt eine Belegung von nicht oder nur bedingt geeigneten Innenräumen mit einer Nutzungsdauer, die auf Grund der nicht mehr auf dem Stand der Technik befindlichen mechanischen Be- und Entlüftungseinrichtungen unzumutbare Konditionen schafft.
Da wegen der Überbelegung ein weiterer Bedarf an Zusatzflächen für Aufenthalt, Nebenraum -und Vorbereitungszonen einhergeht, sind die als offene Bereiche mit Fluchtwegfunktion über die Maßen mit zusätzlichen Einrichtungen/ Ausstattungen verstellt, die ein empfindliches Sicherheitsrisiko darstellen und keine angemessene Verweilqualität mit erträglichen Raumkonditionen bieten können.

Das Konzept der damaligen Schulbauten ging von einer heute eher kritisch zu beurteilenden Flächenmassierung mit innenliegenden mechanisch zu konditionierenden Nutz-Flächen aus, die einen relativ hohen technischen Aufwand und unbedingte Funktionstüchtigkeit voraussetzen sowie einer moderaten Belegungsziffer.
Mithin ist die zwischenzeitlich im Laufe der weiteren Jahre erfolgte Ausweitung der Flächen-Ausnutzung um so problematischer.

Eine dauerhafte und effektive Verbesserung der aufgezeigten Problematik ist nach unserer Einschätzung nur durch eine konsequente De- Massierung der Belegungsdichte und eines Rückbaus der z.Z. vorhandenen überbauten Fläche zu erzielen.
Durch das in dem Sanierungs- Umbau- und Erweiterungskonzept- dargestellte Vorgehen (siehe hierzu Grundrissdarstellungen der Ebene EG und OG sowie der Schnittdarstellung) ist erkennbar, dass durch nachträgliches Einfügen von weiteren Innenhöfen, die Anzahl der Räume mit natürlicher Belichtung und Fensterlüftung erheblich gesteigert werden kann.

Für diese Räume ist eine mechanische Belüftung und Kühlung verzichtbar.
Die vorhandene Kapazität der technischen Einrichtungen kann für die verbleibenden innenliegenden Raumzonen /Räume genutzt werden.
Dadurch wird der technische Aufwand minimiert, was auch für die Unterhaltungskosten relevant sein dürfte.(nachhaltiges Bauen !)

Der Rückbau und die Ausdünnung der Belegzahlen erfordert die Vorhaltung weiterer Flächen, die in Form eines 4.Riegels zu realisieren sind.

Der Erweiterungs- und Kompensationsbau ist für die Abwicklung der Sanierungsmaßnahme in logistischer und organisatorischer Hinsicht unverzichtbar, da er als Ausweichfläche für die jeweilig. von den Sanierungs- und Umbaumaßnahmen betroffenen Riegel fungiert.

Nach erfolgter Gesamtsanierung und Umbau aller Bauabschnitte bietet der 4. Riegel Kompensationsflächen für die reduzierte Gesamtfläche der bestehenden Baumasse und Belegungsreduzierung der einzelnen Schulen.
Das im Maßstab 1: 500 dargestellte Gesamtkonzept zeigt unter Beibehaltung der baukörperlichen Bedingungen die Ideal-Konfiguration, die entsprechend der jeweiligen speziellen Anforderungen an Raumprogramm und Zuordnung – falls realisierungsmöglich – angepasst werden kann.

Gem. Anlage ist die Bilanzierung der nach Rückbau und Neubau erzielten Nutzflächen ersichtlich.

Die vorhandene Primärstruktur (Rohbau-Tragwerk) aus Stahl-Beton-Fertigteilen – siehe hierzu beigefügte Foto-Dokumentation- lässt erkennen, dass die vorgeschlagene Rückbau - Aktion praktikabel und mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand durchführbar ist .

Der Ausbau ist entsprechend anzupassen.

Mit der Verwirklichung des Sanierungskonzepts wäre ein Optimum für die weitere Zukunft des beruflichen Schulzentrums erreichbar,
das die im Laufe der Jahre entstandene und berechtigte Kritik im Sinne einer zukunftsträchtigen Erneuerung mit wünschenswerten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsarbeit auffängt.

Procedere und Zeitschiene:

Beschluss zum Bau der Kompensationsmaßnahme 4. Riegel

Maßnahme:	***Mindestzeitraum***
Planung der Baumaßnahme 4.Riegel	6 Monate
Erstellung des 4. Riegels	12 Monate
Freischalten des 1. Riegels durch Umzug in 4. Riegel	1 Monat
Umbau- und Sanierung 1. Riegel	6 Monate
Freischalten des 2. Riegels durch Umzug in sanierten 1. Riegel	1 Monat
Umbau und Sanierung 2. Riegel	6 Monate
Freischalten des 3.Riegels durch Umzug in sanierten 2.Riegel	1 Monat
Umbau und Sanierung 3.Riegel	6 Monate
Neuaufteilung der Gesamtfläche und Ausweichmöglichkeit innerhalb der Gesamtanlage	

Die Gesamtmaßnahme ist unter der Maßgabe der abschnittsweisen Finanzierung und Realisierung in einem Mindestzeitrahmen von 3 ¼ bis 4 Jahren zu verwirklichen.
Erforderliche Sofortmaßnahmen sind für die Zwischenzeit zur Erreichung der Mindest - Sicherheitsanforderungen gem. Darstellung zum Minimal-Konzept sofort umzusetzen.

Kostenrahmen : Grob-Sanierungskonzept – Optimum :

Maßnahme	***BGF- ca.m²***	***€ /BGF***	***100€ / KG 300/400***	***Nebenkosten 1000€***	***Gesamt €***
Neubau- 4.Riegel	8.000	*1.240	9.920	1.500	11.420.000
Umbau –1.Riegel	8.000+	1.240*0,4**	3.968	750	4.718.000
Umbau –2.Riegel	8.000+	1.240*0,4	3.968	750	4.718.000
Umbau – 3.Riegel	8.000+	1.240*0,4	3.968	750	4.718.000
Gesamt-Konzept					25.574.000***

- BGF- Ermittlung ohne Innenhöfe
+ minimierter Ansatz
* Kostenansätze gem. Baukostenkennwerte für Berufliche Schulen –Mittelwerte- des BKI (Baukosten-Informationszentrum Stuttgart -99)

** Unter Voraussetzung von 60 % Bestandserhalt
***Zuzüglich Abbruch und Entsorgungskosten –
Sind zu erfassen durch Schadstoffgutachten

Anlage 2

Flächenberechnung

Riegel 1

BRI	ca.	45.700,00	cbm			
BGF	ca.	9.700,00	qm			
HNF	ca.	5.830,00	qm			
BGF/HNF		1,66	gerundet	1,7		
Entfallende HNF 1*	(Höfe)	720,00	qm		Entfallende BGF 1	1.224,00 qm
Entfallende HNF 2*	(Höfe)	72,00	qm		Entfallende BGF 2	122,40 qm

Riegel 2

BRI	ca.	46.300,00	cbm			
BGF	ca.	9.000,00	qm			
HNF	ca.	5.730,00	qm			
BGF/HNF		1,57	gerundet	1,6		
Entfallende HNF 1*	(Höfe)	1.002,00	qm		Entfallende BGF 1	1.603,20 qm
Entfallende HNF 2**	(Höfe)	220,00	qm		Entfallende BGF 2	352,00 qm

Riegel 3

BRI	ca.	47.600,00	cbm			
BGF	ca.	10.500,00	qm			
HNF	ca.	5.900,00	qm			
BGF/HNF	ca.	1,78	gerundet	1,8		
Entfallende HNF 1*	(Höfe)	656,00	qm		Entfallende BGF 1	1.180,80 qm
Entfallende HNF 2**	(Höfe)	234,00	qm		Entfallende BGF 2	421,20 qm
			Summe		**Entfallende BGF**	**4.903,60 qm**
					Aufgerundet	5.000,00 qm

* Entfallende HNF 1 Gemäß Sanierungskonzept Kleinert und Partner
** Entfallende HNF 2 Bei weiterer Reduzierung der Klimatechnik auf ein Minimum

Containerschule:

Anlage 3

Zusammenstellung der Betriebskosten

Randbedingungen:

Benötigte Fläche:	7500 m²	
Elektroheizung Standardzelle:	3 KW / 15 m²	nach Angabe von IPL
Beleuchtung nach LEE:	15 W / m²	
PC-Ausstattung:	9000 W / 30 PC	

Elektroanschlußleistung:	
Elektroheizung	1.500 kW
Beleuchtung	113 kW
PC's	9 kW
Gesamtanschlußleistung ohne sonstige Elektroverbraucher	**1.622 kW**

Stromverbrauch pro Jahr:	
Elektroheizung	2.100.000 kWh/a
Beleuchtung	94.500 kWh/a
PC's	8.820 kWh/a
Gesamtverbrauch ohne sonstige Elektroverbraucher	**2.203.320 kWh/a**

Stromkosten pro Jahr:	
Elektroheizung	176.400,00 EURO/a
Beleuchtung	7.938,00 EURO/a
PC's	740,88 EURO/a
Gesamtkosten pro Jahr ohne sonstige Elektroverbraucher	**185.078,88 EURO/a**

Baukosten:

Bei der errechneten Elektroanschlußleistung von 1622 KW ist bei der Planung eine eigene Trafostation zu berücksichtigen.
Baukosten für die Trafostation und Verteilung betragen ca. 100.000 Euro

Alternativ wäre die Umrüstung der Container auf WW-Heizung gegen Aufpreis möglich. Dann sind aber die Kosten für eine Fernheiztrasse vorzusehen.
Die Betriebskosten Heizung belaufen sich dann, beim derzeitigen Kostenstand von 53,78 €/MWh Fernwärme, auf 112.938,00 € .

Anlage 3

Kostenrahmen
Ausweichquartier Berufliche Schulzentrum

Mietdauer	5 Jahre
Erforderliche Fläche	ca. 7.500 qm
Mietpreis	11,00 € / qm / Monat inkl MWSt
Gewählte Ausführung	Schulmietpark, Mittelklasse, für den mittelfristigen Einsatz

Reine Mietkosten 990.000,00 €/ Jahr bei einer Mietdauer von 5 Jahren	ca.	4.950.000,00 €
Anschlusskosten, Gründung, Außenanlage	ca.	375.000,00 €
Baukosten für Trafostation und Verteilung (Seite 2)	ca.	100.000,00 €
Hin- und Rückfracht, Montage, Demontage, Kran 44,00 €/qm	ca.	330.000,00 €
Baunebenkosten, Sonstiges	ca.	130.000,00 €
Gesamtkosten (brutto)	**ca.**	**5.885.000,00 €**

Berufsschulzentrum

Anlage 4

Sanierung der Lüftung und Klimatisierung

Kostenschätzung - Hochrechnung

Nr.		Maßnahme	Kostenschätzung	
			netto EUR	brutto EUR
1	1.1	Abnahme der Decken und Mineralwolle	0,00	0,00
	1.2	Entsorgung der Decken und Mineralwolle	0,00	0,00
2	2.1	Ausbau und Entsorgung der Leuchten mit Kästen	0,00	0,00
	2.2	Ausbau der Schlitzauslässe und Kästen	476.970,00	553.285,20
	2.3	Entsorgung oder Reinigung der Kästen	0,00	0,00
3	3.1	Ausbau und Entsorgung der BSK	149.250,00	173.130,00
	3.2	Schutzmaßnahmen für Ausbau BSK	255.000,00	295.800,00
	3.3	Demontage von Anschlußkanälen	40.125,00	46.545,00
	3.4	Sondermaßnahmen Demontagearbeiten	84.000,00	97.440,00
4	4.1	Ausbau und Entsorgung der Mischkästen	51.750,00	60.030,00
	4.2	Ausbau und Entsorgung der Aluflex-Lampenab-luftanschlüsse und Neuinstallation	66.000,00	76.560,00
5	5.1	Teilreinigung der Kanäle, 1000 m x 25,--	75.000,00	87.000,00
	5.2	Einbau von Revisionsöffnungen, 100 x 40	12.000,00	13.920,00
6	6.1	Lieferung und Montage neuer BSK	480.000,00	556.800,00
	6.2	Kanäle und Formstücke f. Neuanschluß der BSK	85.575,00	99.267,00
7	7	Einbau neuer Mischboxen mit Einzelraum-regelung, 60 Stück, Systemtrennung	1.350.000,00	1.566.000,00
8	8.1	Einbau neuer Raumluftauslässe	0,00	0,00
	8.2	Einbau neuer Raumabsaugungen	561.600,00	651.456,00
9	9	Einbau von wassergekühlten Klimatruhen für PC-Räume	540.600,00	627.096,00
10	10	Einbau von Energiesparleuchten	0,00	0,00
11	11	Einbau neuer Decken mit Schallisolierung	0,00	0,00
12	12	Neueinregulierung der Anlage zur Verbesserung der Belüftung innenliegender Räume	36.000,00	41.760,00
13	13	Begleitung durch den TÜV	18.000,00	20.880,00
14	14	Maßnahmen von Auslagerung von Klassen		
		Kostenzusammenstellung Sanierung Lufttechnik	4.281.870,00	**4.966.969,20**
		Ingenieurhonorar Honorarzone II	526.000,00	610.160,00
		Gesamtkosten Sanierung der Lüftung und Klimatisierung	4.807.870,00	**5.577.129,20**

Betriebs- und Verbrauchskosten der Heizung - Lüftung - Klimatisierung im gesamten Berufsschulzentrum (Kostenstand 2003)

Anlage 5

		Verbrauch (Mittelwert über 5 Jahre) MWh	Einheitspreis € brutto	Kosten €/a brutto
Wärme	Statische Heizung MWh	4330	53,78	232.867
Wärme	Klimatisierung MWh	300	53,78	16.134
Kosten Wärmeenergie für Heizung - Lüftung - Klimatisierung ca. €/a		4630	53,78	**249.000**

Einsparung an Betriebs- und Verbrauchskosten bei Wegfall der Klimazentrale im gesamten Berufsschulzentrum (Kostenstand 2003)

		Verbrauch	Einheitspreis € brutto	Kosten €/a brutto
Wärme	Klimatisierung MWh	300	53,78	16.134
Strom (Entega)	Lüftungsanlage kWh	14.900	0,10	1.490
Wasser	Kältesatz m^3	875	2,00	1.750
Abwasser	Kältesatz m^3	875	2,92	2.555
Summe verbrauchsgebunde Kosten €/a				21.929
Wartung	Kältesatz und Lüftungsnetz			22.718
Instandhaltung	Kältesatz und Lüftungsnetz			9.344
Prüfungen	HausprüfV			1.400
Summe betriebsgebundene Kosten €/a				33.462
Einsparung an Betriebs- und Verbrauchskosten				**55.391**

Bei Wegfall der Klimatisierungs- und Lüftungsanlagen im Berufsschulzentrum könnten im Jahr ca. 55.000 €/a an Betriebs- und Verbrauchskosten eingespart werden.

Anhang 2

Genehmigungen

Hessisches Kultusministerium
Die Ministerin

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Der Magistrat
Eing.: 17. JULI 2007
Dezernat IV

HESSEN

Hessisches Kultusministerium Postfach 3160 65021 Wiesbaden

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Der Magistrat
Neues Rathaus am Luisenplatz
Luisenplatz 5

64283 Darmstadt

SCHULAMT
Eing.: 02. Aug. 2007
AL | I | II | III | IV

Aktenzeichen IV.6 - 620.020.024 - 8 -

Durchwahl 2649

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

Datum 12. Juli 2007

Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen

Ihr Antrag vom 24. Oktober 2006
Stellungnahme des Staatlichen Schulamts vom 16. April 2007

Mit Schreiben vom 24. Oktober 2006 haben Sie mir die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen, gemäß § 145 Abs. 6 Hessisches Schulgesetz (HSchG) in der Fassung vom 14. Juni 2005 (GVBl. I S. 442), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 2006 (GVBl. I S. 386), zur Zustimmung vorgelegt.

A. Schulentwicklungsplanung allgemein

Grundsätzlich ist positiv zu bewerten, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg als eigenständiger Schulträger bei der Erstellung des Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt beteiligt wurde. Dadurch können schulträgerübergreifende Belange berücksichtigt und gerade im Bereich der beruflichen Bildung Schulträgergrenzen überwunden werden. Mit diesem Schulentwicklungsplan gelingt in der Region der Einstieg in die Umsetzung der im Arbeitskreis „Regionale Berufsbildungsgrenzen in Hessen" erarbeiteten Eckpunkte.

Luisenplatz 10 65185 Wiesbaden
Telefon (0611)368-0 Telefax (0611)368-2099

E-Mail: poststelle@hkm.hessen.de
Internet: www.kultusministerium.hessen.de

Hessisches Kultusministerium

Zustimmung findet die im Schulentwicklungsplan herausgearbeitete Entwicklung der beruflichen Schulen zu beruflichen Kompetenzzentren, insbesondere durch Schaffung regionaler Bildungszentren an zwei Standorten. Die Planung, die Alice-Eleonoren-Schule, die Martin-Behaim-Schule, die Friedrich-List-Schule und die Heinrich-Emanuel-Merck-Schule im Bildungszentrum „Bürgerpark Nord" sowie die Erasmus-Kittler-Schule und die Peter-Behrens-Schule an der „Mornewegstraße" zusammenzulegen, wird ausdrücklich begrüßt. Zur Umsetzung ist daher ein von der Stadtverordnetenversammlung beschlossener Antrag gemäß § 146 HSchG vorzulegen.

Insbesondere besteht Zustimmung zu der gemeinsamen Steuerung der Schulentwicklung des Schulträgers Wissenschaftsstadt Darmstadt mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg im Berufsfeld Agrarwirtschaft. Die Verlagerung des Berufsfeldes Agrarwirtschaft von der Peter-Behrens-Schule in Darmstadt an die Landrat-Gruber-Schule in Dieburg wird befürwortet.

Dies vorangestellt, stimme ich der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen, gemäß § 145 Abs. 6 HSchG mit folgenden Auflagen für die Fortschreibung zu.

B. Auflagen

1. Sind in einem Gebiet des Schulträgers mehrere Berufsschulen vorhanden, ist gemäß § 143 Abs. 2 HSchG *„für jede von ihnen nach Berufsfeldern, Berufsgruppen oder Ausbildungsberufen ein Schulbezirk durch Satzung zu bilden"*. Eine solche Schulbezirkssatzung ist umgehend zu erstellen und dem Staatlichen Schulamt zur Zustimmung vorzulegen.

2. Da sich die Bezeichnung der Berufsfelder geändert hat, sind folgende Änderungen vorzunehmen und bei einer Fortschreibung des Schulentwicklungsplans zu berücksichtigen:

   01 Wirtschaft und Verwaltung

   02 Metalltechnik

03	Elektrotechnik
04	Bautechnik
05	Holztechnik
06	Textiltechnik und Bekleidung
07	Chemie, Physik und Biologie
08	Drucktechnik
09	Farbtechnik und Raumgestaltung
10	Gesundheit
11	Körperpflege
12	Ernährung und Hauswirtschaft
13	Agrarwirtschaft

C. Schulorganisationsmaßnahme

Eine Verlagerung eines Berufsfeldes sieht das HSchG nicht vor, vielmehr handelt es sich zum einen um die Aufhebung des Berufsfeldes an der Peter-Behrens-Schule zum anderen um die Errichtung des Berufsfeldes an der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg.

Daher stimme ich gemäß § 146 HSchG der Aufhebung des Berufsfeldes Agrarwirtschaft an der Peter-Behrens-Schule zum 2008/09 zu.

Zu der Errichtung des Berufsfeldes an der Landrat-Gruber-Schule ergeht ein gesonderter Erlass an den Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage bei dem nach § 52 VwGO zuständigen Verwaltungsgericht Darmstadt, Havelstraße 7, 64295 Darmstadt, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, als Beklagten das Land Hessen, vertreten durch das Hessische Kultusministerium und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen oder Beweismittel sollen angegeben werden. Dieser Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden.

Karin Wolff

Dezernat V
Stadträtin Daniela Wagner

Postfach 11 10 61
64225 Darmstadt

Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65021 Wiesbaden

Wissenschaftsstadt
Darmstadt

Stadträtin
Daniela Wagner

Neues Rathaus am Luisenplatz
Luisenplatz 5 A
64283 Darmstadt
Telefon: 06151 13-2854, 13-2855 o. 13-2954
Telefax: 06151 13-23 09
Internet: http://www.darmstadt.de
E-Mail: dezernatV@darmstadt.de

Datum:
24. Oktober 2006

Rahmenkonzept zur Fortschreibung des „Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen"

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

anbei erhalten Sie den von der Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt am 12. Oktober 2006 beschlossenen Schulentwicklungsplan der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen, in 2-facher Ausfertigung zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Genehmigung gem. § 145 Hessisches Schulgesetz.

Wie Sie dem Vorspann des Planes entnehmen können, wurde der Plan im dialogischen Verfahren und in enger Zusammenarbeit mit den Schulleitungen, dem Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt sowie dem Schulträger Landkreis Darmstadt-Dieburg erstellt.

Bei dieser Gelegenheit bitte ich auch um Mitteilung, wann mit der Genehmigung des schon vorliegenden Schulentwicklungsplans allgemein bildende Schulen, der Ihnen am 6. März 2006 übersandt wurde, zu rechnen ist. Insbesondere die Schulen, bei denen eine Organisationsänderung geplant ist, warten dringend auf einen Hinweis seitens des Kultusministeriums.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Daniela Wagner
Stadträtin

II. Durchschrift Staatliches Schulamt mit Anlagen

III. Durchschrift für die Akte

IV. Durchschrift für Frau Lamm

V. **Herrn Hartmann** zur Kenntnisnahme.

VI. Wvl.: 1. März 2007

Betreff: Rahmenkonzept zur Fortschreibung des „Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen"
(V-Nr. 2006/0578)

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Okt. 2006 / 13

Die Fraktion UFFBASSE stellt zur Vorlage folgenden Antrag:

1. Auf der Grundlage einer jährlich zu aktualisierenden detaillierten Analyse wird der im Raum Darmstadt erforderliche Bedarf an berufsqualifizierenden Ausbildungsplätze jenseits der regulären dualen Berufsausbildung ermittelt.
2. Für alle Jugendlichen, die im regulären dualen System keine Ausbildung absolvieren können, sind berufsqualifizierende Ausbildungsangebote in über-/außerbetrieblichen Ausbildungswerkstätten (Produktionsschulen) sowie an den Berufsschulen nach Berufsbildungsgesetz § 43 (2) zur Verfügung zu stellen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung startet eine Initiative an den Deutschen Städtetag, den Hessischen Landtag und den Deutschen Bundestag zur Einführung der gesetzlichen Umlagefinanzierung, um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren und finanzieren zu können.

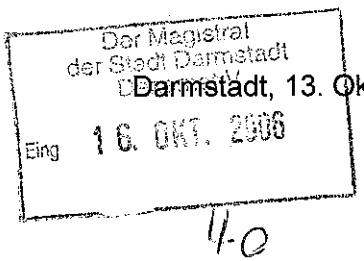
Auf Antrag der Fraktion UFFBASSE wird über die drei Punkte des Antrages getrennt abgestimmt.
Dem Punkt 1 wird einstimmig zugestimmt.
Der Punkt 2 wird mit Mehrheit abgelehnt (dafür: die Fraktionen UFFBASSE und Die Linke. und DIE FRAUEN, dagegen: die Fraktionen SPD, Bü 90/Grüne und FDP, bei Stimmenthaltung der Fraktionen CDU und UWIGA).
Der Punkt 3 wird mit Mehrheit abgelehnt (dafür: die Fraktionen UFFBASSE und Die Linke. und DIE FRAUEN, dagegen: die Fraktionen CDU, SPD, Bü 90/Grüne und FDP, bei Stimmenthaltung der Fraktion UWIGA).

Der Vorlage einschließlich des heute beschlossenen Punktes 1 des Antrages der Fraktion UFFBASSE wird – gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, UFFBASSSE und Die Linke., bei Stimmenthaltung der Fraktion UWIGA und DIE FRAUEN – zugestimmt.

Werner
Verw. Ang.

Stadtverordnetenversammlung
Der Vorsteher

Darmstadt, 13. Okt. 2006



U. Dem Magistrat der Stadt Darmstadt
Dezernat V

mit Bezug auf vorstehenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Okt. 2006 zur weiteren Veranlassung übersandt.

E r b
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Wissenschaftsstadt Darmstadt

Rahmenkonzept zur Fortschreibung des „Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen“
- Beschlussfassung –
(V-Nr. 2006/0578)

Darmstadt, 26. September 2006

An die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses

Frau Stadtv. Sabine S e i d l e r

zur Herbeiführung einer Stellungnahme des Ausschusses in seiner nächsten Sitzung.

Anlage
Akte

gez.

Dr. Gehrke
Stadtverordnetenvorsteher

Herrn Kollegen: _____

Frau Kollegin: L i n d s c h e i d

mit der Bitte um Übernahme des Berichtes.
gez. Seidler

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses **am 10.10.06**

Der Vorlage wird – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Fraktionen UFFBASSE und UWIGA - zugestimmt.

Z. B.

Werner
Schriftführerin

Rahmenkonzept zur Fortschreibung des „Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen“
- Beschlussfassung –
(V-Nr. 2006/0578)

Darmstadt, 19. September 2006

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Schulen und Kindertagesstätten

Herrn Stadtv. Dr. Michael H ü t t e n b e r g e r

zur Herbeiführung einer Stellungnahme des Ausschusses in seiner nächsten Sitzung.

Anlage
Akte

gez.

Dr. Gehrke
Stadtverordnetenvorsteher

Herrn Kollegen: _____

Frau Kollegin: G ü n t h e r

mit der Bitte um Übernahme des Berichtes.
gez. Dr. Hüttenberger

Sitzung des Ausschusses für Schulen und Kindertagesstätten **am 26.09.06**

Der Vorlage wird – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Fraktionen UFFBASSE und UWIGA – zugestimmt.

Z. B.

Kraus
Schriftführerin

Magistratsvorlage

Stadtverordnetenversammlung
Der Vorsteher
Eing. 21. SEP. 2006
Tgo. Nr. 603/06

Wissenschaftsstadt
Darmstadt

Eingang Magistrats-geschäftsstelle: 07.09.2006	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung: Dezernat V ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Dezernat V Amt: Schulamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss-fassung Fachausschuss	
Verteiler: V 40 Stvv ✓ 21.09.2006	**Tagesordnung:** ☒ I ☐ II	**Vorlage-Nr. 2006/0578** Magistratsbeschluss-Nr. 599

Betreff: **Rahmenkonzept zur Fortschreibung des "Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen"**
- Beschlussfassung -

Vorlage vom: 06.09.2006

Beschlussvorschlag:
Gemäß § 145 des Hessischen Schulgesetzes ist ein Schulträger verpflichtet Schulentwicklungspläne für sein Gebiet unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten aufzustellen. Diese sind in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und fortzuschreiben. Das Schuldezernat der Wissenschaftsstadt Darmstadt legt hiermit das Rahmenkonzept zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans Teil B: Berufliche Schulen, mit folgendem Tenor zur Beschlussfassung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vor.

1. Die im Anhörungsprozess geäußerten Anregungen und Bedenken zum Schulentwicklungsplan, Teil B: Berufliche Schulen, werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellungnahmen der Schuldezernentin zu den Anregungen und Bedenken werden zur Kenntnis genommen.
3. Dem überarbeiteten Schulentwicklungsplan, Teil B: Berufliche Schulen, wird in der nun vorliegenden Fassung abschließend zugestimmt. Eingearbeitet sind die Ergebnisse der Anhörung - wie in der Stellungnahme der Schuldezernentin aufgeführt - sowie die Erkenntnisse aus der Aktualisierung und Fortschreibung der Datenbasis.
4. Die Stadtverordnetenversammlung erhält anschließend den aktualisierten Schulentwicklungsplan, Teil B: Berufliche Schulen zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung vorgelegt.

5. Im Anschluss an die Gremienbeschlüsse wird das Rahmenkonzept zum Schulentwicklungsplan, Teil B: Berufliche Schulen dem Hessischen Kultusministerium gemäß den Vorschriften des § 145 Hessisches Schulgesetz zur Zustimmung vorgelegt.
6. Parallel hierzu wird das Städtische Schulamt mit der Initiierung der erforderlichen Umsetzungs- und Maßnahmenplanung beauftragt. Zur Finanzierung der baulichen Umsetzung sollen auch Möglichkeiten der Kooperation der öffentlichen Hand mit Investoren geprüft werden.
7. Die konkrete Zuordnung von Bildungsgängen und Ausbildungsberufen, insbesondere für den kaufmännisch verwaltenden Bereich am Standort Berufsschulzentrum Nord, wird von Fachgruppen bei fachkundiger Einbeziehung der betroffenen Beruflichen Schulen und des Staatlichen Schulamtes unter Berücksichtigung der Zielsetzungen des Hessischen Kultusministeriums für Fachstufenstandorte geprüft und soweit erforderlich durch Kooperationsvereinbarung geregelt.

Anlagen:
Übersicht Stellungnahmen Anhörung
Stellungnahmen Schulen und Schulgremien
Stellungnahmen Agrarwirtschaft SSA
Endfassung Rahmenkonzept BEP
Städtebauliches Gutachen Machbarkeitsstudie
Trendberechnung
Baufachliche Standortuntersuchung

Beschluss des Magistrats vom 20.09.2006

Der Vorlage wird zugestimmt.

Z. B.
Schriftführerin

...

Begründungsseite zur Magistratsvorlage vom 06.09.2006:

Unter Schulentwicklungsplanung wird die regelmäßige Analyse sowohl der aktuellen als auch der prognostizierten räumlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen von Schule verstanden. Hieraus werden Konsequenzen für bauliche und organisatorische Maßnahmen abgeleitet. Ohne die Prognose zukünftiger Schulentwicklung wäre die bedarfsgerechte und effiziente Versorgung beruflicher Schulen mit Räumen und Ausstattung, der Einsatz des Personals usw. erschwert. Der vorliegende Schulentwicklungsplan umfasst von daher auch die Analyse statistischer Daten zur Entwicklung von Ausbildungsangebot und –nachfrage. Schülerzahlen, Ausbildungsbeteiligungen der Betriebe, demografische Entwicklung, Wanderungsbewegungen, Berufswahlentscheidungen und Bildungsverhalten sind weitere Faktoren.

Der Entwurf des vorliegenden Rahmenplanes zur Fortschreibung des "Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen" vom 15.06.2004 wurde am 30.6.2004 dem Magistrat vorgestellt und anschließend beschlossen (Beschluss 0475). Gemäß Beschlusstenor wurde die Planung daraufhin der interessierten Öffentlichkeit zur Anhörung und Diskussion offengelegt und am 07.09.2004 dem Schulausschuss der Wissenschaftsstadt Darmstadt zur Kenntnis gegeben und vorgestellt.

Der Anhörungsprozess verzögerte sich, weil auf vielfache geäußerten Wunsch hin der Anhörungszeitraum aufgrund der Komplexität der Planung verlängert wurde. Teilweise erfolgten Stellungnahmen erst im 1. Quartal 2005. Aufgrund vorgetragener Anregungen und Bedenken einzelner Schulen, Verbände und Kammern wurden im Anschluss an den offiziellen Offenlegungszeitraum (15.11.2004) weitere berufsfeld-spezifische Anhörungstermine bzw. Workshops durchgeführt. Bei den umstrittenen Berufsfeldern und deren zukünftigen Schulstandorten handelte es sich zum einen um den Bereich Elektro, Metall und IT-Berufe, zum anderen um den Agrarbereich. Während die Bedenken für den erst genannten Bereich im Rahmen der Anhörung im Konsens ausgeräumt werden konnten, konnte trotz mehrfacher Sitzungen kein abschließendes Einvernehmen bezüglich des zukünftigen Schulstandortes für die Agrarwirtschaft gefunden werden. Die Standortfestlegung erfolgt nun unter Abwägung der widerstreitenden Interessen in Absprache der Schulträger (Darmstadt und LK Da-Di) und aufgrund der Befürwortung durch das zuständige Staatliche Schulamt für den Standort Landrat-Gruber-Schule in Dieburg. (Details entnehmen Sie bitte den beigefügten Anhörungsunterlagen)

In der beigefügten Anlage hat die Schulverwaltung die Anregungen und Bedenken tabellarisch zusammengefasst. Die Stellungnahmen des Schuldezernates sind jeweils zugeordnet.

Ein Großteil der Anregungen und Hinweise wurden in die Beschlussvorlage zum Berufsschulentwicklungsplan aufgenommen. Nicht berücksichtigte oder anders beurteilte Aspekte sind dieser Zusammenfassung ebenfalls zu entnehmen.

Durch die Verzögerungen im Anhörungs- und Entscheidungsprozess hat sich die Datenbasis des Schulentwicklungsplanes erweitert.

Da das ursprünglich mit der Bearbeitung der Planung beauftragte Step-Institut als Institution nicht mehr existiert, wurden daher unter Federführung des Planungsreferates des städtischen Schulamtes in enger Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt, dem Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie den Schulleitern der beruflichen Schulen in den vergangenen Monaten die Zahlen und Inhalte des vorliegenden Schulentwicklungsplanes überprüft, aktualisiert und fortgeschrieben.

...

Lediglich einzelne Passagen der vom Step-Institut erarbeiteten „Analyse der Ausgangssituation", für die kurzfristig keine neueren Daten zu ermitteln waren, sind in der Fassung vom Juni 2004 erhalten geblieben. Nach Auskunft der Verfasser, in deren Verantwortungsbereich der Inhalt liegt, entsprechen die Inhalte jedoch weiterhin den aktuellen Rahmenbedingungen.

Vorteil und Chance des nunmehr erweiterten Datenbestandes ist die Gelegenheit zur Überprüfung der im ersten Planentwurf erstellten Trendfortschreibung (= ungesicherte Prognose) und deren Aktualisierung. Die Aussagen zur Trendfortschreibung haben sich vom Grundsatz her bestätigt, jedoch in quantitativ gemäßigtem Umfang. Die Ergebnisse sind in beigefügten Plan nun entsprechend eingearbeitet und finden insbesondere Niederschlag bei der Ermittlung der perspektivisch „täglich anwesenden Schüler/innen" und damit des Raumbedarfs.

Die, wie oben beschrieben, weiter bearbeitete und aktualisierte Fassung des Rahmenkonzeptes zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Teil B: Berufliche Schulen, wird nunmehr dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung anliegend zur Beschlussfassung vorgelegt (Anlage 3).

Zusammenfassend die Eckpfeiler der vorliegenden Gesamtkonzeption in groben Zügen:

- Festhalten am Szenario A: Bündelung der heutigen 6 Beruflichen Schulen an 2 Berufsschulzentren mit den Standorten Bürgerpark Nord (Berufsschulzentrum Nord) und Mornewegstraße (Berufsschulzentrum Mitte), siehe hierzu auch Seite 31 ff. des beigefügten Rahmenplans.
- Auflösung möglichst aller Dependancen bis auf das Kleintechnikum der Peter-Behrens-Schule am Standort Martin-Buber-Straße
- Damit einhergehend: Verlagerung des Standortes für Agrarwirtschaft nach Dieburg, wo u.a. die bauliche Möglichkeit der Errichtung eines erf. Treibhauses besteht, zur Verschlankung der PBS und, um im Rahmen einer gemeinsamen regionalen Schulentwicklungsplanung zu einer möglichst ausgeglichenen Auslastung vorhandener Schulen und Organisationseinheiten zu gelangen. Das betrifft auch die baulichen Maßnahmen und Bauunterhaltung resultierenden finanziellen Lasten der Schulträger.
- Aus der geplanten Umsetzung des Szenario A resultieren bauliche Erweiterungserfordernisse in großem Umfang (siehe Seiten VII – XIV), die in der Mittelfristigen Investitionsplanung Niederschlag finden müssen.
- Veräußerung freiwerdender Dependancen und Hauptstellen (Kapellplatz) im Anschluß an die Errichtung der Erweiterungsbauten zur Refinanzierung (zum Teil setzt das zusätzlich städtebauliche Ordnungs- und Erschließungsmaßnahmen voraus).

Aufgabe des von den Gremien der Wissenschaftsstadt Darmstadt zu beschließenden Rahmenkonzepts ist die Sicherung der notwendigen räumlichen und sächlichen Kapazitäten für den Verantwortungsbereich der Gebietskörperschaft.

Da der vorliegende Plan ein prozesshaftes Vorgehen beschreibt, müssen im Anschluss zur Beschlussfassung weitere Planungsschritte zur Konkretisierung der Umsetzung unternommen werden.

...

Auf Grund der dynamischen Entwicklung im Bereich der Ausbildungsberufe und der Zielsetzungen des Landes Hessen für die Bildung von Fachstufenstandorten sowie der Vorgaben des Landes für die Weiterentwicklung der beruflichen Vollzeitschulformen, soll die Zuordnung von Ausbildungsberufen und Bildungsgängen im Bereich affiner Ausbildungsberufe und –angebote unter Einbeziehung der beruflichen Schulen und des Staatlichen Schulamtes innerhalb eines Jahres in Fachgruppen erörtert und schließlich im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen festgelegt werden.

Dabei sollen Fachstufenstandorte überprüft und unter Umständen neu festgelegt werden. Synergien und vorhandene Resourcen sollten möglichst optimal genutzt werden. In diese Überlegungen und Prüfungen ist auch die in der aktuellen Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes gemachte Anregung der Verlagerung des Schulstandortes für die „Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten (PTA)" mit aufzunehmen und zu untersuchen.

Zur Moderation und fachlichen Begleitung setzt das städtische Schulamt einen geeigneten Berater ein. Entsprechende Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Da das STEP-Institut, wie schon oben erwähnt, als Institution nicht mehr besteht, schlägt das Schuldezernat vor, diese Aufgabe auf Herrn Oberstudiendirektor i.R. Herbert Engelhard, mit seinem Wissenshintergrund als ehemaliger Fachsprecher der berulichen Schulen Darmstadts, Schulleiter einer beruflichen Schule sowie komissarischer Fachdezernent für berufliche Schulen im Staatlichen Schulamt, zu übertragen.

Auf Basis der Ergebnisse dieser Fachgruppen ist das Schulamt der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Planungsreferat, dann in die Lage versetzt, den Inhalt des Rahmenplans bezüglich erforderlicher Organisations- und Baumaßnahmen zu qualifizieren und in ein substanziiertes Bauprogramm umzusetzen.

Teil der Umsetzungsplanung müssen selbstverständlich auch Überlegungen zur anschließenden Finanzierung der erforderlichen Bau- und Ausstattungsmaßnahmen sein. Hierbei sollten, nicht zuletzt aufgrund des enormen Umfangs dieses Vorhabens, auch alternative Finanzierungskonzepte, ähnlich wie bei den Kindertagesstätten, geprüft werden.

Gerade im Bereich beruflicher Schulen, mit den hoch dynamischen Entwicklungen und Veränderungen sowie der an dieser Stelle bereits vorhandenen Kooperation mit Industrie und Wirtschaft, scheinen sich derartige Überlegungen anzubieten.

Anlagen:

1. Zusammenfassung der Anhörungsergebnisse und Stellungnahme der Schuldezernentin
2. Stellungnahme des Staatlichen Schulamts zum vorliegenden Rahmenplan
3. Rahmenkonzept, Schulentwicklungsplan, Teil B: Berufliche Schulen
4. Städtebauliches Gutachten zum Standort Mornewegstraße, Berufsschulzentrum Mitte

Darmstadt, 06.09.2006
40 la-be

Dezernat V

Daniela Wagner
Stadträtin

...

Herausgeberin | Kontakt

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Schuldezernat
Frankfurter Straße 71
64293 Darmstadt

Telefon (0 61 51) 13-30 38
Telefax (0 61 51) 13-29 18
E-Mail schulamt@darmstadt.de
Internet www.darmstadt.de

Wissenschaftsstadt
Darmstadt

07.08 Schumacher, Visuelle Kommunikation in Zusammenarbeit mit Kumle\Design